Entwurf

eines Gesetzes über das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten.

(Civil-Proceß-Ordnung. *)

Erster Theil.

Allgemeine Bestimmungen.

Tit. 1.

Leitende Grundsätze.

§. 1.

Umfang des Gesetzes.

Gegenstand dieser Proceß-Ordnung ist das Verfahren in Civil-Processen.

Das Proceßrecht bleibt bestehen, insoweit es nicht durch die nachfolgenden Bestimmungen abgeändert ist.

§. 2.

Verhandlungsmaxime.

Die Gerichte handeln in Civil-Proceßsachen nur auf Anrufen der Parteien.

---

*) Die in ( ) beigesetzten Paragraphenzahlen sind die des braunschweigschen Gesetzes über den Civilproceß vom 19. März 1850.

Verfügungen von Amtswegen können sie nur erlassen, wo diese Proceß-Ordnung solche für zulässig erklärt.

§. 3.

Eventualmaxime.

Dir Parteien sind gehalten, die nach Lage der Verhandlungen zulässigen Angriffs- und Vertheidigungs-Mittel, von denen sie in dem gegenwärtigen Rechtsstreite Gebrauch machen wollen, sämmtlich gleichzeitig vorzutragen.

Tit. 2.

Parteien, Anwälte, Sachführer.

§. 4.

Bei den Amts- und Stadtgerichten kann jeder zum Auftreten vor Gericht Berechtigte seinen Rechtsstreit selbst führen, oder einen gehörig Bevollmächtigten für sich auftreten lassen.

Personen, welche nicht im Stande sind, ihre Sache verständlich und gehörig mündlich vorzutragen, oder welche durch Leidenschaftlichkeit und ungehöriges Benehmen den Lauf der Verhandlungen dauernd stören, hat das Gericht aufzugeben, einen Bevollmächtigten für sich auftreten zu lassen.

Die Parteien sind befugt, ihren Bevollmächtigten auch aus der Zahl der recipirten Advocaten und Anwälte zu nehmen; ebenso können sie einen recipirten Advocaten lediglich als Rechtsbeistand zuziehen. Proceßschriften, wo solche zulässig sind, müssen jedenfalls von der Partei selbst oder von einem Advocaten oder Anwalte ausgearbeitet sein.

§. 5. (5. 6. 7. 8. 9.)

Bei den Kreisgerichten, dem Obergerichte und dem Cassationshofe müssen die Parteien von einem am Sitze des betreffenden Gerichts wohnhaften Anwalte vertreten werden. Dieser gilt dem Gerichte und dem Proceßgegner gegenüber, auch wenn die Anfertigung der Proceßschriften einem auswärtigen Anwalte übertragen ist, als der Anwalt der Partei, und ist befugt und verpflichtet, alle zur Regelmäßigkeit des Verfahrens erforderlichen Handlungen und Anträge vorzunehmen, die Hauptverhandlung vorzubereiten und insbesondere die zu dem Ende erforderlichen Proceßschriften anzufertigen. Er hat sich bei dem Kreisgerichte durch eine, auf ihn ausgestellte, öffentlich beglaubigte und in duplo einzureichende Vollmacht, nach dem in Anl. A. dieser Proceß-Ordnung beigefügten Formulare, zu legitimiren.

Den-

Denjenigen Parteien, welche bei Bestellung eines Anwaltes Schwierigkeiten finden, haben die Gerichte einen solchen beizugeben.

Der Anwalt kann den ihm ertheilten Auftrag aus besondern Gründen, über deren Erheblichkeit nöthigenfalls das Gericht entscheidet, ablehnen oder niederlegen.

Im Fall einer solchen Kündigung hat der Anwalt davon gleichzeitig dem Gerichte Anzeige zu machen, dieses aber dem Gegner die Anzeige mitzutheilen und der gekündigten Partei aufzugeben, binnen 8 Tagen einen andern Anwalt zu bestellen, unter dem Rechtsnachtheile, daß ihr sonst ein solcher von Amtswegen beigeordnet werde. Der Gegenpartei gegenüber wird die Zurückgabe der Vollmacht durch den Anwalt oder die Zurücknahme derselben durch die Partei erst durch die Bestellung eines andern Anwaltes und deren Mittheilung wirksam.

Für seine Partei kann der Anwalt vom Tage der Kündigung an nicht mehr handeln.

§. 6. (10.)

Die recipirten Sachführer (Rechtsbeistände, Advocaten) halten für ihre Clienten die mündlichen Vorträge in den öffentlichen Sitzungen. Es ist jeder dazu befähigten Partei unbenommen, ihre Sache selbst mündlich vorzutragen. Nur bei dem Cassationshofe muß sie sich des Beistandes eines Advocaten bedienen.

§. 7. (11.)

Die Sachführer können zur Uebernahme einer Sache nicht gezwungen werden, mit Ausnahme derer der armen Parteien.

Tit. 3.

Thätigkeit des Staatsanwalts.

§. 8. (12.)

Die Staatsanwälte sind berechtigt, allen öffentlichen Gerichtssitzungen in Civil-Processen beizuwohnen und die Einsicht der Acten zu verlangen, um die Vollziehung der Gesetze und Verordnungen, besonders derjenigen, welche die Regelmäßigkeit des Verfahrens und die Zuständigkeit der Gerichte betreffen, zu überwachen.

Sämmtliche Gerichte sind befugt, dem Staatsanwalte von Amtswegen die Acten mitzutheilen, wenn sie seine Thätigkeit in einem Processe für nützlich halten.

 §. 9.

§. 9. (14.)

Die Staatsanwälte können nach dem Schlusse der mündlichen Verhandlung sich gutachtlich über die zu erlassende Entscheidung äußern, Anträge stellen und ihre sonstigen Bemerkungen machen. Nachdem sie gesprochen, können weder die Parteien noch ihre Rechtsbeistände ferner das Wort nehmen. Glaubt eine Partei, daß in dem Vortrage des Staatsanwalts thatsächliche Irrthümer oder neue Thatsachen enthalten sind, so kann sie auf diese durch eine dem Gericht sofort zu übergebende schriftliche Notiz aufmerksam machen. Das Gericht kann diese Notiz dem Gegner mittheilen und nöthigenfalls die Parteien darüber hören.

§. 10. (15.)

Finden die Bemerkungen und Ansichten des Staatsanwalts (§. 9) keine Berücksichtigung, so kann er sich an den Oberstaatsanwalt und dieser kann sich an die Regierung wenden, falls das Geeignete im Oberaufsichtswege zu erlassen ist, oder er kann dem Oberstaatsanwalte Anzeige machen, damit dieser bei solchen Entscheidungen, welche gegen die Bestimmung der Gesetze verstoßen und welche von den Parteien nicht angefochten werden, zur Aufrechthaltung der Gesetze die Aufhebung nichtiger Erkenntnisse bei dem Cassationshofe beantrage. — Diese ist indeß ohne Einfluß auf die Rechte der Parteien.

§. 11. (13.)

Die Kreisgerichte und das Obergericht haben in folgenden Sachen spätestens 3 Tage vor der öffentlichen Schlußverhandlung den Staatsanwalt von derselben in Kenntniß zu setzen, nämlich:

1) in denen, welche die öffentliche Ordnung, die Staats- oder Cameral-Verwaltung, fromme oder geistliche Stiftungen, die Gemeinden, öffentliche Anstalten oder Corporationen betreffen;
2) in denen, wo die Zuständigkeit streitig ist;
3) bei Syndicatsklagen (Entschädigungsklagen gegen das Gericht oder gegen Mitglieder desselben, §. 39);
4) bei Ablehnungen der Gerichtspersonen (Tit. 6 §. 42—51);
5) wenn über den Stand der Person gestritten, oder wenn von dritten Personen darauf angetragen wird, daß Jemand für einen Verschwender, für wahnsinnig, geistesschwach, taubstumm, taubblind erklärt und unter Curatel gestellt werde (Interdiction);
6) wenn eine der Parteien unter Vormundschaft oder Curatel steht;
7) bei Ehescheidungsklagen und Klagen auf Trennung von Tisch und Bett;
8) wenn eine Urkunde als unächt angefochten wird;

9) bei

9) bei Concursen;
10) bei Nichtigkeits- und Restitutionsklagen (§. 326—335);
11) in Sachen, wo es auf die Wahrung des Interesse einer im Dienst des Staats abwesenden Civil- oder Militair-Person ankommt.
12) wenn auf Ertheilung des Armenrechts angetragen wird (§. 134.)

Der Staatsanwalt kann in diesen Sachen als Nebenpartei auftreten (§. 45.)

§. 12. (16.)

Die Staatsanwälte treten in folgenden Fällen von Amtswegen als Hauptpartei auf (§. 45.)

1) zur Vertretung eines Abwesenden, in dringenden Fällen und so lange für denselben ein Curator nicht bestellt ist;
2) wenn eine wegen öffentlicher Ehehindernisse gesetzlich verbotene Ehe als nichtig anzufechten ist;
3) wenn es erforderlich wird, auf die Interdiction eines Geistesschwachen, Wahnsinnigen, Taubstummen, Taubblinden oder Verschwenders anzutragen und die nächsten Angehörigen solcher Personen keine Anträge darauf stellen, endlich
4) in allen Fällen, wo gesetzlich verbotene Handlungen im öffentlichen Interesse anzufechten und wieder aufzuheben sind.

Für den Proceßgegner werden in allen Fällen die Sporteln und Stempel angeschrieben und nur bei Verlust der Sache von ihm nachgezahlt.

§. 13. (17.)

Der Staatsanwalt hat unbeschadet der den Gerichten im §. 55. beigelegten Befugniß darüber zu wachen, daß in den öffentlichen Sitzungen keine Störungen vorkommen, und wegen derselben die erforderlichen Strafanträge zu stellen.

§. 14. (18.)

Den Berathungen des Gerichts wohnt der Staatsanwalt nicht bei.

Tit. 4.

Zuständigkeit der Gerichte.

§. 15. (19.)

Die Zuständigkeit der verschiedenen Gerichtsbehörden in bürgerlichen Rechtsstreiten bestimmt das Gesetz über die Gerichtsverfassung vom

§. 16. (20.)

Die Richter und Secretaire der Amts- und Stadtgerichte nebst ihren Ange-

Angehörigen haben jedoch in den vor diese Behörden gehörenden Sachen folgenden besondern Gerichtsstand:

die

1) des Stadtgerichtes Detmold vor dem Stadtgerichte Lemgo,
2) des Amtsgerichtes Detmold vor dem Stadtgerichte Detmold,
3) des Stadt- und Amtgerichtes Lage vor dem Stadt- und Amtsgerichte Uflen,
4) des Stadt- und Amtsgerichtes Horn vor dem Amtsgerichte Detmold
5) des Stadt- und Amtsgerichtes Blomberg vor dem Stadt- und Amtsgerichte Horn,
6) des Amtsgerichtes Schwalenberg vor dem Stadt- und Amtsgerichte Blomberg,
7) des Amtsgerichtes Lipperode vor dem Stadtgerichte Detmold,
8) des Stadtgerichtes Lemgo vor dem Amtsgerichte Brake,
9) des Amtsgerichtes Brake vor dem Amtsgerichte Hohenhausen,
10) des Amtsgerichtes Oerlinghausen vor dem Stadt- und Amtsgerichte Lage,
11) des Stadt- und Amtsgerichtes Uflen vor dem Amtsgerichte Oerlinghausen,
12) des Stadt- und Amtsgerichtes Alverdissen vor dem Stadt- und Amtsgerichte Blomberg, und
13) des Amtsgerichtes Hohnhausen vor dem Stadt- und Amtsgerichte Alverdissen.

Als Angehörige im Sinne dieses Paragraphen sind anzusehen: Blutsverwandte in auf- und absteigender Linie, in der Seitenlinie bis zum 4. Grade civilrechtlicher Berechnung einschließlich, Stief- und Schwiegereltern und Kinder, Ehegatten, Schwäger, Verlobte, angenommene (Adoptiv-) Eltern und Kinder, Vormund und Mündel.

§. 17. (21.)

In allen Fällen, wo sich die Competenz (Zuständigkeit) in Civilsachen nach dem Geldwerthe des Gegenstandes richtet, soll nach folgenden Regeln verfahren werden.

1) Sowohl die Kreisgerichte als die Amts- und Stadtgerichte, bei denen eine Sache angebracht wird, haben sich nur dann von Amtswegen für incompetent zu erklären, wenn ohne Weiteres klar vorliegt, daß der Werth des Streitgegenstandes ihre Competenz beziehungsweise nicht erreicht oder übersteigt.
2) Das Kreisgericht, welches sich von Amtswegen für incompetent erklärt,

klärt, verweist den Kläger an das betreffende Amts- oder Sadtgericht und giebt die Acten dahin ab.

Erklärt sich ein Amts- oder Stadtgericht von Amtswegen für incompetent, so steht dem Kläger dagegen eine Vorstellung an das Obergericht zu, welches darüber ohne weiteres Verfahren entscheidet.

3) Wird in einer bei einem Kreisgerichte anhängigen Sache von dem Beklagten die Einrede der Incompetenz vorgeschützt, so ist dieser Präjudicialpunkt von dem Gerichte zuvörderst zu erledigen.

Erklärt sich dasselbe für competent, so wird das weitere Verfahren von ihm eingeleitet, im entgegengesetzten Falle verweist dasselbe die Sache an das betreffende Amts- oder Stadtgericht.

4) Schützt der Beklagte in einer bei einem Amts- oder Stadtgerichte anhängigen Sache die Einrede der Incompetenz vor, so werden die Acten zur Erledigung dieses Präjudicial-Punktes sofort an das Obergericht eingesandt und die Parteien eben dahin verwiesen.

5) Bei den Entscheidungen über die Competenz sind folgende Grundsätze zu beobachten:

a. Kein Streit-Gegenstand, insbesondere keine Gerechtsame, welche überhaupt einer Werthschätzung nach Gelde fähig ist, soll als unschätzbar angesehen werden;

b. es kommt nur der gemeine Werth, nicht aber die nur auf persönlichen Ansichten der Partei beruhende Werthsbestimmung in Betracht, wodurch indeß nicht ausgeschlossen wird, daß, insofern der Streitgegenstand in einer gewissen Vereinigung einen höheren Werth hat, auf diesen gesehen wird. Jährliche Renten, Gefälle und dergleichen Gerechtsame sollen so angesehen werden, als ob sie der Ertrag eines vier vom Hundert tragenden Capitals wären;

c. der Zeitpunkt nach welchem sich der Werth des Gegenstandes bestimmt, ist lediglich die Zeit der Anbringung der Klage, so daß also eine spätere Verminderung oder Vermehrung der Größe des Streitgegenstandes ohne allen Einfluß auf die Begründung der Competenz bleibt;

d. bei der subjectiven und objectiven Klagenhäufung richtet sich die Competenz, bei jener nach dem ungetheilten Werthe des Streitgegenstandes, bei dieser nach dem zusammengerechneten Werthe der Streitgegenstände;

6) Das Verfahren ist das summarische und möglichst zu beschleunigen. Die Parteien haben an dem Gerichtstage ihre sämmtlichen Beweis-

mit-

mittel vorzulegen, widrigenfalls dieselben nicht berücksichtigt werden. Dem Gerichte bleibt es unbenommen, auch von Amtswegen Sachverständige zuzuziehen. Ist dasselbe nicht im Stande, eine bestimmte Ueberzeugung zu gewinnen, so ist im Zweifel die kreisgerichtliche Competenz für begründet zu erklären.

7) Gegen die Entscheidungen des Obergerichts über die Competenz (Nr. 2, 3 und 4) haben die Parteien nur das Rechtsmittel der Cassation.

Die betreffenden Amts- und Stadtgerichte sind verpflichtet, diesen Entscheidungen gemäß weiter zu verfahren.

8) Die gerichtlichen Verfügungen in Competenzstreitigkeiten, welche von Amtswegen angeregt werden, sind gebührenfrei.

9) Hat in den Fällen, wo der Werth des Streitgegenstandes zweifelhaft ist, ein Gericht eine Klage angenommen und die Gegenpartei die Einrede des incompetenten Gerichts nicht vorgeschützt, so können weder die Parteien späterhin die Competenz des Gerichts anfechten, noch kann dieses sich von Amtswegen für incompetent erklären.

§. 18. (44.)

Die Gerichte haben ihre Zuständigkeit selbst zu prüfen und können sich in jeder Lage der Sache, wenn ihre Nichtzuständigkeit klar vorliegt, für incompetent erklären, vorbehältlich der Bestimmungen im §. 19.

§. 19. (45.)

Competenzstreitigkeiten verschiedner Gerichte entscheidet, abgesehn von den im §. 17. enthaltenen Bestimmungen, der Cassationshof.

Tit. 5.

Von den Gerichtsständen.

§. 20. (22.)

Der Kläger folgt dem Gerichtsstande des Beklagten.

§. 21. (23.)

Das hinsichtlich der Klage zuständige Gericht ist auch für die Wiederklage zuständig.

Wird eine, in demselben Verfahren zulässige Wiederklage bei einem Amts- oder Stadtgerichte angebracht, welche die Zuständigkeit desselben übersteigt, so sind die Acten sofort an das betreffende Kreisgericht abzugeben und die Parteien eben dahin zu verweisen.

§. 22.

§. 22. (24.)

Provocationsklagen (§. 247—252) sind vor dem allgemeinen persönlichen Gerichtsstande des Provocanten anzubringen.

§. 23. (25.)

Der allgemeine persönliche Gerichtsstand eines Jeden ist da, wo er sein Wohnortsrecht, und da, wo er seinen bleibenden Aufenthalt hat.

Diejenigen, welche sich an einem Orte, ohne wohnortsberechtigt zu sein, oder ohne einen bleibenden Aufenthalt daselbst zu haben, behuf eines längeren, vorübergehenden Aufenthalts befinden, (z. B. Zeitpächter, Hauslehrer, Schauspieler, Studirende, Zöglinge und Schüler, Gutsverwalter, Handwerksgesellen und Lehrlinge, Handlungsdiener, Kunstgehülfen, Fabrikarbeiter, Soldaten und Dienstboten) haben auch vor dem Gerichte dieses Aufenthalts-Orts ihren allgemeinen persönlichen Gerichtsstand. — Begründen das Wohnortsrecht und der bleibende oder vorübergehende längere Aufenthalt den Gerichtsstand vor verschiedenen Gerichten, so steht dem Kläger die Wahl des Gerichts zu. Dasselbe gilt, wenn Jemand das Wohnortsrecht oder den bleibenden Aufenthalt in mehreren Gerichtskreisen hat.

§. 24. (26.)

Personen, welche kein anerkanntes Wohnortsrecht oder keinen bleibenden oder vorübergehenden längeren Aufenthalt haben (§. 23), können vor jedem Gerichte, in dessen Bezirke sie sich treffen lassen, belangt werden.

§. 25. (27.)

Diejenigen, welche in einem Gerichtskreise eine gesonderte Handlung, Fabrik oder ein anderes Etablissement besitzen, oder einen unbeweglichen Gegenstand gepachtet haben, können wegen persönlicher Verbindlichkeiten, welche sich auf die erwähnten Etablissements beziehen, entweder vor dem Gerichte des Bezirks, in welchem dieselben liegen, oder vor dem allgemeinen persönlichen Gerichtsstande (§. 23) belangt werden.

§. 26. (28.)

Dasjenige Gericht, vor welchem der Schuldner seinen allgemeinen persönlichen Gerichtsstand hat (§. 23), ist das zuständige allgemeine Concursgericht und ebenfalls competent für einen erbschaftlichen Liquidationsproceß.

Im Falle eines mehrfachen allgemeinen persönlichen Gerichtsstandes entscheidet hier die Prävention (§. 36).

Sämmtliches Vermögen des Gemeinschuldners muß auf Verlangen dieses zuständigen Gerichts von demjenigen Gerichte, wo sich solches befindet,

sichergestellt, inventirt und entweder in seinem Bestande oder nach vorheriger Versilberung an dasselbe ausgeliefert werden.

Bei dem allgemeinen Concursgerichte sind alle Forderungen an den Gemeinschuldner einzuklagen. Die bei anderen Gerichten bereits anhängigen Processe gegen ihn, mit Ausnahme der dinglichen Klagen wegen unbeweglicher Sachen (vergl. §. 28), gehen in der Lage, in welcher sie sich befinden, an das Concursgericht über, es sei denn, daß dieses deren Fortsetzung und Entscheidung bei dem proceßleitenden Gerichte ausdrücklich genehmigt oder verlangt.

§. 27. (29.)

Die Amts- und Stadtgerichte erlassen in den zu ihrer Zuständigkeit gehörigen Sachen die nothwendig werdenden Edictalladungen. — Wird in Folge der von einem Amts- oder Stadtgerichte ergangenen Edictalladung ein dessen Zuständigkeit übersteigender Anspruch angemeldet und streitig, so wird die Sache an das Kreisgericht abgegeben.

In Concursen sind die Amts- und Stadtgerichte zuständig, insofern kein einzelner, von dem Schuldner angegebener, oder von einem Gläubiger angemeldeter Schuldposten die Summe von 50 Rthl. übersteigt.

Die Kreisgerichte erlassen die Edictalladungen in den zu ihrer Zuständigkeit gehörenden Sachen.

§. 28. (30.)

Alle dinglichen, Theilungs-, Grenzregulirungs- und Besitzklagen, sowie alle gegen den Inhaber als solchen gerichtete Klage (actiones in rem scriptae) müssen, wenn sie eine unbewegliche Sache betreffen, vor dem Gerichte der belegenen Sache, können aber, wenn der Gegenstand beweglich ist, auch vor dem persönlichen Gerichtsstande des Beklagten verhandelt werden, verbehältlich der über den Concurs gegebenen Bestimmungen.

Als Wiederklagen können die oben bezeichneten Klagen nicht angebracht werden, wenn sie eine dem Gerichte der Vorklage nicht unterworfene unbewegliche Sache betreffen.

§. 29. (31.)

In dem Gerichtsstande der Sache können rein persönliche Klagen nicht angebracht werden, ausgenommen gegen den Besitzer unbeweglicher Güter, Klagen

1) wegen der mit seinem Pächter oder Verwalter oder Gesinde eingegangenen Verbindlichkeiten,
2) wegen zum Besten des Grundstücks geleisteter Vorschüsse, gelieferter Arbeit oder Materialien,

3) der

3) der Nachbaren wegen Störung im Besitz,
4) wegen Nichterfüllung eines Contracts über gänzliche oder theilweise Veräußerung eines Grundstückes oder Verweigerung der schuldigen Gewährleistung.

§. 30. (32.)

Der Gerichtsstand einer Erbschaft ist da, wo der Erblasser zur Zeit seines Ablebens seinen persönlichen Gerichtsstand hatte, und in demselben können, so lange als im Gerichtsstande der Erbschaft der Nachlaß noch ganz oder theilweise vorhanden ist, alle Klagen, durch welche Erbschaften oder Vermächtnisse in Anspruch genommen werden, die Klagen der Erben als solche gegen einander, die der Erbschaftsgläubiger, sowie die auf Erfüllung oder Aufhebung letztwilliger Verfügungen gerichteten angebracht werden.

§. 31. (33.)

Ein gültig angelegter Arrest begründet den Gerichtsstand für dte Hauptklage (§. 219), giebt aber dem Arrestkläger kein Vorzugsrecht im Concurse.

§. 32. (34.)

Der Gerichtsstand des Vertrags, vor welchem eben sowohl auf Erfüllung als auf Aufhebung des Contracts geklagt werden kann, findet nur dann Anwendung, wenn der Contrahent zur Zeit der Ladung in dem Fürstenthume anzutreffen ist oder Vermögen besitzt.

§. 33. (35.)

Die Parteien können beim Abschluß von Verträgen den Ort festsetzen, dessen Gerichtsstande sie sich für die aus dem Vertrage entspringenden Klagen unterwerfen wollen.

§. 34. (36.)

Bei dem Gerichtsstande, unter welchem Jemand fremdes Vermögen bewirthschaftet oder verwaltet, muß er auf die aus einer solchen Verwaltung entspringende Klage sich einlassen, so lange jene nicht völlig beendigt und über die abgelegte Rechnung quittirt ist.

§. 35. (37.)

Bürgerliche Klagen aus unerlaubten Handlungen können auch bei dem Gerichte angebracht werden, in dessen Bezirke die Handlung begangen ist.

§. 36. (38.)

Sind mehre Gerichte competent, so schließt dasjenige das andere aus, bei dem von einer der Parteien oder bei Vermögensmassen von einem der Interessenten die Sache zuerst abhängig gemacht ist.

§. 37.

§. 37. (39.)

In den Fällen, in welchen mehre unter verschiedenen Amts-, Stadt- oder Kreisgerichten wohnende Beklagte, vermöge eines und desselben Klaggrundes, in Anspruch zu nehmen sind, bestimmt auf Anrufen des Klägers das Obergericht dasjenige Gericht, vor welchem die sämmtlichen Beklagten in einem und demselben Processe Recht zu geben und zu nehmen haben.

§. 38. (40.)

Dasselbe Verfahren soll stattfinden, wenn der Beklagte wegen mehrer in verschiedenen Gerichtsbezirken belegener unbeweglicher Sachen mit einer dinglichen Klage in Anspruch genommen wird.

§. 39. (41.)

Das zuständige Gericht für Syndicatsklagen ist

1) wenn gegen ein Stadt- oder Amtsgericht oder gegen ein Mitglied desselben geklagt wird, dasjenige Stadt- oder Amtsgericht, welches nach §. 16. für die Richter und Secretaire des betreffenden Gerichtes competent ist;
2) wenn gegen ein Kreisgericht oder dessen Mitglieder geklagt wird, das andere Kreisgericht;
3) wenn gegen das Obergericht oder dessen Mitglieder geklagt wird, eins der beiden Kreisgerichte nach Wahl des Klägers (s. auch §. 310.)

§. 40. (42.)

Nichtigkeitsklagen (§. 326 und ff.) sind bei demjenigen Gerichte in erster Instanz anzubringen, welches die Nichtigkeit begangen haben soll.

§. 41. (43.)

Die Restitutionsklage (§. 326. und ff.) gehört vor das Gericht, bei welchem Rechtsstreit in erster Instanz anhängig war.

Tit. 6.

Von Ablehnung der Gerichtspersonen.

§. 42. (46.)

Ein Richter oder Secretair darf nicht eigenmächtig der Theilnahme an den Geschäften in einer Sache sich enthalten, vielmehr muß er, wenn er hierzu Grund zu haben glaubt, solchen dem Gerichte anzeigen, welches darüber zu entscheiden hat.

Die Amts- und Stadt-Richter machen eine solche Anzeige bei dem Obergerichte.

Wenn jedoch ein Richter oder Secretair auf seinen Diensteid versichert, daß er sich aus einem gesetzlich zulässigen Recusationsgrunde der Theilnahme an einem Geschäfte enthalten müsse, so soll ihnen gestattet sein, auch ohne Angabe dieses Grundes zurückzutreten.

§. 43. (48.)

Jeder Richter oder Secretair muß übrigens der Theilnahme sich jedenfalls enthalten in den Fällen Nr. 5 und 6 des §. 47.; ferner in Sachen, bei welchen er selbst betheiligt ist, und in Sachen seiner Angehörigen, (§. 16. a. E.)

§. 44. (49.)

Abgesehen von dem §. 42 a. E. erwähnten Falle ist jeder Richter oder Secretair verpflichtet, ihn betreffende und ihm bekannte Ablehnungsgründe anzuzeigen, über welche das zuständige Gericht nach Anhörung der Parteien ohne weitere Verhandlung entscheidet.

§. 45. (50.)

Die auf die Richter sich beziehenden Ablehnungsgründe (§. 47.) sind auch auf die Staatsanwälte dann anwendbar, wenn sie neben einer Partei auftreten (§. 11.), nicht aber, wenn sie die Rolle der Hauptpartei übernehmen (§. 12.).

§. 46. (51.)

Der Vorsitzende des Gerichts registrirt das Wesentliche der Verhandlungen über eine ohne Antrag der Parteien geschehene Ausschließung eines Mitgliedes des Gerichts von der Theilnahme an einer Sache zu den Acten und die Parteien werden davon in Kenntniß gesetzt.

§. 47. (52.)

Jede Partei kann Anträge auf Ablehnung der Richter oder Secretaire in den nachfolgenden Fällen, und nur in diesen, stellen:

1) wenn der Richter selbst oder einer seiner Angehörigen (§. 16. a. E.) bei dem Ausgange des Rechtsstreites ein auch nur mittelbares Interesse hat;
2) wenn der Richter mit dem Rechtsbeistande oder Anwalte einer der Parteien in auf- oder absteigender Linie verwandt oder verschwägert, oder als Bruder verwandt ist;
3) wenn er oder einer seiner Angehörigen (§. 16. a. E.) einen Rechtsstreit hat, in welchem eine der Parteien Richter seyn wird;
4) wenn er oder einer seiner Angehörigen (16. a. E.) mit einer der Parteien in einem Rechtsstreit sich befindet;
5) wenn er in der betreffenden Sache als Zeuge oder Sachverständiger vorgeschlagen oder vernommen ist; die bloße Erklärung, ihn demnächst vorschlagen zu wollen, genügt nicht;

6) wenn er in der Sache als Staatsanwalt Anträge gestellt, als Schiedsrichter ein Erkenntniß abgegeben, als Anwalt, Advocat, Rathgeber oder Geschäftsführer einer Partei gehandelt oder als Administrationsbeamter in Beziehung auf den streitigen Gegenstand die Rechte einer Partei gegen ihren jetzigen oder demnächstigen Proceßgegner außergerichtlich wahrgenommen hat;
7) in der Instanz eines an ein höheres Gericht gehenden Rechtsmittels, wenn er zu der Erlassung des angefochtenen Erkenntnisses als Richter mitgewirkt hat;
8) wenn der Richter in Beziehung auf die Streitsache das Interesse einer der Parteien als Obervormund wahrgenommen hat;
9) wenn es sich um Anfechtung oder Auslegung der vom Richter aufgenommenen Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit handelt.

§. 48. (53.)

Anträge auf Ablehnung sind schriftlich oder zu Protokoll bei dem Secretariate des Gerichts, bei welchem der Abzulehnende angestellt ist, anzubringen, unter bestimmter Anführung des Ablehnungsgrundes und dessen Bescheinigung. Als Bescheinigung gilt auch das Erbieten zur eidlichen Erhärtung des Ablehnungsgrundes und das Gericht kann eine solche eidliche Erhärtung auch ohne diese Voraussetzung vom Antragsteller fordern. Ueber Ablehnungen entscheiden, wenn sie gegen Angestellte bei den Amts- und Stadtgerichten gehen, dasjenige Amt- und Stadtgericht, welches nach §. 16. für den Richter und Secretair des betreffenden Gerichts das competente Forum ist, — wenn gegen Angestellte bei einem Kreisgerichte: das andere Kreisgericht, und wenn sie gegen Angestellte des Obergerichts gehen: die vereinigten Kreisgerichte (s. §. 310.). Die Entscheidung erfolgt durch einen Bescheid.

Die Ablehnung eines collegialischen Gerichtes im Ganzen ist unzulässig.

§. 49. (54.)

Vor der Entscheidung ist der Abzulehnende und die Gegenpartei zu hören. Gegen die Entscheidung selbst findet eine Beschwerde an das Obergericht statt.

§. 50. (55.)

Wird durch Ablehnungen die Besetzung des Gerichtes unvollständig, so tritt bei Stadt- oder Amtsgerichten das im §. 16. bezeichnete Stadt- oder Amtsgericht ein; die Kreisgerichte und das Obergericht werden durch Ergänzungsrichter (§§. 6. 7. der Gerichts-Ordnung) vervollständigt.

§. 51. (56.)

Für das Verfahren über begründete Ablehnungsgesuche werden von den Gerichten überall keine Gebühren erhoben.

Tit. 7.

Von dem Verfahren im Allgemeinen.

§. 52. (57.)

Klagen und sonstige Anträge werden unmittelbar bei dem Gerichte eingereicht, welches das Verfahren einleitet.

Das Schlußverfahren vor dem Erkenntnisse ist mündlich und öffentlich. Das Erkenntniß wird in öffentlicher Sitzung verkündigt.

§. 53. (58.)

Den öffentlichen Sitzungen kann jeder Erwachsene unbewaffnet und unbedeckten Hauptes und mit Beobachtung des gebührenden Anstandes beiwohnen.

§. 54. (59.)

Sollte durch die öffentliche Verhandlung Gefahr für die Sitten oder die öffentliche Ordnung entstehen, so kann das Gericht durch einen mit Gründen in öffentlicher Sitzung abzugebenden Bescheid für die ganzen Verhandlungen oder für einen Theil desselben die Oeffentlichkeit ausschließen, und gegen einen solchen Bescheid steht keiner Partei eine Beschwerde zu.

Der Hauptverhandlung in geheimer Sitzung können indeß die Gerichts-Angehörigen, die Advocaten und Anwälte, und, mit besonderer Erlaubniß des Gerichts, Einzelne beiwohnen.

§. 55. (60.)

Der Vorsitzende oder Richter, welcher die Verhandlungen leitet, hat zugleich das Recht und die Pflicht, die Ordnung und Ruhe im Sitzungssaale und in dessen Nähe zu erhalten.

Er kann zu dem Ende diejenigen, welche durch Beifall oder Mißfallen oder durch andere Ungebühr die Verhandlungen stören, ermahnen, entfernen, selbst den Sitzungssaal zum Theil oder ganz auf einige Zeit räumen und die in dessen Nähe befindliche Menge auseinandertreiben lassen.

Er ist befugt, jeden Widerspenstigen bis auf 24 Stunden in Haft führen zu lassen.

Die Polizeibehörden und die bewaffnete Macht haben seinen Aufforderungen zur Ausführung solcher Anordnungen nachzukommen.

Diese Bestimmungen finden auch dann Anwendung, wenn außerhalb des Gerichtslocals richterliche Handlungen vorgenommen werden.

§. 56. (61.)

Verfahren bis zum ersten Erkenntnisse.

Mit der Klage ist die Angabe der Beweismittel zu verbinden, welche zur

zur Nachweisung der Thatsachen, auf welche sich die Klage stützt, dienen sollen, mögen sie nun die Legitimation zum Processe, die Legitimation zur Sache, oder diese selbst betreffen.

Ein Gleiches gilt für Einreden, Repliken und Dupliken.

§. 57. (62.)

Die Parteien haben sich über die erheblichen Behauptungen und Beweismittel des Gegners in der folgenden Schrift bestimmt zu erklären und damit die Angabe der Beweismittel zu verbinden.

§. 58. (63.)

Werden Thatsachen, welche durch Urkunden bewiesen werden sollen, vom Gegner geleugnet, so sind die Urkunden mit der Replik, beziehungsweise Duplik, im Originale dem Gerichte zu überreichen und dem Gegner in Abschrift mitzutheilen.

§. 59. (64.)

Thatsachen, über welche der Eid zugeschoben wird, müssen speciell angegeben werden. Der Gegner ist verpflichtet, sich eben so speciell über den zugeschobenen Eid zu erklären.

§. 60. (65.)

Das schriftliche Verfahren ist in der Regel mit der Replik zu schließen, jedoch kann der Instructionsrichter ausnahmsweise dem Beklagten die schriftliche Verhandlung einer Duplik, in welcher alsdann auch die Erklärung über die vom Gegner vorgeschlagenen Beweismittel erfolgen muß, nachlassen.

§. 61. (66.)

Sind nach der Replik oder Duplik noch Erklärungen der Parteien erforderlich, so ist zu diesem Zwecke ein Termin vor der Hauptverhandlung anzusetzen.

§. 62. (67.)

Die Verhandlung einer Wiederklage hat in demselben Verfahren nur statt, wenn sie bei der Einlassung auf die Klage vorgebracht wird. Doch muß auch in diesem Falle, wenn eine Verwirrung des Verfahrens zu besorgen ist, das Gericht sie zum besonderen Verfahren verweisen.

Später in erster Instanz angebrachte Wiederklagen begründen zwar den Gerichtsstand, werden aber abgesondert verhandelt.

§. 63. (68.)

Haupt-Interventionen sind eben so anzubringen und behandeln, wie Klagen. Sie dürfen spruchreife Sachen nicht aufhalten.

§. 64. (69.)

Jede Partei kann einen Dritten, bei dem Gegenstande des Rechtsstreites Betheiligten beiladen lassen, wenn sie ein Interesse dabei hat, daß

das

das zu erlassende Erkenntniß ihre Rechtsverhältnisse auch diesem Dritten gegenüber feststelle.

Ein solcher Antrag ist eben so anzubringen wie eine Klage.

§. 65.(70.)

Wer einen Gewährsmann zur Sache beiladen läßt, kann dazu bei dem Gerichte die erforderliche Frist nachsuchen.

§. 66. (71.)

Alle, behuf des Angriffs oder der Vertheidigung bestimmt behaupteten und deutlich vorgetragenen Thatsachen, die von der Gegenpartei nicht ausdrücklich in Abrede gestellt werden, sind als zugestanden anzunehmen.

§. 67. (72.)

Dies gilt auch für den Fall des Ungehorsams.

§. 68. (73.)

Das Gericht, und in den geeigneten Fällen der Instructionsrichter, können von Amtswegen jeder Partei auf die für den Rechtsstreit erheblichen Thatsachen sich beziehende Fragen zur Beantwortung vorlegen und zwar bei der mündlichen Verhandlung der Sache. Die Parteien haben gleichfalls das Recht, hiebei solche Fragen durch den Richter an den Gegner zu stellen. Unterbleiben die Erklärungen oder sind sie ungenügend, so werden die Thatsachen für eingestanden angenommen.

§. 69. (74.)

An dem Gerichtstage zur Verhandlung der Sache vor Abgabe des ersten Erkenntnisses hat das Gericht einen Versuch der Güte zu machen.

Es kann zu demselben das Erscheinen der Parteien in Person anordnen.

Im Falle des Ungehorsams gilt die Güte als abgelehnt.

Der Ungehorsam hat die Verpflichtung zum Ersatze der dadurch verursachten Kosten zur Folge.

In Familienstreitigkeiten, namentlich in Ehescheidungssachen kann das Gericht das Erscheinen der Parteien in Person selbst bei Geldstrafe, nöthigenfalls unter Androhung der Vorführung, vorladen.

§. 70. (75.)

Von den Beweisen.

Der Inhalt öffentlicher Urkunden kann nur durch die Nachweisung der Unächtheit oder Verfälschung derselben entkräftet werden.

§. 71. (76.)

Ein Gleiches gilt von den Urkunden, die eine Partei anzuerkennen oder eidlich abzuleugnen rechtlich gehalten ist. Die Nachweisung der Unächtheit und Verfälschung einer Privat-Urkunde kann auch durch den Beweis er-

bracht werden, daß der Inhalt derselben wissentlich gegen oder ohne den Willen des Unterzeichners niedergeschrieben sei.

§. 72. (77.)

Das Gericht kann von Amtswegen die Einnahme des Augenscheins und die Vernehmung der Sachverständigen und Zeugen an Ort und Stelle verfügen.

§. 73. (78.)

Gegen Sachverständige, welche der Richter von Amtswegen als seine Gehülfen zuzieht, steht den Parteien das Recht der Ablehnung wie gegen richterliche Beamten zu.

§. 74.

Die Zeugen werden in Gegenwart der Parteien vernommen, und es steht den letztern frei, nach Beendigung des Verhörs durch Vermittlung des Richters zulässige Fragen an die Zeugen zu richten. Die Antworten werden in das Protocoll aufgenommen.

§. 75. (79.)

Die Beeidigung der Zeugen geschieht nach erfolgter Vernehmung und Vorlesung der Aussagen nach folgender Formel:

„daß die mir vorgelesene Aussage in allen Stücken, nach meinem besten Wissen und Gewissen, die reine Wahrheit ist, und daß ich nichts, was zur Aufklärung der Sache gehört und mir bekannt ist, verschwiegen habe,"

§. 76. (80.)

Der Eid der Sachverständigen soll lauten:

„daß das von mir in der Sache N. N. wider N. N. abgegebene Gutachten meinem besten Wissen und meiner gewissenhaften Ueberzeugung entspricht,"

§. 77. (81.)

Der Eid der Schätzer soll lauten:

„daß die von mir in der Sache N. N. wider N. N. abgegeben Abschätzung nach meinem besten Wissen und meiner gewissenhaften Ueberzeugung dem wahren Werthe der von mir abgeschätzten Gegenstände entspricht."

§. 78. (82.)

Der Eid der Feldmesser soll lauten:

„daß die von mir vorgenommenen und vorgelegten Vermessungen mit Genauigkeit nach den Vorschriften meiner Kunst vorgenommen sind und daß sie nach meinem besten Wissen und meiner gewissenhaften Ueberzeugung der Wahrheit entsprechen."

Wer-

§. 79. (83.)

Werden Sachverständige, Schätzer oder Feldmesser vor Ausrichtung der ihnen übertragenen Geschäften beeidigt, so sind die Eidesformeln danach zu ändern.

§. 80. (84.)

Wer zum Beweise einer und derselben Thatsache mehr als fünf Zeugen vorschlägt, hat die Kosten der mehren Zeugen stets zu tragen.

§. 81. (85.)

Muß zum Zwecke der Vernehmung von Auskunftspersonen ein anderes Gericht beauftragt oder requirirt werden, so ist nach Eingang der Anträge des Beweisführers dem Gegner desselben durch einen Bescheid aufzugeben, binnen 14 Tagen bei Strafe des Ausschlusses dem Gerichte die Punkte anzugeben, auf welche er die Vernehmung der Auskunftspersonen erstreckt zu sehen wünscht.

Nach Eingang der Beweisfragen oder nach Eingang eines Contumacialantrages des Beweisführers setzt das Gericht spätestens innerhalb 8 Tagen die Parteien von der erfolgten Beauftragung oder Requisition des auswärtigen Gerichts durch einen Bescheid in Kenntniß, in welchem zugleich unzulässige Beweisfragen der Parteien abzuweisen sind.

§. 82. (86.)

Ueber den Erfolg der Beweisführung erkennt das Gericht nach den allgemeinen Beweisregeln, die Abwägung der Gründe für Auflegung des Reinigungseides oder des Ergänzungseides wird jedoch lediglich dem richterlichen Ermessen überlassen.

§. 83. (87.)

Das Gericht ist befugt, bei Zeugen- oder künstlichem Beweise einer der Parteien die eidliche Erhärtung oder Ableugnung derjenigen zu beweisenden Thatsachen aufzuerlegen, die in eigener Wissenschaft derselben beruhen.

Verweigerung dieser Eidesleistung macht sachfällig.

Stirbt derjenige, welchem ein nothwendiger Eid auferlegt ist, vor dessen Ableistung, so gilt der Eid, wenn der Rechtsnachfolger des Ersteren von der zu beschwörenden Thatsache aus eigner Wissenschaft keine Kunde hat und dies auf Erfordern eidlich erhärtet, für geleistet.

§. 84. (88.)

Jede Partei kann der andern den Eid über zu beweisende Thatsachen zuschieben und den zugeschobenen Eid zurückschieben. Auch eine eventuelle Eideszuschiebung ist zulässig.

Eine Zurückschiebung ist jedoch unzulässig, wenn der, welcher den Eid zugeschoben hat, eigene Wissenschaft von der zu beweisenden Thatsache nicht

 hat

hat, vorausgesetzt daß der Eid dem Gegner nicht selbst als Glaubenseid zugeschoben ist.

Ein angenommener Eid kann nicht mehr zurückgeschoben werden. Wenn derjenige, welcher einen ihm zugeschobenen Eid angenommen hat, vor der Ableistung desselben stirbt, so ist dessen Nachfolger, bei Strafe der Eidesweigerung denselben, unter Umständen jedoch nur als Glaubenseid, auszuschwören verpflichtet.

Verweigerung des Eides macht sachfällig.

Gewissensvertretung ist zulässig, und es kann die Partei, welche sich derselben bedient, im Falle des Mißlingens noch auf den ihr zugeschobenen Eid zurückgreifen.

§. 85. (89.)

Wo der Schätzungseid (juramentum in litem, iur. Zezonian. und iur. quantitatis) zulässig ist, muß das Gericht den höchsten Satz, bis zu welchem der Schwörende gehen kann, feststellen.

§. 86. (90.)

Die Parteieneide sind in Person und in öffentlicher Sitzung zu leisten, und der Gegner ist zu dem Schwörungstermine vorzuladen.

§. 87. (91.)

Haupteide werden von den Parteien erst dann geleistet, wenn das Gericht dieselben genau festgestellt und unter der Voraussetzung der Ableistung derselben, in der Sache selbst erkannt hat.

§. 88. (92.)

Das Gericht wird der Ableistung von Eiden die gesetzliche Warnung vor dem Meineide vorangehn lassen.

§. 89. (93.)

Alle in dieser Proceßordnung nicht erwähnten processualischen Eide sind abgeschafft.

§. 90. (94.)

In den Schriften der Parteien enthaltene Geständnisse werden den Parteien sofort erworben, in den mündlichen Verhandlungen gemachte erst durch Aufnahme derselben in das Sitzungsprotokoll.

§. 91. (95.)

Der Widerruf eines gerichtlichen Geständnisses, mag es von den Parteien selbst oder von deren Vertretern abgelegt sein, ist nur zulässig im Falle eines thatsächlichen, dasselbe veranlassenden, entschuldbaren Irrthums.

§. 92. (96.)

Zwischenverhandlungen.

Neben- und Zwischenanträge können zu Protocoll oder durch schriftliche Ein-

Eingaben gemacht werden, und die Entscheidung darüber erfolgt durch einen Bescheid, nachdem der Gegner gehört ist, ohne weitere Verhandlung.

§. 93. (97.)

Von gerichtlichen Verfügungen.

Die gerichtlichen Verfügungen zerfallen in Erkenntnisse (Urtheile) und Bescheide.

Erkenntnisse sind diejenigen Verfügungen, in denen entschieden wird:

1) über die Competenz,
2) über die Beweislast und die Beweissätze,
3) über das endliche Ergebniß des Rechtsstreites.

Bescheide sind alle übrigen gerichtlichen Verfügungen.

§. 94. (98.)

Bescheide sind einseitige oder zweiseitige, je nachdem vorher nur eine Partei gehört ist oder beide Parteien gehört sind.

Gegen einseitige Bescheide steht es der vorher nicht gehörten Partei frei, binnen acht Tagen nach Behändigung oder Eröffnung des Bescheides eine Vorstellung bei dem Richter, welcher den Bescheid erlassen hat, anzubringen.

§. 95. (99.)

Bescheide können, mit Ausnahme des in §. 94 erwähnten Falles, und Erkenntnisse überhaupt nur, durch Rechtsmittel, abgeändert werden.

§. 96. (100.)

Das Erkenntniß kann selbstständig durch Rechtsmittel angefochten werden, der Bescheid nur mittelst des gegen das nächste Erkenntniß zuständige Rechtsmittels.

Bescheide, durch welche selbstständige Anträge abgewiesen werden, können jedoch, wenn auf dieselben im Verfahren kein Erkenntniß mehr folgt, ebenfalls sofort von Seiten des Antragstellers innerhalb der für Einlegung und Einführung von Rechtsmitteln gegen Erkenntnisse geltenden Fristen durch Rechtsmittel angefochten werden.

§. 97. (101.)

Soll wegen eines Bescheides ein Rechtsmittel verfolgt werden, so muß die Beschwerde spätestens innerhalb einer Frist von acht Tagen nach Behändigung oder Verkündigung des Bescheides vor oder jedenfalls bei dessen Befolgung, und zwar mit Anführung der Punkte, auf welche sich dieselbe gründet, vorläufig angemeldet werden.

Hat die Anmeldung stattgehabt, so ist selbst die Befolgung des Bescheides den Parteien unnachtheilig.

§. 98. (102.)

Jede Entscheidung ist mit Gründen abzugeben.

§. 99. (103.)

Die Richter müssen Rechtsgründe selbst dann berücksichtigen, wenn sie von den Parteien nicht geltend gemacht sind.

Thatsachen, welche die Parteien zur Verfolgung oder Vertheidigung ihrer Rechte vorgegracht haben, sind von den Gerichten insoweit zu beachten, als es der in den gestellten Anträgen unzweifelhaft liegenden Absicht der Parteien entspricht.

Sie sind nicht befugt, einer Partei mehr zuzuerkennen, als sie verlangt, und auf Ersatz der vor Anstellung der Klage erwachsenen Früchte, Zinsen, Schäden und Kosten erkennen sie nur, wenn solche wenigstens im Allgemeinen gefordert sind.

§. 100. (104.)

Das Durchgreifen nach richterlichem Ermessen ist unzulässig.

§. 101. (105.)

Ist die Entscheidung von einem Vorverfahren abhängig, so ist das Gericht befugt, dieses zuvörderst anzuordnen und erst nach dessen Beendigung endlich zuerkennen.

§. 102. (106.)

Die Gerichte erster Instanz können auf Antrag einer Partei ungeachtet der zulässigen Rechtsmittel, ihre Erkenntniße sofern sie nicht schon durch dies Gesetz für sofort vollstreckbar erklärt sind, in nachfolgenden Fällen für sofort vollstreckbar erklären:

1) wenn die gesetzliche Berufungsfrist abgelaufen ist,
2) wenn auf die Berufung verzichtet oder das Erkenntniß anerkannt ist.
3) wenn auf Eröffnung eines Testaments erkannt ist,
4) wenn ein rechtskräftiges Erkenntniß vollzogen werden soll,
5) in allen eiligen Sachen, nöthigenfalls gegen Caution.

Gegen die Zulassung oder Abweisung eines solchen Antrages findet das in der Sache selbst zulässige Rechtsmittel, jedoch ohne Suspensivkraft statt; indeß kann das Obergericht sofort beim Eingehn der Einführung des Rechtsmittels die erkannte Vollstreckbarkeit des Erkenntnisses erster Instanz wieder aufheben.

§. 103. (107.)

Das Erkenntniß muß sich auch über die Proceßkosten aussprechen.

Die unterliegende Partei ist in die Kosten zu verurtheilen; es kann jedoch aus Gründen, welche in der Beschaffenheit des Falles liegen auf

gänz-

gänzliche oder theilweise Vergleichung der Kosten oder auf Theilung derselben erkannt werden.

Wenn in einem Vergleiche keine Verabredung über den Kostenpunkt enthalten ist, so tritt Compensation der Kosten ein.

§. 104. (108.)

Hat die obsiegende Partei das Armenrecht, so hat der unterliegende vermögende Theil auch die einstweilen angeschriebenen Sporteln, Stempel und Gebühren zu zahlen.

§. 105. (109.)

Vormünder, Curatoren und sonstige Verwalter, welche das Interesse ihrer Verwaltung in einem Rechtsstreite verletzt haben, oder Anwälte und Gerichtsunterbediente, welche die Grenze ihres Amtes überschritten oder dessen Pflichten gröblich verletzt haben, können persönlich in die Kosten verurtheilt werden.

§. 106. (110.)

Die Ausfertigungen der Erkenntnisse müssen enthalten: Namen, Stand und Wohnort der Parteien, die Namen ihrer Anwälte, die Gründe der Entscheidung und die letztere selbst, imgleichen eine endliche Frist, innerhalb welcher der Verurtheilte derselben Folge zu leisten hat.

Die Frist wird nach Ermessen des Gerichts bestimmt, darf aber 6 Wochen nicht übersteigen.

§. 107. (111.)

Sobald ein Erkenntniß rechtskräftig geworden ist oder in erster Instanz vollstreckbar wird, hat das Gericht erster Instanz (§. 342) dasselbe auf den Antrag des obsiegenden Theils für vollstreckbar zu erklären und diese Erklärung unter das Erkenntniß zu setzen.

Contumacial-Verfahren.

§. 108 (112.)

Erscheint der Kläger am Gerichtstage nicht, so wird er auf Antrag des Beklagten mit der angebrachten Klage abgewiesen.

§. 109. (113.)

Erscheint der Beklagte nicht, so nimmt auf Antrag und nach Anhörung des Klägers das Gericht dessen thatsächliche Behauptungen, soweit ein Verzicht der Parteien über den Gegenstand des Processes gesetzlich zulässig ist, als richtig an und erkennt danach was Rechtens.

§. 110. (114.)

Eine Restitution gegen Contumacial-Erkenntnisse hat statt, unter den §. 119 aufgeführten Bedingungen.

§. 111.

§. 111. (115.)

Nach ertheilter Restitution wird das Verfahren da wieder aufgenommen, wo es bei Erlaß des Contumacial-Erkenntnisses stehen blieb.

§. 112. (116.)

Erscheinen beide Parteien nicht, so ruht der Rechtsstreit (§. 131).

§. 113. (117.)

Von Fristen und Gerichtstagen.

Die Gerichte können die Fristen nicht erstrecken.

Ausnahmsweise ist eine Erstreckung zulässig, wenn die Partei oder vorzuladende Auskunftspersonen sich außerhalb des Gerichtsbezirks aufhalten.

§. 114. (118.)

Angesetzte Gerichtstage können die Gerichte auf Antrag einer rechtlich behinderten Partei verlegen.

§. 115. (119.)

Die Partei, welche über eine Stunde nach der ihr zum Erscheinen vor Gericht bestimmten Zeit ausbleibt, ist als ungehorsam anzusehen.

§. 116. (120.)

Die mit dem unbenutzten Ablaufe einer Frist oder eines Gerichtstages verbundenen Rechtsnachtheile treten ohne besondere Androhung ein. Die Versäumniß der zur Vornahme einer bestimmten Handlung bestimmten Fristen oder Gerichtstage hat ohne Weiteres den Verlust des Rechts zur Vornahme der Handlung zur Folge. Die Parteien können durch Uebereinkunft alle Fristen erstrecken, jedoch hat eine solche Uebereinkunft nur dann rechtliche Wirksamkeit, wenn dem Gerichte davon vor Ablauf der Frist Anzeige gemacht ist.

§. 117. (121.)

Wo Gefahr im Verzuge ist, kann der Richter die vorgeschriebene Frist abkürzen und nach den Bestimmungen über den summarischen Proceß verfahren.

§. 118. (122.)

Achttägige und vierzehntägige Fristen laufen von Wochentag zu Wochentag.

Vierwöchige Fristen laufen von Monatstag zu Monatstag.

Beginnt eine solche Frist mit dem letzten Monatstage und hat der nächste Monat weniger Tage als der vorige, so läuft dennoch die Frist mit dem letzten Monatstage ab.

§. 119. (123.)

Restitution.

Restitution gegen versäumte Fristen und Gerichtstage wird durch einen Be-

Bescheid und ohne vorgängige Verhandlung ertheilt, jedoch unter folgenden Voraussetzungen: wenn

1) die Versäumniß nach richterlichem Ermessen von der Partei nicht gröblich oder wenn sie von dem Anwalte oder Bevollmächtigten verschuldet war,
2) durch dieselbe ein Angriffs- oder Vertheidigungsmittel, also nicht allein das Recht zu einer rechtlichen Ausführung und Verhandlung, verloren ist,
3) die Lage des Rechtsstreites die Restitution noch gestattet, also keinesfalls dann noch, wenn schon in der Sache selbst eine Endentscheidung letzter Instanz vorliegt oder das Erkenntniß erster Instanz bereits für vollstreckbar erklärt ist,
4) mit dem Gesuche um Restitution zugleich die versäumte Handlung nachgeholt wird, sofern dies ohne gerichtliche Mitwirkung möglich.

Ueber den Grund der Versäumniß kann nach richterlichem Ermessen Bescheinigung, nöthigenfalls durch einen Eid, gefordert werden.

Die Kosten der Restitution und des verzögerten Processes hat der zu tragen, der die Restitution sucht.

Nach Ablauf von sechs Monaten, von der Zeit der eingetretenen Versäumniß an, hat keine Restitution mehr statt, auch nicht gegen den Ablauf dieser Frist.

Tritt die Möglichkeit der Geltendmachung des Restitutionsgesuches erst nach dem Zeitpunkte der eingetretenen Versäumniß ein, so wird die Frist von diesem spätern zu bescheinigenden Zeitpunkte berechnet. Als ein die Möglichkeit der Anbringung des Restitutionsgesuches hindernder Umstand ist es indeß nicht anzusehen, wenn die Partei keine Nachricht von dem Stande der Sache, insbesondere von dem eingetretenen Rechtsnachtheile erhalten hat.

§. 120. (124.)

Eine zweite Restitution wegen derselben Proceßhandlung hat nicht statt, insofern die Partei oder den Anwalt irgend ein Verschulden trifft.

§. 121. (125. 126.)

Von den Rechtsmitteln.

Die einzig zulässigen Rechtsmittel sind die Berufung (Appellation, Recurs) als ordentliches und die Nichtigkeitsbeschwerde als außerordentliches Rechtsmittel.

Beide sind Devolutiv-Rechtsmittel.

§. 122. (127.)

Die Berufung kann nur gegen Entscheidungen erster Instanz, die Nich-

 tigkeits-

tigkeitsbeschwerden nur gegen Entscheidunge zweiter Instanz verfolgt werden (vergl. §§. 93 — 97.)

§. 123. (128.)

Ueber das Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde entscheidet in allen Fällen der Cassationshof.

§. 124. (129.)

Das Rechtsmittel der Berufung hat Suspensivkraft, außer in den Fällen, wo die Erkenntnisse erster Instanz für sofort vollstreckbar erklärt sind. §. (102.)

Das Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde hat solche nur dann, wenn der Cassationshof, nach Ermessen gegen Caution, auf den motivirten Antrag des Beschwerdeführers dieselbe gestattet.

§. 125. (130.)

Die Nichtigkeitsbeschwerde ist begründet:

1) wenn wesentliche Vorschriften des Processes verletzt sind; oder
2) wenn gegen die Bestimmungen der Gesetze erkannt und in Folge dessen unrichtig entschieden ist.

§. 126. (131.)

Die Berufung ist begründet, wenn Nichtigkeiten begangen (§. 125.) oder wenn Proceßvorschriften unrichtig angewendet oder unrichtige Entscheidungen abgegeben sind.

§. 127. (132.)

Neue Thatsachen, Beweismittel oder wesentliche Anträge, welche in die erste Instanz gehören, können in der zweiten Instanz nicht vorgebracht werden; sie sind an die erste Instanz zurückzuweisen und nur zulässig im Wege der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.

§. 128. (133 — 37.)

Beide im §. 121. genannte Rechtsmittel sind bei dem Gerichte, dessen Entscheidung angefochten wird, anzumelden und einzuführen.

Kommt die Schrift zeitig ein, so sendet das Gericht solche sammt den Acten binnen drei Tagen an das Gericht zweiter Instanz resp. den Cassationshof ein, weiset dagegen verspätete Anmeldungen und Einführungen als verfallen zurück.

Ist indeß bei verspäteten Anmeldungen und Einführungen zugleich um Restitution gebeten, so sendet es die Acten an das zuständige höhere Gericht ein.

§. 129. (137.)

Verzicht der Parteien.

Erklärt der Kläger mündlich oder schriftlich vor Gericht, auf die Fort-

Fortsetzung des Verfahrens verzichten zu wollen, so wird er auf den Antrag des Beklagten mit der vorgebrachten Klage abgewiesen und hat die Kosten zu erstatten.

§. 130. (138.)

Erklärt der Beklagte mündlich oder schriftlich vor Gericht, den Anspruch des Klägers anerkennen zu wollen, so ist er auf den Antrag des Klägers als Sachfälliger zu verurtheilen.

§. 131. (139 u. 40.)

Erlöschen des Processes.

Ruht ein Rechtsstreit drei Jahre hindurch, so werden alle Handlungen des Hauptverfahrens, auch die in demselben gemachten Geständnisse, ohne weiteres wirkungslos.

§. 132. (141.)

Vom Armenrechte.

Denjenigen, deren Vermögen oder Erwerb nicht ausreicht, um ohne Beschränkung des nothwendigen Lebensunterhalts für sich oder ihre Familie, die Kosten eines Processes zu bestreiten, ist das Armenrecht zu ertheilen.

§. 133. (142.)

Solche Personen haben sich von der Ortsbehörde ihres Wohnortes oder Aufenthaltsortes ein Zeugniß über ihre Dürftigkeit ertheilen zu lassen, welches in denjenigen Bezirken, wo über der Ortsbehörde noch eine locale Oberbehörde für Verwaltung der Armenmittel besteht, von dieser zu genehmigen ist.

Dasselbe soll eine möglichst genaue Auskunft über folgende Punkte enthalten:

1) ob der Bittsteller Immobiliar-, Capital- oder sonstiges Vermögen besitzt,
2) ob und in wie weit das fragliche Vermögen mit Schulden belastet ist.
3) wie hoch sich der Verdienst oder die sonstige Einnahme des Bittstellers beläuft, und
4) in welchen Familienverhältnissen derselbe lebt, namentlich wie groß die von ihm zu erhaltende Familie ist.

§. 134. (143.)

Auf Grund des im §. 142. erwähnten Zeugnisses ist bei dem Gerichte, vor welchem der Rechtsstreit zu führen ist, um Ertheilung des Armenrechtes nachzusuchen.

Das Gericht hat sich zuvörderst die Thatsachen und Beweismittel, auf welche sich die Ansprüche oder die Vertheidigung des Bittstellers gründen,

 vorle-

vorlegen zu lassen und nur, wenn die Sache des Bittstellers eine offenbar unbegründete ist, das Armenrecht zu verweigern.

Das ertheilte Armenrecht wirkt für alle Instanzen.

Zeigt sich im Laufe des Rechtsstreites der Anspruch oder die Vertheidigung der Partei als unbegründet, so kann das Gericht von Amtswegen oder auf Anregung des Gegners das Armenrecht der betreffenden Partei wieder entziehen.

§. 135. (144.)

Der Gegner kann verlangen, daß die arme Partei ihr Unvermögen eidlich erhärte. Der Eid wird unter Zuziehung der Partei vom Richter festgestellt, und zwar nach Maßgabe der in dem Armuthszeugniße angeführten Thatsachen, nachdem sich die arme Partei über deren Richtigkeit nochmal erklärt hat.

Verweigerung des Eides hat die Entziehung des Armenrechts zur Folge.

§. 136. (145.)

Der armen Partei ist nöthigenfalls von Amtswegen ein Sachführer oder Anwalt zu bestellen.

Die Gerichte werden hierbei eine bestimmte Reihefolge unter sämmtlichen Sachführern und Anwälten beobachten und dabei diesen auch diejenigen von ihnen freiwillig übernommenen Armensachen anrechnen, von deren Uebernahme sie bei derselben den Gerichten Anzeige gemacht haben.

Alle Gerichtsgebühren werden für die arme Partei angeschrieben, sind aber von ihr, falls sie zu Vermögen kommt, zu erstatten.

Auch diejenigen Kosten und Auslagen, welche zur Fortsetzung des Rechtsstreites nothwendig sind, wie Kosten von Edictallungen oder Zeugenverhören, trägt die Staats-Casse.

Für den vermögenden Gegner einer armen Partei sind die Sporteln und Stempel anzuschreiben und nur bei Verlust der Sache oder bei Abschließung eines Vergleichs oder wenn auf Kostencompensation erkannt wird, nachzuzahlen. Alle übrigen Gebühren und Auslagen hat die Partei zu tragen.

§. 137. (146.)

Zahlungen auf den Streitgegenstand, die der Gegner der armen Partei dieser in Folge des ergehenden Erkenntnisses oder eines Vergleichs zu leisten hat, kann er mit der Wirkung der Befreiung nur in das gerichtliche Depositum machen.

Von der eingezahlten Summe hat das Gericht zuvörderst die Rechtsbeistände der armen Partei und den Fiscus wegen der Gerichtsgebühren

zu

zu befriedigen. Würde die hiernach für die arme Partei übrig bleibende Summe nicht 50 Rthl. betragen, so wird das Ganze unter die arme Partei und deren Rechtsbeistände nach Verhältniß vertheilt und der Fiscus bleibt wegen der Gerichtsgebühren unbefriedigt.

§. 138. (147.)

Hinsichtlich der in Folge einer Entscheidung oder eines Vergleiches von dem Gegner der armen Partei ganz oder theilweise zu zahlenden Kosten steht den Rechtsbeiständen derselben ein selbstständiges Recht gegen Gegner zu, gegen welches Einreden aus der Person ihrer Partei nicht zulässig sind und Compensationen nur hinsichtlich der in diesem selben Processe dem Gegner zuerkannten Kosten stattfinden.

§. 139. (148.)

Die Rechtsbeistände der armen Partei und der Fiscus können von beiden Parteien die Manifestation des geschlossenen Vergleiches durch Edition der darüber aufgenommenen Urkunde, so wie durch Eid verlangen.

Zweiter Theil.

Verfahren vor den Amts- und Stadtgerichten.

Tit. 1.

Ordentliches Verfahren.

§. 140. (149.)

Die Stadt- und Amtsgerichte werden ein für alle Mal nach dem Bedürfnisse die Wochentage festsetzen, an welchen sie in bürgerlichen Rechtsstreiten Recht sprechen.

§. 141. (151.)

Die Gerichtsboten haben die Verfügungen der Amts- und Stadtgerichte spätestens in 6 Tagen nachdem sie ihnen zugestellt sind, zu insinuiren und dann die Behändigungsurkunde zeitig zu den Acten zu übergeben.

§. 142. (152.)

Die Ladungen der Stadt- und Amtsgerichte sind den Parteien und Auskunftspersonen mindestens drei Tage vor dem angesetzten Gerichtstage zu behändigen.

Ist Gefahr beim Verzuge, so kann das Gericht diese Frist abkürzen und ist dies alsdann in der Ladung auszudrücken.

§. 143 (150.)

Die Parteien können, wenn nur die Höhe des Streitobjectes die Zuständigkeit des Amts- oder Stadtgerichts übersteigt, sich diesem unter-

unterwerfen, (§. 11 Nr. 3 der Gerichts-Ordnung) nicht aber in andern Fällen materieller Unzuständigkeit. Dies ist vor der Verhandlung der Sache ausdrücklich zu Protocoll zu nehmen.

Auf diese Weise an die Amts- und Stadtgerichte gelangte Sachen stehen auch hinsichtlich der Rechtsmittel den diesen Gerichten durch das Gesetz überwiesenen Sachen gleich.

§. 144.

Die Parteien können entweder 1. an den vom Gerichte ein für alle Mal bestimmten Gerichtstagen erscheinen und ihre Sache vortragen, oder 2. es läßt der Kläger den Beklagten zur Verhandlung der Sache durch den Gerichtsdiener vorladen, oder 3. es bringt derselbe an einem solchen Tage seine Klage mündlich zu Protocoll vor, oder endlich 4. er reicht sie schriftlich dem Gerichte ein.

§. 145.

Im erstern Falle ist das Gericht jedoch nur dann, wenn nach Erledigung der von ihm auf den bezüglichen Gerichtstag angesetzten Geschäfte noch hinreichende Zeit erübrigt, zur Verhandlung der Sache verpflichtet.

Wenn in dem Falle unter 2. der Beklagte nicht erscheint, so wird die Klage entgegengenommen und, gleichwie in den Fällen 3. und 4., wenn sie nicht wegen offenbar ermangelnder Begründung sofort abzuweisen ist, zu ihrer Verhandlung ein Termin, nicht über 14 Tage hinaus, angesetzt.

§. 146. (154.)

Die Richter haben sich zu bemühen, die Parteien von unbegründeten Klagen abzuhalten, den begründet scheinenden dagegen die gehörige Richtung zu geben.

§. 147. (156.)

Die am Gerichtstage erschienenen Parteien werden gegen einander gehört.

Sie haben ihre Vor- und Anträge mündlich zu machen; die Ueberreichung derselben in Schriften ist unzulässig.

§. 148. (157.)

Sind Einreden vorgebracht, so kann der Kläger die Ansetzung eines anderen Gerichtstages beantragen. Dieser ist nicht über 14 Tage hinauszusetzen und der Bescheid, durch welchen er bestimmt wird, sogleich den Parteien zu eröffnen. In diesem Termine wird die Sache zum Schlusse verhandelt.

§. 149. (158.)

In der Verhandlung haben sich die Parteien zugleich über die von dem Gegner angegebenen Beweismittel zu erklären.

§. 150.

§. 150. (159.)

Das Gericht verkündigt entweder sogleich nach geschlossener Verhandlung oder in der nächsten Gerichtssitzung das Erkenntniß. Wird letzteres vorgezogen, so sind die Parteien unmittelbar nach dem Schluß der Verhandlung zur Eröffnung des Erkenntnisses zu laden.

§. 151. (160.)

Sind Beweise erforderlich, so bestimmt das Gericht einen Tag zur Aufnahme derselben und ladet dazu die Parteien und Auskunftspersonen vor.

Haben die Parteien außer den bereits benannten noch Zeugen vorzuschlagen, so können sie deren Ladung zeitig vor dem Gerichtstage noch beantragen.

§. 152. (161.)

An dem Gerichtstage schreitet das Gericht zur Beweisaufnahme, hört nach deren Beendigung die Parteien und verkündet ihnen das Erkenntniß (s. §. 150).

§. 153. (162.)

In schwierigen Sachen bleibt es dem Ermessen des Gerichts überlassen, die Beweislast und die Beweissätze durch ein Erkenntniß festzustellen.

Das Gericht setzt in diesem Falle, nach eingetretener Rechtskraft des Beweiserkenntnisses, einen Termin an, ladet die Parteien und Auskunftspersonen zu demselben vor, schreitet zur Beweisaufnahme, hört die Parteien und verkündet ihnen das Erkenntniß (s. §. 150).

§. 154. (163.)

Gerichtstage und Fristen sind nicht über 14 Tage hinauszusetzen.

Tit. 2.

Verfahren bei unstreitigen Schuldforderungen.

§. 155.

Wenn bei einfachen Schuldforderungen der Kläger annimmt, daß der Beklagte Einreden nicht vorbringen werde, so hat das Gericht, sofern keine Bedenken entgegenstehn, auf Antrag des Klägers die von demselben in doppelter Ausfertigung einzureichende Rechnung dem Beklagten mit dem darunter gesetzten Befehle, binnen 14 Tagen Zahlung zu leisten oder rechtlichen Einwand anzuzeigen, zufertigen zu lassen. Das zweite Exemplar der Rechnung wird, mit dem Befehle und der Behändigungsurkunde versehen, dem Kläger wieder zugestellt.

§. 156.

§. 156.

Wird Einrede angezeigt, so verweist das Gericht die Sache zum rechtlichen Verfahren, andernfalls erkennt es auf weitern Antrag des Klägers sofort die Execution.

§. 157.

Nach erkannter Execution wird der Beklagte nur mit solchen Einreden gehört, welche gesetzlich in der Executionsinstanz zulässig sind, es wäre denn, daß er Wiedereinsetzung in den vorigen Stand auswirkte oder für die Forderung alsbald zureichende Sicherheit bestellte.

§. 158.

Ein solcher Antrag (§. 155) kann auch bei Forderungen angebracht werden, deren Summe die Zuständigkeit der Stadt- und Amtsgerichte übersteigt; indeß wird hier, wenn Einrede (§. 156) erfolgt, oder es nach §. 157 zum weitern Verfahren kommt, die Sache an das zuständige Kreisgericht verweisen. Die Berufung darauf, daß dieselbe zur Competenz des Kreisgerichts gehöre, ist für sich allein keine Einrede im Sinne der §§. 155. 156.

Tit. 3.

Verfahren bei Streitigkeiten über Besitzstörungen.

§. 159. (165.)

Die gesetzlichen Bestimmungen über den jüngsten Besitz sind aufgehoben.

§. 160. (166.)

Sind Gewaltthätigkeiten zu befürchten, so kann das Gericht von Amtswegen oder auf Antrag des Klägers einen einstweiligen Besitzstand feststellen und dessen Störung mit Strafe bedrohen, oder eine Sequestration anordnen und vollziehen lassen.

§. 161. (167.)

An dem Gerichtstage werden die Parteien zuvörderst gegen einander gehört, auch über die vorgeschlagenen Beweismittel.

Der Kläger kann eine Verlegung des Gerichtstages nicht verlangen.

Sind die erheblichen Thatsachen klar, so erfolgt sofort das Erkenntniß.

§. 162. (168.)

Sind Beweise erforderlich, so verfährt das Gericht nach den für das ordentliche Verfahren vor den Amts- und Stadtgerichten gegebenen Bestimmungen (§§. 140 ff.).

Tit. 4.

Von der Aufnahme der Verhandlung.

§. 163. (169.)

Ueber die Verhandlung hat der Secretair ein Protocoll aufzunehmen. Dasselbe muß enthalten:

1) die Namen der anwesenden Gerichtspersonen;
2) genaue Bezeichnung der Parteien;
3) den wesentlichen Inhalt ihrer Vorträge und ihre Anträge;
4) genaue Bezeichnung der Auskunftspersonen;
5) die Angabe, daß den Parteien und Auskunftspersonen die Protocolle vorgelesen, von ihnen genehmigt und unterschrieben sind;
6) deren Unterschrift oder falls sie Schreibens unkundig sind, deren Handzeichen, oder falls sie die Unterschrift verweigern, dieser Umstand und dessen Gründe;
7) die von dem Gerichte erlassenen Bescheide und Erkenntnisse, von dem Richter gezeichnet;
8) die Verkündigung derselben an die Parteien.

Im Fall der Behinderung des Secretairs kann der Richter selbst das Protocoll führen.

Dritter Theil.

Verfahren vor den Kreisgerichten.

Tit. 1.

Ordentliches Verfahren.

§. 164. (170.)

Die Kreisgerichte werden ein für alle Mal die Tage der Woche, an welchen sie in bürgerlichen Rechtsstreiten Recht sprechen, nach Bedürfniß festsetzen und bekannt machen.

§. 165. (171.)

Bei den Kreisgerichten sollen in bürgerlichen Rechtsstreiten nicht mehr und nicht weniger als drei Richter das Urtheil sprechen.

§. 166. (172.)

Der bestellte Anwalt hat die Klage schriftlich in doppelter Ausfertigung in dem Secretariate des Gerichts zu übergeben. Hat der Director wegen

der Zuständigkeit des Gerichts Bedenken, so veranlaßt er eine Berathung desselben und das Gericht hat, wenn es sich für incompetent hält, dieses ohne vorgängige Verhandlung durch einen den Parteien zu behändigenden Bescheid auszusprechen.

Hat der Director wegen der Zuständigkeit des Gerichts dagegen kein Bedenken, so erläßt er einen Bescheid, in welchem er

1) einen Referenten für die Sache bestellt, und
2) dem Beklagten aufgiebt, einen Anwalt zu bestellen und sich vernehmen zu lassen, und zwar bei Strafe der gerichtlichen Beiordnung eines Anwaltes zur Empfangnahme der gerichtlichen Verfügungen.

Er läßt diesen Bescheid sammt einer Ausfertigung der Klage dem Beklagten behändigen und dem Anwalte des Klägers mit einer Empfangbescheinigung des Beklagten zustellen.

§. 167. (173.)

Der bestellte Referent erläßt alle Bescheide sowohl in dem ersten als in dem Beweisverfahren allein.

Alle Entscheidungen über Nebenpunkte sind, wenn sie nicht die Fortsetzung des Verfahrens bedingen, in der Regel bis zum nächsten Erkenntnisse hinauszuschieben.

Auf den Antrag des Klägers oder des Beklagten kann der Referent auch den Güteversuch vornehmen und dazu einen Tag anberaumen.

§. 168. (174.)

Innerhalb vier Wochen von Behändigung der Klage an hat der Beklagte einen Anwalt zu bestellen, durch denselben die Vernehmlassung in einer Ausfertigung dem Anwalte des Klägers gegen einfache Empfangsbescheinigung zustellen und in zweiter Ausfertigung bei dem Secretariate einreichen zu lassen.

§. 169. (175.)

Verhandelt der Beklagte die Vernehmlassung, so kann der Kläger die Replik innerhalb 14 Tagen verhandeln, wobei ganz ebenso verfahren wird, wie bei der Vernehmlassung.

§. 170. (176.)

Bringt die eine oder die andere Partei die im Vorhergehenden erwähnten Schriftsätze nicht ein, so kann der Gegner unter Einreichung der Behändigungsurkunde auf Ansetzung eines Termins zur mündlichen Hauptverhandlung antragen.

§. 171. (177.)

Die Wechselschriften sollen nur die Darstellung der erheblichen Thatsachen

sachen, Angabe der Beweismittel und eine genaue Fassung der Anträge der Parteien enthalten.

Alle Rechtsausführungen gehören in die mündliche Verhandlung.

§. 172. (178.)

Die Originale der Anlagen der Wechselschriften sind dem Gerichte, deren Abschriften dem Gegner zu übergeben.

Den Anwälten steht die Einsicht der Originale im Secretariate frei.

§. 173. (179.)

Die Parteien können das Vorverfahren auch außergerichtlich instruiren und, entweder unter Einreichung der gewechselten Schriften oder einer gemeinschaftlichen Darstellung des Sachverhältnisses und Hinzufügung ihrer Anträge durch ihre Anwälte, auf Ansetzung eines Tages zur mündlichen Verhandlung antragen.

§. 174. (180.)

Bedarf es weiterer Erklärungen der Parteien auf die eingegangenen Wechselschriften nicht, so hat der Referent, selbst vor Eingang der noch zulässigen Schriften, die Acten dem Director zur Ansetzung der mündlichen Hauptverhandlung zuzustellen und der Actenschluß ist in jedem Falle in dem Bescheide auszusprechen, durch welchen der Termin zur mündlichen Verhandlung angesetzt wird.

Dieser Termin darf nicht über 14 Tage hinausgesetzt werden.

§. 175. (181.)

Bei der öffentlichen mündlichen Verhandlung werden die Parteien zuvörderst gegen einander gehört.

Verlangt der Kläger nochmals das Wort nach dem Vortrage des Beklagten, so kann das Gericht ihm solches gestatten, muß aber dann den Beklagten auf dessen Antrag noch zum Schlusse hören.

§. 176. (182.)

Wird über Thatsachen gestritten, so steht es jeder Partei frei, in dem Termine zur mündlichen Verhandlung einen schriftlichen Antrag darüber zu überreichen, wie sie die Beweissätze gefaßt und die Beweislast vertheilt zu sehen verlangt.

Das Gericht kann den Parteien die Einreichung derartiger Anträge auch aufgeben und bis zum Eingange eines solchen von Seiten der einen oder der andern Partei das Verfahren einstellen.

Eine Abschrift dieser Anträge muß dem Gegner sofort zugestellt werden. Auch wenn über Rechtspunkte gestritten wird, können die Parteien solche Anträge als eventuelle überreichen.

§. 177. (183.)

Das Gericht ist an diese Anträge, selbst wenn beide Theile in denselben übereinstimmen, nicht gebunden; es hat vielmehr die Beweislast und die Beweissätze nach seiner rechtlichen Ueberzeugung festzustellen.

§. 178. (184.)

Bei der mündlichen Verhandlung ist eine Abänderung der thatsächlichen Grundlagen der Vorträge der Parteien unzulässig, sie können dieselben aber ebenso wie ihre Anträge erläutern, vervollständigen und verbessern.

Der Referent hat die mündlichen Vorträge der Parteien zu überwachen und Unrichtigkeiten in denselben zu verbessern.

§. 179. (185.)

Nach geschlossener Verhandlung verkündigt das Gericht nach in geheimer Berathung mit Stimmenmehrheit gefaßtem Beschlusse das Erkenntniß.

§. 180. (186.)

Aus in der Sache liegenden Gründen kann das Gericht die Verkündigung des Erkenntnisses durch einen, den Parteien sogleich zu eröffnenden Bescheid hinausschieben, jedoch nicht über 8 Tage.

§. 181. (187.)

An dem zur Verkündigung des Erkenntnisses angesetzten Tage kann jede erscheinende Partei mit Erfolg gegen den Gegner die Verkündigung beantragen.

Erscheint keine der Parteien, so wird auf Anrufen einer derselben ein neuer Tag angesetzt.

§. 182. (188.)

Erkennt das Gericht auf Beweis, so hat nach rechtskräftig gewordenem Beweiserkenntnisse der Hauptbeweisführer binnen 14 Tagen in einer auf dem Secretariate niederzulegenden Schrift die Beweismittel, deren er sich bedienen und die Thatsachen, welche er dadurch nachweisen will, genau anzugeben.

Diese Schrift ist in einer zweiten Ausfertigung dem Gegner gegen Empfangsbescheinigung mitzutheilen.

§. 183. (189.)

Auf gleiche Weise hat der Gegner in Betreff der ihm zur Last fallenden Beweise und Gegenbeweise innerhalb 14 Tagen nach Behändigung der Schrift des Hauptbeweisführers zu verfahren und eine zweite Ausfertigung seiner Schrift dem letzten gegen Empfangsbescheinigung zu behändigen.

§. 184. (190.)

Die Parteien sind bei der Wahl der Beweismittel auf die bis zum Beweis-

Beweiserkenntnisse angegebenen beschränkt; neue Beweismittel werden nicht zugelassen.

§. 185. (191.)

Wenn die eine oder die andere Partei die Fristen versäumt, so werden die Thatsachen, welche sie zu beweisen haben würde, als nicht bewiesen angesehen.

Versäumniß in Betreff der Gegenbeweisschrift hat den Verlust des Gegenbeweises zur Folge.

§. 186. (192.)

Sind keine Beweisschriften übergeben, so setzt der Director des Gerichts auf den Antrag einer Partei einen Tag zur mündlichen Verhandlung und zur Eröffnung des Erkenntnisses an.

§. 187. (193.)

Sind Beweisschriften übergeben, so setzt der Referent einen Tag, nicht über 14 Tage hinaus, zur Beweisaufnahme an und verfährt dabei nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen.

§. 188. (194.)

Einreden gegen die Auskunftspersonen und deren Aussagen, sowie die zur Begründung solcher Einreden dienenden Beweismittel können noch während der Beweisaufnahme zur Hand genommen werden.

Der Instructionsrichter hat in solchen Fällen die angefochtenen Auskunftspersonen zu vernehmen und die Entscheidung über alle ebenerwähnte Nebenpunkte dem Erkenntnisse über die Beweisführung vorzubehalten.

§. 189. (195.)

Nach vollendetem Beweisverfahren und zwar innerhalb 8 Tagen setzt das Gericht einen Tag zur öffentlichen und mündlichen Verhandlung über den Beweis und zur Verkündigung des Erkenntnisses an, nicht über 14 Tage hinaus.

§. 190. (196.)

An dem Gerichtstage trägt zuvörderst der Referent kurz über den Stand der Sache vor und es werden durch den Secretair die vorhandenen schriftlichen Beweismittel, Zeugenaussagen, Gutachten der Sachverständigen, Protocolle über den Augenschein und Urkunden verlesen.

Die Parteien werden gegen einander gehört.

Das Gericht erkennt über die Beweise und in der Sache selbst und verkündigt das Erkenntniß und zwar, falls noch Eide zu leisten sind, mit deren genauen Festsetzung und unter der Voraussetzung ihrer Ableistung. Sollten erhebliche Zweifel über die Beweisführung durch Zeugen oder Sachverständige entstehen, so kann das Gericht auf Antrag einer Partei oder

selbst

selbst von Amtswegen zuvörderst eine nochmalige Vernehmung der Zeugen oder Sachverständigen in öffentlicher Sitzung anordnen und darauf nach nochmaliger Anhörung der Parteien erkennen.

Tit. 2.

Abgekürztes (summarisches) Verfahren.

§. 191. (198.)

Das abgekürzte Verfahren findet außer den Fällen, wo dasselbe in diesem Gesetze besonders angeordnet ist, noch statt:

1) bei persönlichen Forderungen aus Rechtsgeschäften, deren Gegenstand die Summe von 100 Rthl. nicht übersteigt;
2) in Sachen, in denen wenigstens der Klaggrund im Wesentlichen durch öffentliche oder Privaturkunden nachgewiesen wird;
3) bei Wandlungsklagen über verkaufte oder vertauschte Thiere oder Waaren;
4) bei Klagen auf Wiedererlangung des Besitzes.

§. 192. (199.)

Mit der Klage sind zugleich die Beweisurkunden wenigstens abschriftlich zu überreichen und die sonstigen Beweismittel anzugeben.

§. 193. (200.)

Der Director setzt, vorbehältlich jedoch der Bestimmungen in §. 166. auf die Klage sofort einen Termin an, zu welchem beide Theile vorgeladen werden.

§. 194. (201.)

In dem Termine hat der Kläger, wenn solches noch nicht geschehen, die Beweisurkunden im Originale vorzulegen.

Beide Theile werden gegen einander gehört.

Der Beklagte hat sich über die vom Kläger vorgeschlagenen Beweismittel zu erklären, und, falls er Einreden vorschützt, die Beweismittel zu benennen, die Urkunden aber, deren er sich zum Zwecke der Beweis- und Gegenbeweisführung bedienen will, im Originale vorzulegen.

Der Kläger hat sich über die Beweismittel des Beklagten zu erklären.

§. 195. (202.)

Kann der Kläger oder der Beklagte bescheinigen, daß er die von ihm als Beweismittel bezeichneten Urkunden nicht sogleich herbeizuschaffen vermochte, so ist er befugt, auf Ansetzung eines andern Termines anzutragen.

§. 196. (203.)

Sind die erheblichen Thatsachen klar, so erfolgt sofort das Erkenntniß.

Sind

Sind noch Beweise erforderlich, so bestimmt das Gericht einen Tag zur Aufnahme derselben und ladet dazu die Parteien und die Auskunftspersonen vor.

Haben die Parteien außer den bereits früher angegebenen noch Zeugen vorzuschlagen, so können sie deren Ladung zeitig vor dem Gerichtstage noch beantragen.

§. 197. (204.)

An dem Gerichtstage schreitet das Gericht zur Beweisaufnahme, hört nach deren Beendigung die Parteien und verkündet ihnen das Erkenntniß. (s. §. 186.)

§. 198. (205.)

In schwierigen Sachen bleibt es dem Ermessen des Gerichts überlassen, die Beweislast und die Beweissätze durch ein Erkenntniß festzustellen. — Das Gericht setzt in diesem Falle einen Termin an, schreitet nach eingetretener Rechtskraft des Beweiserkenntnisses zur Beweisaufnahme, ladet die Parteien und Auskunftspersonen dazu vor und verkündet ihnen das Erkenntniß. (s. §. 186.)

§. 199. (206.)

Ausnahmsweise ist das Gericht bei weitläufigen Beweisführungen befugt, einen Instructionsrichter mit der Beweisaufnahme zu beauftragen.

Dasselbe gilt, wenn Zwischenanträge eingehen und Verfügungen darauf erforderlich sind.

§. 200. (208.)

Gerichtstage und Fristen sind nicht über 14 Tage hinauszusetzen.

Tit. 3.

Verfahren in erster Instanz bei Anordnung von Curatelen über Großjährige.

§. 201. (209.)

Die Anordnung einer Curatel über einen Großjährigen ist nur zulässig, wenn derselbe:

1) für wahnsinnig oder blödsinnig, oder
2) für einen solchen Taubstummen oder Taubblinden, der sich nicht allgemein verständlich machen kann, oder
3) für einen Verschwender

gerichtlich erklärt ist.

§. 202. (210.)

Jeder Blutsverwandte einer solchen Person, deren Ehegatte und der Staats-

Staatsanwalt ist berechtigt, darauf anzutragen, daß über dieselbe eine Curatel angeordnet werde.

§. 203. (211.)

Der Antrag ist bei dem Kreisgerichte anzubringen wie eine Klage und muß bestimmte Thatsachen, welche denselben begründen sollen, und die Beweismittel angeben.

§. 204. (212—15.)

Geht der Antrag auf Wahnsinnigkeits- oder Blödsinnigkeitserklärung, so bestellt der Vorsitzende einen Referenten. Dieser stellt zuvörderst unter Zuziehung des Staatsanwaltes eine vorläufige Sachuntersuchung an, vernimmt den Beklagten und bestellt und vernimmt zwei Familienfreunde. Ist nach dieser Untersuchung der Antrag nicht sofort zu verwerfen, so bestellt das Gericht einen einstweiligen Curator zur Führung des Rechtsstreits und setzt einen Termin zur öffentlichen und mündlichen Verhandlung an.

Der Curator hat zugleich vorläufig für die Person und das Vermögen des Beklagten zu sorgen.

Wird auf Beweis erkannt, so kommen die für das ordentliche Verfahren gegebenen Vorschriften zur Anwendung.

Gegen das Erkenntniß steht dem Kläger, dem Beklagten und dem Curator die Berufung zu.

§. 205. (216.)

Gründet sich der Antrag darauf, daß ein Taubstummer oder Taubblinder sich nicht allgemein verständlich machen könne, so setzt der Vorsitzende einen Tag zu dessen Vernehmung in nicht öffentlicher Sitzung an, unter Zuziehung des Staatsanwalts, und läßt zu derselben einen Sachverständigen vorladen und durch diesen den Zustand des Beklagten ermitteln.

Bestreitet der Beklagte den Antrag, so bestellt das Gericht sofort einen Curator zur Führung des Rechtsstreits und ordnet das in §. 204 vorgeschriebene Verfahren an.

§. 206. (217.)

Gründet sich die Klage darauf, daß der Beklagte ein Verschwender sei, so findet das ordentliche Verfahren statt.

Das Gericht kann auf Antrag des Klägers und gehörige Bescheinigung der erheblichen Thatsachen vorläufig Sicherungsmaßregeln gegen die Verschleuderung des Vermögens treffen.

§. 207. (218.)

Sobald ein Erkenntniß, durch welches ein Wahnsinniger, Blödsinniger, Taubstummer, Taubblinder oder Verschwender gerichtlich für dispositionsunfähig erklärt worden, rechtskräftig geworden ist, hat der Staatsanwalt

walt dafür zu sorgen, daß von dem zuständigen Amts- oder Stadtgerichte die Curatel förmlich angeordnet werde.

Dem Proceß-Curator darf diese Curatel nicht übertragen werden.

§. 208. (219.)

Kann der unter Curatel Gesetzte nachweisen, daß der Grund der Anordnung derselben aufgehört habe, so wird dieselbe auf dessen Antrag wieder aufgehoben.

Der Antrag ist gegen den Curator zu richten und dem oder den nächsten Blutsverwandten sowie den Ehegatten mitzutheilen, das Verfahren aber dasselbe, wie bei Anordnung der Curatel.

Tit. 4.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 209. (229.)

Die Kreisgerichte können die Vernehmung einer Partei über Thatsachen, Eidesabnahmen, die Vernehmung von Auskunftspersonen und ähnliche einzelne processualische Handlungen, auf Antrag der Parteien oder von Amtswegen aus in der Sache liegenden Gründen auch durch Requisition des betreffenden Amts- oder Stadtgerichts vornehmen lassen.

§. 210. (231.)

Ueber die Verhandlungen der Kreisgerichte in öffentlicher Sitzung hat der Secretair ein Sitzungsprotocoll aufzunehmen, nach den §. 163 gegebenen Vorschriften.

In den Erkenntnissen der Kreisgerichte sind die Namen der erkennenden Richter anzuführen und sie sind von diesen zu unterzeichnen.

Vierter Theil.

Gemeinschaftliche Bestimmungen über außerordentliche Arten des Verfahrens vor den Kreis-, Amts- und Stadtgerichten.

Tit. 1.

Arrestproceß und Inhibitionen.

§. 211. (232.)

Der Arrest auf Sachen oder deren Sequestration kann beantragt werden bei wahrscheinlich gemachter dringender Gefahr des Verlustes eines entweder

weder bereits fälligen oder zu Forderung einer Caution berechtigenden Klageanspruchs, namentlich in folgenden Fällen:

1) wenn der Schuldner sein Vermögen verschwendet oder auf verdächtige Weise veräußert, oder bei Seite schafft;
2) wenn der Schuldner auf der Flucht oder der Flucht verdächtig oder im Begriff ist auszuwandern und kein im Fürstenthume belegenes sicherstellendes unbewegliches Vermögen besitzt;
3) wenn der Anspruch an einen Verstorbenen gegen dessen Erben geltend gemacht wird, die im Begriffe stehen, die Erbschaft zu theilen und unter verschiedene Gerichte zu bringen;
4) wenn zu fürchten ist, daß ein streitiger Gegenstand (res litigiosa) von dem Inhaber wesentlich verändert, veräußert, zerstört oder aus dem Fürstenthume gebracht werden möchte;
5) wenn der Miether oder Pächter ohne den Zins bezahlt zu haben, wegzieht, rücksichtlich der in dem gemietheten oder erpachteten Grundstücke befindlichen Sachen;
6) wenn Ansprüche gegen einen Ausländer, gegen welchen ein Gerichtsstand im hiesigen Lande begründet ist, gesichert werden sollen;
7) wenn Deutschen gegen Ausländer die Rechtspflege von dem zuständigen ausländischen Gerichte verweigert oder nicht gewährt wird.

§. 212. (233.)

Personalarrest ist nur zulässig in den Fällen 1, 2, 6 und 7 des §. 211. Er findet nicht statt gegen Personen, die nicht in Wechselarrest genommen werden können.

§. 213. (234.)

Das Arrestgesuch kann als Nebenantrag in einem anhängigen Rechtsstreite oder als selbstständiger Antrag und in diesem Falle auch bei dem Gerichte angebracht werden, in welchem die Sache oder die Person betroffen wird.

Es ist anzubringen und zu behandeln wie eine Klage, und der Rechtsanspruch, auf welchen sich dasselbe bezieht, muß bescheinigt sein. Die Stellung angemessener Caution ist nöthigenfalls der Bescheinigung gleichzuachten.

§. 214. (235.)

Findet das Gericht das Gesuch unbegründet, so weiset es dasselbe ohne weiteres Verfahren und ohne öffentliche Verhandlung durch einen Bescheid zurück. Ist das Gesuch bei dem, nach dem Werthe des Gegenstandes zuständigen Gerichte angebracht, und findet das Gericht dasselbe begründet, so verfügt es den Arrest auf Gefahr und Kosten des Klägers und setzt zugleich einen Gerichtstag, bei Realarrest nicht über 8 Tage, bei Per-

Personalarrest nicht über 24 Stunden hinaus, zur Rechtfertigung des Arrestes in öffentlicher und mündlicher Verhandlung durch einen den Parteien zu behändigenden Bescheid an.

Ist das nach dem Werthe des Gegenstandes vor ein Kreisgericht gehörige Gesuch bei einem Amts- oder Stadtgerichte angebracht, so hat dieses, falls es das Gesuch für begründet hält, den Arrest gleichfalls vorläufig auf Gefahr und Kosten des Klägers zu verfügen und die Acten sofort an das zuständige Kreisgericht einzusenden, dieses aber mit Ansetzung eines Gerichtstages nach den obigen Bestimmungen zu verfahren.

§. 215. (226.)

An dem Gerichtstage, der nicht verlegt werden darf, erkennt das Gericht, nach Anhörung der Parteien, ohne weiteres Verfahren den Arrest entweder für gerechtfertigt oder hebt denselben auf und verurtheilt in diesem Falle den Kläger zugleich auf Antrag des Beklagten in Schaden und Kosten.

§. 216. (237.)

Das Erkenntniß ist sogleich vollstreckbar.

§. 217. (238.)

Zur Vollstreckung des erkannten Realarrestes sind bewegliche Sachen, welche dem Verderben ausgesetzt sind oder unverhältnißmäßige Unterhaltungskosten machen, bei fehlender Vereinbarung, zu verkaufen und die Kaufgelder zu deponiren, andere Sachen, auch Schuld- oder andere Urkunden und Werthpapiere, sind in gerichtlichen Verwahrsam zu nehmen, zu versiegeln oder dem Gewahrsam eines Dritten anzuvertrauen, ausstehende Forderungen sind dadurch zu sichern, daß deren Innebehalten dem Schuldner bei Strafe doppelter Zahlung aufgegeben und dem Gläubiger deren Einziehung und Veräußerung bei Strafe der Nichtigkeit und des Betruges untersagt, auch daß solches geschehen, öffentlich bekannt gemacht wird. Im letzten Falle sind zugleich auf den Antrag des Arrestklägers Maßregeln wegen Erhebung und Einzahlung solcher Forderungen ins gerichtliche Depositum anzuordnen und wenn die ausstehenden Forderungen aus eingetragenen Hypothekencapitalien bestehen, so ist der erforderliche Vermerk in das Hypothekenbuch einzutragen.

Bei unbeweglichen Sachen wird dem Beklagten deren Veräußerung untersagt, solches öffentlich bekannt gemacht und im Hypothekenbuche vermerkt, auch kann eine Sequestration angeordnet werden.

§. 218. (239.)

Personalarrest wird in der Wohnung des Beklagten durch Einlegung einer Wache, nöthigenfalls durch Abführung in ein Arrestlocal, auf Kosten des Klägers vollzogen.

§. 219.

§. 219. (240.)

Der angelegte Arrest hat die Wirkung, daß für den Hauptanspruch, falls dieser nicht bereits bei dem sonst zuständigen Gerichte anhängig ist, nach Wahl des Klägers auch das Arrestgericht zuständig wird, sofern nur die Summe des Streitgegenstandes dessen Competenz nicht übersteigt.

§. 220. (241.)

Der Arrest wird aufgehoben

1) sobald der Beklagte wegen des Anspruchs, auf welchen er sich bezieht, Sicherheit leistet oder gegen Sicherheitsbestellung des Klägers zahlt;
2) wenn der Arrestkläger in der Hauptsache unterliegt;
3) wenn er einen bereits fälligen Anspruch nicht innerhalb 14 Tagen nach erkanntem Arreste klagbar macht, falls dies nicht schon früher geschehen;
4) der Personalarrest außerdem, wenn die Kosten desselben nicht vorgeschossen werden und spätestens nach Ablauf eines Arrestjahres.

Die Anwendung der Bestimmung unter Nr. 1 auf den Fall einer Sequestration bleibt dem richterlichen Ermessen überlassen.

§. 221. (242.)

Bei Anträgen auf Inhibitionen (Einhaltsbefehle) anderer Art gelten die in diesem Titel enthaltenen Bestimmungen ebenfalls.

Tit. 2.

Executiv-Proceß.

§. 222. (243.)

Der Executiv-Proceß ist zulässig, wenn:

1) Geldforderungen aus solchen Rechtsgeschäften in Frage stehn, aus denen nur für den einen Theil eine Klage möglich ist (obligationes unilaterales) und zugleich
2) mit Ausnahme der Passiv-Legitimation (s. §. 224) alle Punkte des Klaganspruchs durch, der Klage beigefügte, den Beklagten verbindende öffentliche oder Privat-Urkunden nachgewiesen werden.

Der Kläger hat in diesem Falle zu beantragen, daß der Beklagte die Urkunden anerkenne, oder, falls Privat-Urkunden in Frage stehen, solche anerkenne oder eidlich ableugne, und daß ein Gerichtstag nicht über 14 Tage hinaus zur öffentlichen und mündlichen Verhandlung der Sache angesetzt und der Beklagte bei Strafe der Anerkennung zu demselben vorgeladen werde.

§. 233. (244.)

Der Beklagte wird nur mit solchen Einreden zugelassen, welche die Zuständigkeit des Gerichts oder die Zulässigkeit der beantragten Art des Verfahrens betreffen oder gleichfalls durch den Kläger verbindende Privaturkunden oder öffentliche Urkunden nachgewiesen sind.

Dasselbe gilt von Repliken und Dupliken.

Eideszuschiebung ist als Beweismittel nicht zulässig.

Editionsgesuche finden nicht statt.

§. 224. (245.)

Leugnet der Beklagte die Passiv-Legitimation, so kann der Kläger dieselbe durch die gewöhnlichen Beweismittel berichtigen.

Der Proceß ruht während der Dauer des hierdurch entstehenden Zwischenverfahrens.

§. 225. (246.)

Die Parteien werden am Gerichtstage zuvörderst gegen einander gehört.

Erbietet sich der Beklagte zur eidlichen Ableugnung der Privaturkunden, so steht dem Kläger frei, den Beweis der Aechtheit durch die gewöhnlichen Beweismittel mit Ausschluß der Eideszuschiebung zu unternehmen.

Der Proceß wird für die Dauer dieses Zwischen-Verfahrens suspendirt.

Gelingt dem Kläger die Beweisführung nicht, so kann derselbe noch die Ableistung des Diffessionseides verlangen.

Zieht derselbe es vor, den Diffessionseid von dem Beklagten schwören zu lassen, so wird sofort zur Abnahme des Eides geschritten und das Gericht erkennt in der Sache selbst.

§. 226. (247.)

Verweigert der Beklagte den Eid, so wird auf Grund der als anerkannt anzunehmenden Urkunden sofort erkannt, was Rechtens.

§. 227. (248.)

Hinsichtlich der zulässigen Einreden findet ein gleiches Verfahren wie bei der Klage statt.

§. 228. (249.)

Illiquide Einreden sind dem Beklagten nicht abzuerkennen, sondern zum besondern Verfahren zu verweisen.

§. 229. (250.)

Das Verfahren über die Repliken ist dem über die Einreden gleich.

Der Kläger kann auf Ansetzung eines anderen Gerichtstages zur Verhandlung der Repliken oder zur eidlichen Ableugnung der von dem Beklagten beigebrachten Urkunden antragen. Derselbe ist sofort durch einen Protokollarbescheid, nicht über 14 Tage hinaus, anzusetzen.

§. 230.

§. 230. (251.)

Das Erkenntniß ist sogleich vollstreckbar.

§. 231. (252.)

Der Beklagte, welcher es wahrscheinlich macht, daß ihm im Falle des Obsiegens bei etwa verfolgten Rechtsmitteln oder im Separatprocesse die Vollstreckung werde gefährdet werden, kann verlangen, daß die Zahlung in das gerichtliche Depositum genommen und dem Kläger nur gegen Sicherheitsleistung ausgeliefert werde.

Wird in Beziehung auf die Verfolgung zum Separatverfahren verwiesener Einreden die Deponirung der gezahlten Summe oder eines Theils derselben vom Beklagten gefordert, so hat derselbe gleichzeitig den Grund seiner Ansprüche, wie bei Arrestanträgen, wahrscheinlich zu machen und binnen vier Wochen, von der Verkündigung des Erkenntnisses an, bei Verlust seiner Rechte auf das Depositum oder die bestellte Sicherheit, das Prozeßverfahren selbst einzuleiten.

Die Erkenntnisse über die oben erwähnten Antrage sind sofort vollstreckbar.

Tit. 3.

Wechsel-Prozeß.

§. 232. (253.)

Der Kläger muß mit der schriftlich einzureichenden oder zu Protokoll zu gebenden Klage den Wechsel und die etwa außerdem zur Geltendmachung seines Anspruchs dienenden Urkunden wenigstens in Abschrift einreichen und um Einleitung des Wechselverfahrens bitten.

Alle zur Begründung der Klage erforderlichen Umstände (mit Ausschluß der Passivlegitimation) müssen durch öffentliche Urkunden oder den Beklagten verbindende Privaturkunden nachgewiesen werden.

§. 233. (254.)

Das Gericht setzt einen Tag zur öffentlichen Verhandlung der Sache nicht über 8 Tage hinaus an und ladet dazu den Beklagten unter Mittheilung der Klage bei Strafe des Anerkenntnisses des Wechsels und der sonstigen Urkunden vor.

§. 234. (255).

Der Beklagte hat im Termine die ihn verbindende Unterschrift anzuerkennen oder eidlich abzuleugnen. Leugnet derselbe bei einer in seinem Auftrage (per procura) geschehenen Unterschrift die Ertheilung der Procura, so kann der Kläger die Ausdehnung des Diffessionseides auf diesen Umstand fordern.

Bei Protesten, welche in Deutschland aufgenommen sind, und bei Urkun-

kunden (§. 232.), deren Aufnahme oder Beglaubigung in Deutschland durch einen Notar oder Gerichtsbeamten erfolgt ist, bedarf es einer weiteren Legalisation nicht.

Der Einwand der Fälschung bleibt vorbehalten, und ist in einem besonderen Verfahren auszuführen.

Die Quittungen über bezahlte Provision, Spesen, Kosten u. s. w. der Nachmänner haben die Vermuthung der Richtigkeit für sich und bedürfen keiner Recognition. Der Einwand der Fälschung oder des Betruges bleibt vorbehalten und ist, wenn er nicht sofort liquide gemacht wird, in einem besonderen Verfahren auszuführen.

§. 235. (256.)

Leugnet der Beklagte die Passivlegitimation, so kann der Kläger dieselbe durch die gewöhnlichen Beweismittel berichtigen.

Der Wechselprozeß ruht während der Dauer dieses Zwischenverfahrens.

§. 236. (257.)

Erbietet sich der Beklagte zum Diffessionseide, so kann der Kläger den Beweis der Aechtheit und, bei einer Unterschrift per procura, den Beweis der Procuraertheilung durch die gewöhnlichen Beweismittel, mit Ausschluß der Eideszuschiebung, unternehmen.

Der Wechselprozeß ruht während der Dauer dieses Zwischenverfahrens.

Nach dem Mißlingen des unternommenen Beweises darf der Kläger noch den Diffessionseid fordern.

Will der Beklagte die Procuraertheilung eidlich ableugnen (diffitiren), oder wird die Ueberschreitung der Befugnisse behauptet (Art. 95 der Wechselordnung), so hat der Kläger das Recht, den Procuristen, Vormund oder sonstigen Vertreter des Beklagten zu einem anderweiten Termine mitvorladen (adcitiren) zu lassen. Wenn in diesem Termine der Adcitat

1) nicht erscheint oder

2) nicht erklärt, daß er den Kläger wechselmäßig befriedigen wolle,

so hat der Kläger den Proceß gegen den Beklagten nach seinem Ermessen zur gerichtlichen Entscheidung zu bringen.

Wird der Kläger aus einem der angeführten Gründe abgewiesen (Art. 95 der Wechselordnung), so kann er bei demselben Gerichte den Wechselproceß gegen den Adcitaten fortsetzen, und es ist dieser, wenn die Aechtheit seiner Unterschrift feststeht, wechselmäßig auch in die Kosten des ersten Processes zu verurtheilen.

So lange der erste Proceß schwebt, hat der Adcitat das Recht, nach vollständiger Befriedigung des Klägers, denselben auf seine Gefahr fortzusetzen.

§. 237.

§. 237. (258.)

Im Wechselverfahren werden nur solche Einreden berücksichtigt, welche, insofern den Beklagten die Beweislast trifft, durch öffentliche oder den Kläger verbindende Privaturkunden erweislich sind.

Dilatorische Einreden sind nur zulässig, sofern sie den Mangel einer Voraussetzung der Rechtsbeständigkeit des Verfahrens betreffen.

Editionsgesuche sind überhaupt unstatthaft. Bei Wiederklagen findet gleichzeitiges Verfahren mit der Vorklage nicht statt, doch können sie zur Begründung des Forum's bei dem Gerichte der Vorklage in einem gesonderten Processe angebracht werden.

§. 238. (259.)

Illiquide peremtorische Einreden sind dem Beklagten nicht abzuerkennen, sondern zum besondern Verfahren zu verweisen.

§. 239. (260.)

Der Kläger kann zur Verhandlung seiner Repliken, sowie zur Anerkennung oder eidlichen Ablegnung der von dem Beklagten vorgelegten Urkunden die Ansetzung eines anderen, jedoch ohne des Klägers Zustimmung nicht über drei Tage hinauszurückenden Termins beantragen. Die Ansetzung dieses Termins soll bei collegialisch besetzten Gerichten sofort durch einen Protocollarbescheid geschehen.

Illiquide und nicht im Sinne des §. 237 sofort erweisliche Repliken sind im Wechselprocesse nicht zu berücksichtigen, vielmehr für ein besonderes Verfahren vorzubehalten.

§. 240. (261.)

Das Erkenntniß wird sofort oder doch spätestens in drei Tagen eröffnet.

Wird der Beklagte verurtheilt, so ist demselben zugleich die binnen 24 Stunden bei Vermeidung der wechselmäßigen oder gleichzeitig in das Vermögen des Schuldners zu vollstreckenden Execution zu beschaffende Befriedigung des Klägers wegen seiner Haupt- und Nebenforderungen, imgleichen der Kosten, aufzugeben.

§. 241. (262.)

Das Erkenntniß ist sofort vollstreckbar.

§. 242. (263.)

Gegen die Erkenntnisse finden die überhaupt zulässigen Rechtsmittel statt, jedoch ohne Suspensiveffect.

Die Einlegung muß binnen drei Tagen erfolgen.

Die Frist zur Einreichung der Beschwerdeschrift beträgt drei Tage, vom Ende der dreitägigen Einlegungsfrist an gerechnet.

Die Gerichte in der Instanz der Rechtsmittel haben einen Termin zur münd-

mündlichen Verhandlung, nicht über 8 Tage hinaus, anzusetzen, alle Verfügungen und Erkenntnisse jedesmal binnen 8 Tagen abzugeben und die letzteren in öffentlicher Sitzung zu verkünden.

§. 243. (264.)

Die Bestimmungen des §. 231. gelten auch für den Wechselproceß.

§. 244. (265.)

Der Kläger hat neben dem Antrage auf Vollziehung des Personal-Arrestes die Atzungskosten für die erste Woche mit $7\frac{1}{2}$ Sgr für den Tag einzuzahlen und die ferneren Atzungskosten von Woche zu Woche zum Voraus zu entrichten. Unterbleibt die Vorausentrichtung, so wird der bereits verhaftete Schuldner entlassen und kann wegen derselben Schuld nicht wieder verhaftet werden.

§. 245. (266.)

Der Wechselarrest kann, außer den im §. 2 der Wechselordnung genannten Ausnahmen, nicht nachgesucht werden:

1) gegen den Ehegatten;
2) gegen Verwandte und Verschwägerte in gerader Linie und im ersten Grade der Seitenlinie;
3) gegen beide Ehegatten zugleich;
4) gegen einen Schuldner, der seine Insolvenz gerichtlich erklärt hat.

§. 246. (267.)

Der verhaftete Schuldner wird entlassen:

1) wenn der Gläubiger wegen seiner Hauptforderung sammt Nebenforderungen und Kosten befriedigt oder dafür, daß die Kosten binnen 4 Wochen gezahlt werden, Sicherheit gestellt wird;
2) wenn er gerichtlich seine Insolvenz erklärt hat;
3) wenn und solange der Staat seine Militairdienste in Anspruch nimmt;
4) nach einjähriger Haft, wenn die Hauptforderung des Gläubigers 100 Rthl. nicht übersteigt, nach zweijähriger Haft, wenn dieselbe zwischen 100 Rthl. und 500 Rthl. beträgt, und jedenfalls nach 3 Jahren;
5) in dem §. 244 erwähnten Falle.

Tit. 4.

Provocations-Proceß.

§. 247. (268.)

Die Aufforderung zur Klagerhebung gegen einen bestimmten Gegner ist nur zulässig,

1) wenn derselbe sich eines klagbaren und fälligen Anspruchs an den Provocanten berühmt, den dieser nicht anerkennt;
2) wenn dem Provocanten Einreden zustehen, deren Verlust oder Gefährdung bei längerer Verzögerung der Anstellung der Klage zu befürchten ist.

Die Provocation ist unzulässig, wenn den Provocanten eine Klage zusteht.

Sie ist nicht statthaft wegen des zu befürchtenden Verlustes von Beweismitteln.

§. 248. (269.)

Der Provocant hat seinen Antrag anzubringen wie eine Klage und dahin zu richten, daß das Gericht dem Provocaten eine Frist zur Anstellung der Klage setze, unter den Rechtsnachtheilen, daß im Falle 1 §. 247. das Klagrecht als erloschen angenommen werde, im Falle 2 die Einrede des Provocanten aufrecht erhalten bleibe.

§. 249. (270.)

Das Gericht setzt unter Mittheilung der Provocation an den Gegner einen Termin zur mündlichen Verhandlung, nicht über 14 Tage hinaus, an.

§. 250. (271.)

Findet das Gericht die Provocation unbegründet, so verwirft es dieselbe durch ein beiden Theilen zu eröffnendes Erkenntniß.

Ist sie begründet, so giebt es dem Provocanten durch ein beiden Theilen zu eröffnendes Erkenntniß die Anstellung der Klage binnen einer Frist von nicht über 8 Wochen unter den beantragten Rechtsnachtheilen auf.

§. 251. (272.)

Wer einen Bau beabsichtigt, hat das Recht, diejenigen bestimmten Personen, gegen deren etwaige privatrechtliche An- oder Widersprüche er sich sichern will, unter Vorlegung eines Risses, durch das Gericht der belegenen Sache auffordern zu lassen, binnen einer durch das Gericht zu bestimmenden Frist ihre Widersprüche gegen den Bau oder die Art desselben geltend zu machen oder zu gewärtigen, daß sie ihrer Widerspruchsrechte werden verlustigt erklärt und die Ausführung des Baues nach dem Risse werde ausgeführt werden.

§. 252. (273.)

Werden keine Widersprüche vorgebracht, so wird unter Ausschließung derselben der Bau gestattet; andernfalls bestimmt das Gericht sofort eine angemessene Frist zur Anbringung der Klage.

Tit. 5.

Edictal-Proceß.

§. 253. (274.)

Die öffentliche Vorladung des Beklagten kann beantragt werden:

1) wenn ein Ehegatte wegen böslicher Verlassung klagt, unter dem Rechtsnachtheile, daß wenn der Beklagte nicht erscheint, die Ehe geschieden wird;
2) wenn ein Abwesender für todt erklärt werden soll, unter dem Rechtsnachtheile, daß bei dem Ausbleiben des Beklagten die Todeserklärung erfolgt und sein Vermögen als Erbschaft behandelt wird;
3) wenn der Aufenthaltsort eines Proceßgegners unbekannt ist, unter dem Rechtsnachtheile, daß nach dem Ablaufe einer zu bestimmenden Frist die Insinuation als geschehen angenommen und die künftig abzugebenden gerichtlichen Verfügungen nur an der Gerichtsstelle angeheftet werden sollen.

§. 254. (275.)

Eine öffentliche gerichtliche Aufforderuug der Betheiligten kann in den nachstehenden Fällen unter den festgesetzten Rechtsnachtheilen beantragt werden:

1) von dem Veräußerer oder Erwerber unbeweglicher Sachen hinsichtlich aller, welche daran Eigenthum oder dingliche Rechte zu haben vermeinen, unter dem Rechtsnachtheile, daß für die sich Nichtmeldenden ihr Recht gegen den neuen Erwerber verloren gehe; die Rechtsverhältnisse des Veräußerers zu den Berechtigten werden hierdurch nicht verändert;
2) von dem Berechtigten, bei Verlassenschaften, für welche sich kein Erbe findet, hinsichtlich der Erbberechtigten unter dem Rechtsnachtheile, daß der Nachlaß wenn sich kein Erbe findet, für erbloses Gut erklärt, bei erfolgender Anmeldung aber den sich Legitimirenden ausgeantwortet werde, daß der nach dem Ausschlusse sich Meldende und Legitimirende alle bis dahin über den Nachlaß getroffenen Verfügungen anzuerkennen schuldig, auch weder Rechnungsablage, noch Ersatz der erhobenen Nutzungen zu fordern, sondern seine Ansprüche auf das zu beschränken habe, was von der Erbschaft noch vorhanden;
3) von den Erbberechtigten, hinsichtlich aller die ein näheres oder gleich nahes Erbrecht zu haben vermeinen, unter dem Rechtsnachtheile, daß die Provocanten als die wahren Erben angenommen werden sollen mit den unter 2 aufgeführten Wirkungen;

4)

4) von denen, welche eine Erbschaft mit der Wohlthat des Inventars angetreten haben, hinsichtlich aller, welche Anspruch auf Befriedigung aus derselben zu haben vermeinen, unter dem Rechtsnachtheile, daß nicht angemeldete Ansprüche später nur insoweit noch berücksichtigt werden sollen, als der Erbe zur Herausgabe des aus der Erbschaft Empfangenen nach allgemeiner Rechtsvorschrift überhaupt noch verpflichtet ist;
5) von dem Gläubiger, dem eine auf den Namen oder auf den Inhaber lautende Schuldurkunde abhanden gekommen ist, hinsichtlich der unbekannten Inhaber derselben, unter dem Rechtsnachtheile, daß solche dem Schuldner oder dessen Rechtsnachfolgern gegenüber für ungültig und wirkungslos erklärt (mortificirt) werden solle, wogegen die Rechte dritter Inhaber gegen einander unverändert bleiben;
6) von dem Inhaber eines Grundstücks oder einer Grundberechtigung wegen Löschung einer eingetragenen aber erloschenen Hypothek, hinsichtlich aller, welche solche in Anspruch nehmen, unter dem Rechtsnachtheile, daß im Nichtanmeldungsfalle die Hypothek für erloschen erklärt werden solle;
7) wenn Ungewißheit über Person oder Aufenthaltsort der Berechtigten hinsichtlich gerichtlicher Werthdepositen oder deponirter Testamente entstanden ist, gegen die etwa Berechtigten oder die Interessenten unter dem Rechtsnachtheile, daß die sich nicht Meldenden ausgeschlossen und über die Werthdepositen verfügt werde, die deponirten Testamente aber von Gerichtswegen eröffnet werden.

§. 255. (276.)

In allen den in §. 253 und §. 254 aufgeführten Fällen muß der Grund des Antrages gehörig bescheinigt werden und bei dem Mangel anderer Beweismittel kann das Gericht den Antragsteller auf dessen Ansuchen zur eidlichen Erhärtung der erheblichen Thatsachen, falls es die Umstände dazu geeignet hält, zulassen.

In dem §. 254 unter 7 aufgeführten Falle kann der Staatsanwalt den erforderlichen Antrag stellen.

§. 256. (257.)

Findet das Gericht den Antrag nicht begründet, so verwirft es denselben durch ein Erkenntniß.

§. 257. (278.)

Ist der Antrag begründet, so erläßt es die öffentliche Ladung, wobei seinem Ermessen die Bestimmung der Geräumigkeit des anzusetzenden Termins

mins oder der zu setzenden Frist, sowie die Bestimmung darüber, ob, neben der Anheftung der Ladung an der Gerichtsstelle, und dem Abdruck der Ladung in dem hiesigen Regierungs- und Anzeigeblatte auch noch der Abdruck in auswärtigen Blättern, und ob sie ein oder zwei Mal bekannt gemacht werden soll, überlassen bleibt.

§. 258. (279.)

Die im Hypothekenbuche verzeichneten Berechtigten sind besonders vorzuladen. Dem Antrage auf Edictalladung ist ein Auszug aus demselben beizufügen.

§. 259. (280.)

Erfolgen Anmeldungen, so wird das nach Lage der Sache erforderliche Verfahren fortgesetzt.

§. 260. (281.)

Werden keine Ansprüche angemeldet, so giebt das Gericht ein die angedroheten Rechtsnachtheile aussprechendes Erkenntniß ab und macht dasselbe auf die nämliche Weise bekannt, wie die Ladung.

Rechtsmittel gegen ein solches Erkenntniß sind unstatthaft.

Tit. 6.

Herausgabe von Urkunden.

§. 261. (283.)

Das Gesuch um Herausgabe einer Urkunde zu dem Zwecke, um sie, unbeschadet des Eigenthums, als Beweismittel zu benutzen, muß enthalten:

1) entweder eine Abschrift oder eine möglichst genaue Bezeichnung derselben;
2) die Behauptung, daß derjenige, gegen welchen der Antrag gerichtet ist, solche besitze;
3) die Angabe der Gründe, aus denen die Verbindlichkeit zur Herausgabe abgeleitet wird;
4) die Darlegung eines rechtlichen Interesse's bei der Herausgabe.

§. 262. (284.)

Das Gesuch wird entweder gegen den Proceßgegner (als Zwischenverhandlung in einem Rechtsstreite), oder gegen einen Dritten angebracht.

In beiden Fällen ist ein besonderes Verfahren anzuordnen, und im ersten Falle ruht der Hauptproceß während der Dauer der Zwischenverhandlung.

§. 263.

§. 263. (285.)

Der Antrag kann

1) gegen Jedermann gerichtet werden, wenn der Antragsteller Eigenthümer oder Miteigenthümer der Urkunde ist, oder wenn dieselbe zu dem Zwecke gefertigt worden, um als Beweismittel unter den Betheiligten über ihre Rechtsverhältnisse zu dienen, und der Antragsteller einer dieser Betheiligten ist, oder wenn die Urkunde ein Theil der auf dieses Verhältniß sich beziehenden Privatcorrespondenz zwischen dem Antragsteller und dem Andern ist;

2) außerdem kann jede Partei von der Gegenpartei verlangen:

a) deren Manualacten zur Ergänzung oder Herstellung der gerichtlichen Acten;

b) Alle Urkunden, welche gebraucht werden sollen, um sich gegen selbstständige Angriffe oder Behauptungen der Gegenpartei zu vertheidigen;

c) die Vorlegung von Geschäfts- und Handelsbüchern, wenn Forderungen streitig sind, auf welche sich diese Bücher beziehen.

§. 264. (286.)

Das Gericht setzt einen Tag zur öffentlichen und mündlichen Verhandlung, nicht über 14 Tage hinaus, an.

An diesem hört es die Parteien gegen einander und giebt sofort ein Erkenntniß ab.

Ist das Gesuch begründet und leugnet der Beklagte den Besitz der Urkunde, so ist er zu deren Herausgabe zu verurtheilen, insofern er nicht eidlich erhärtet: daß er solche nicht besitze, dieselbe nicht böslicher Weise abhanden gebracht habe, auch nicht wisse, wo sich dieselbe befinde. Zur Ableistung dieses Eides ist in dem Erkenntnisse sofort ein Termin, nicht über 8 Tage hinaus, anzusetzen.

§. 265. (287.)

Wird dieser Eid geschworen, so wird der Antragsteller abgewiesen. Wird er nicht geleistet, so wird, wenn das Gesuch gegen den Proceßgegner gerichtet war (§. 262.), der angegebene Inhalt der Urkunde als erwiesen angenommen, wenn es aber gegen einen Dritten gerichtet war, dieser in den durch den Mangel der Urkunde entstehenden Schaden verurtheilt.

Tit. 7.

Beweisaufnahme zum ewigen Gedächtnisse.

§. 266. (288.)

Der Antrag auf Aufnahme eines Beweises zum ewigen Gedächtnisse ist in den gesetzlich zulässigen Fällen bei dem nach Maßgabe des Streitgegenstandes zuständigen Gerichte anzubringen und zu behandeln wie eine Klage.

§. 267. (289.)

Der Beweisführer hat in seinem Antrage, neben dessen Begründung und neben Benennung der Zeugen, diejenigen unmittelbar oder mittelbar auf den Beweissatz gerichteten Thatumstände, über welche die Zeugen zu vernehmen sind, kurz, bestimmt und deutlich anzugeben.

§. 268. (290.)

Hält das Gericht den Antrag für unbegründet, so weis't es denselben ohne weiteres Verfahren und ohne öffentliche mündliche Verhandlung durch einen den Parteien zu behändigenden Bescheid zurück; andern Falls erläßt es einen, den Parteien zu behändigenden Bescheid, in welchem es einen Termin zur Beweisaufnahme, nicht über 14 Tage hinaus, ansetzt und zu demselben die Parteien, den Producten unter der Verwarnung, daß im Falle seines Ausbleibens mit der Vernehmung der Zeugen verfahren werde, vorladet.

Ist der Antrag bei einem Kreisgerichte angebracht, so ernennt dasselbe zum Zwecke der Beweisaufnahme in dem eben erwähnten Bescheide gleichzeitig einen Instructionsrichter.

§. 269. (291.)

Dem Producten steht es frei, vor oder in dem Beweisaufnahmetermine seine Einwendungen gegen die Zulässigkeit des Antrages, imgleichen die Punkte, auf welche er seinerseits die Vernehmung der Zeugen erstreckt wissen will, bei dem Gerichte schriftlich einzubringen.

Werden Einreden gegen die Zulässigkeit der Beweisaufnahme vorgebracht, so erfolgt zwar die Vernehmung der Zeugen demohngeachtet; das Gericht hat indeß unter Mittheilung derselben an den Beweisführer spätestens 8 Tage nach dem Beweisaufnahmetermine durch einen den Parteien zu behändigenden Bescheid einen Tag zur öffentlichen und mündlichen Verhandlung nicht über 14 Tage hinaus anzusetzen und nach Anhörung der Parteien über die Einreden des Producten sofort zu erkennen.

§. 270. (292.)

Die Gegenwart der Parteien oder deren Bevollmächtigten in dem Beweisaufnahmetermine ist nur bei der Beeidigung der Zeugen zulässig.

§. 271.

§. 271. (293.)

Die Beeidigung der Zeugen erfolgt vor deren Vernehmung dahin:
„daß ich in der Sache N. N. gegen N. N. nach meinem besten Wissen und Gewissen die reine Wahrheit aussagen und nichts verschweigen will, was zur Aufklärung der Sache gehört und mir bekannt ist."

§. 272. (294.)

Der die Beweisaufnahme leitende Richter hat unzulässige Fragen der Parteien vor Vernehmung der Zeugen durch einen im Vernehmungstermine abzugebenden Bescheid zu verwerfen. Er ist übrigens berechtigt, den Zeugen auch über solche Punkte, deren Aufklärung er selbst für nothwendig hält, Fragen vorzulegen.

§. 273. (295.)

Muß zum Zwecke der Vernehmung der vorgeschlagenen Zeugen ein anderes Gericht requirirt werden, so ist unter Mittheilung des Antrags des Beweisführers dem Producten durch einen Bescheid die Auflage zu stellen, binnen 8 Tagen, bei Strafe des Ausschlusses, seine etwaigen Einwendungen gegen die Zulässigkeit des Antrags, so wie diejenigen Punkte, auf welche er die Vernehmung der Zeugen erstreckt zu sehen wünscht, schriftlich einzubringen.

Nach Eingang der Beweisfragen des Producten oder nach Eingang eines Contumacialantrages des Beweisführers ist das auswärtige Gericht spätestens binnen 8 Tagen zu requiriren, gleichzeitig aber sind durch einen den Parteien zu behändigenden Bescheid diese von der erfolgten Requisiton in Kenntniß zu setzen und etwa unzulässige Fragen zurückzuweisen.

Die Entscheidung über Einreden, welche die Zulässigkeit des Antrags selbst betreffen, hindert auch in diesem Falle die Beweisaufnahme nicht.

§. 274. (296.)

Das über die Vernehmung der Zeugen aufgenommene Protocoll wird verschlossen zu den Acten genommen. Es verliert seinen Glauben, wenn der Beweisführer als Kläger würde auftreten müssen und nicht binnen einem Jahre von dem Zeitpunkte an, wo die Klage angestellt werden konnte, klagbar wird.

§. 275. (297.)

Gegen die in diesem Verfahren erfolgenden Erkenntnisse und Bescheide finden die überhaupt zulässigen Rechtsmittel, jedoch ohne Suspensiveffect in Bezug auf die Beweisaufnahme selbst, statt.

§. 276.

§. 276. (298.)

Liegt Gefahr im Verzuge, so kann der Beweisaufnahmetermin bis auf 3 Tage verengt werden.

Tit. 8.

Manifestationseid.

§. 277. (299.)

Der Antrag auf Ableistung eines Manifestationseides ist anzubringen wie eine Klage. Das rechtliche Interesse des Antragstellers muß dargelegt sein.

§. 278. (300.)

Das Gericht setzt einen Tag zur mündlichen und öffentlichen Verhandlung der Sache an und schreitet, falls der Gegner dazu bereit ist, zur Abnahme des Eides. Andernfalls hört es die Parteien gegen einander und verkündet sofort das Erkenntniß.

§. 279. (301.)

Wird auf Ableistung des Eides erkannt, so ist dazu ein anderer Tag nicht über 8 Tage hinaus anzusetzen und den Parteien sofort bekannt zu machen.

§. 280. (302.)

Der Eid wird, nachdem über das etwa vorhandene Vermögen ein Güterverzeichniß aufgestellt oder vorgelegt ist, dahin geschworen:

daß der Schwörende Alles getreulich und vollständig angegeben und wissentlich nichts verheimlicht habe, auch das, was er als zur Vermögensmasse gehörig künftig noch entdecken werde, angeben wolle.

§. 281. (303.)

Handelt es sich um die Herausgabe einer speciellen Sache, so ist der Manifestationseid von dem Gerichte den Verhältnissen entsprechend festzustellen.

Tit. 9.

Concursverfahren.

§. 282. (304.)

Gegenstand des Concursverfahrens ist die ordnungsmäßige Vertheilung eines unzureichenden Vermögens unter mehrere Gläubiger.

§. 283. (305.)

Der Concurs erstreckt sich, mit Ausnahme der Fälle, wo die Gesetze eine abgesonderte Befriedigung aus einem erbschaftlichen oder sonstigen Ver-

mögens-

mögenscomplexe gestatten, auf das gesammte Vermögen des Gemeinschuldners.

Entsteht über das Vermögen und die Erbschaft einer Person hier und im Auslande Concurs, so ist, insofern nicht Staatsverträge ein anderes bestimmen, über diese Vermögensmassen auf Antrag der betheiligten Gläubiger, ein Particular-Concurs zu eröffnen. Nur der nach dessen Beendigung sich ergebende Ueberschuß wird dem ausländischen Gerichte ausgeliefert.

§. 284. (306.)

Entsteht auf Antrag der Hypothekgläubiger ein besonderer Concurs über ein Grundstück, weil die Liquidität und Priorität der angemeldeten Forderungen streitig ist, so kommen die nachfolgenden Bestimmungen, soweit erforderlich, gleichfalls zur Anwendung.

§. 285. (307.)

Das Concursverfahren wird eingeleitet:

1) wenn der Schuldner selbst die Unzulänglichkeit seines Vermögens dem Gerichte anzeigt;
2) wenn das Gericht von der Unzulänglichkeit einer Erbschaft, zu welcher kein Erbe sich findet, oder des Vermögens einer Person, die ohne Zurücklassung eines Bevollmächtigten sich entfernt hat, amtliche Kenntniß erhält;
3) bei Erbschaften, welche mit der Rechtswohlthat des Inventars angetreten sind, auf den Antrag eines Gläubigers, welcher die Unzulänglichkeit der Erbschaft wahrscheinlich macht;
4) wenn das Gericht unmittelbar oder durch ein anderes Gericht Wissenschaft erhält, daß bei einem gegen den Schuldner eingeleiteten Vollstreckungsverfahren eine Unzulänglichkeit des Vermögens sich gezeigt hat;
5) wenn ein oder mehre Gläubiger unter Bescheinigung ihrer Forderung und solcher Thatumstände, welche eine Vermögensunzulänglichkeit ihres Schuldners wahrscheinlich machen, auf Concurseröffnung antragen.

Macht nur ein Gläubiger diesen Antrag, so muß er das Vorhandensein mindestens noch eines Gläubigers wahrscheinlich machen.

§. 286. (308.)

In dem Falle §. 285 Nr. 1 giebt das Gericht nach vorgängiger Sachuntersuchung, in dem Falle §. 285 Nr. 2 dagegen sofort das Concurseröffnungs-Erkenntniß ab.

In den Fällen §. 285 Nr. 3, 4 und 5 hört es an einem nicht über 14 Ta-

14 Tage hinauszusetzenden Gerichtstage die Betheiligten gegen einander und ladet zu diesem Tage den Schuldner vor unter dem Rechtsnachtheile, daß die Concurseröffnung erfolgen werde, falls er nicht die Zulänglichkeit seiner eigenen, resp. der erbschaftlichen Zahlungsmittel, unter Vorlegung eines glaubhaften Vermögensverzeichnisses nachweise.

Das Gericht spricht darauf durch ein Erkenntniß die Concurseröffnung aus, oder läßt sie nicht zu.

§. 287. (309.)

Trägt der Schuldner bei Anzeige seines Vermögensverfalls zugleich auf Zusammenberufung seiner Gläubiger zum Versuche der Erreichung eines Stundungs- oder Nachlaßvertrages an, so hat er ein Güterverzeichniß einzureichen und sich zum Manifestationseide zu erbieten.

Das Gericht hat hiernach die §. 288 zugelassenen provisorischen Maßregeln zu ergreifen und die sämmtlichen Gläubiger öffentlich vorzuladen, mit der erforderlichen Eröffnung wegen der beantragten gütlichen Vereinbarung, unter dem Rechtsnachtheile, daß

1) wenn am Anmeldungstage durch die Mehrheit der Erschienenen eine gütliche Vereinbarung erreicht werde, die ausbleibenden einfachen chirographarischen Gläubiger (die Gläubiger der 5. Klasse, Conc. O. v. 1799 §. 14.) als derselben zustimmend angenommen,
2) daß, wenn solche nicht erreicht werde, der Concurs eröffnet und alle Nichterschienenen von der Concursmasse ausgeschlossen werden sollen.

Ein Zwang der Minderheit der nicht privilegirten Gläubiger (der Gläubiger der 5. Klasse) durch die Mehrheit, sowohl zu Stundungs- als zu Nachlaßverträgen findet statt, wenn mehr als die Hälfte der einzelnen Betheiligten, nicht Privilegirten, ohne Rücksicht auf den Betrag ihrer Forderungen zustimmen oder als zustimmend anzunehmen sind und der Betrag der Forderung der Zustimmenden zum mindesten zwei Drittheile der ganzen in Betracht kommenden Schuldenmasse ausmacht. Der Schuldner kann, sobald er wieder zu Vermögen kommt, auf den Rest der Forderungen, in Anspruch genommen werden, sofern nicht auf denselben verzichtet ist.

§. 288. (310.)

Ist bei der Einleitung eines Concursverfahrens eine Gefährdung der Gläubiger zu besorgen, so hat das Gericht schon vor Abgabe des Concurseröffnungs-Erkenntnisses dem Schuldner das Verfügungsrecht über sein Vermögen einstweilen durch einen Bescheid zu entziehen, Sicherheitsmaßregeln anzuordnen, Vollstreckungen nöthigenfalls zu sistiren und einen einstweiligen Güterpfleger zu bestellen.

§. 289.

§. 289. (311.)

Mit Verkündigung des Concurseröffnungs-Erkenntnisses verliert der Gemeinschuldner definitiv das Verfügungsrecht über sein Vermögen.

Das Erkenntniß ist durch Anschlag und durch ein oder mehre öffentliche Blätter bekannt zu machen.

Rechtsmittel gegen dasselbe haben keine Suspensivkraft.

§. 290. (312.)

Bei Eröffnung des Concurses ordnet das Gericht jedenfalls die erforderlichen Sicherungsmaßregeln an. (§. 288.)

In Bezug auf bereits verfügte Vollstreckungen gelten die in §. 374 gegebenen Vorschriften.

§. 291. (313.)

Bei den Kreisgerichten soll in den wichtigern Concursen folgendes Verfahren stattfinden:

§. 292. (314.)

In dem Concurseröffnungserkenntnisse so wie bei einem Antrage auf Zusammenberufung der Gläubiger zum Versuche der Erreichung eines Stundungs- oder Nachlaßvertrages ernennt das Gericht eines seiner Mitglieder zum Commissarius für den Concurs.

Dessen Thätigkeit erstreckt sich sowohl auf die Regulirung der Activ- als der Passivmasse.

Dessen Verfügungen haben die Natur der Bescheide.

Derselbe hat

1) die Versiegelung und die Aufnahme eines Güterverzeichnisses anzuordnen;
2) den Umständen nach durch einen zu bestellenden Aufseher oder einen oder mehre Güterpfleger, wenn thunlich aus der Zahl der Gläubiger, die Concursmasse verwalten und sammeln zu lassen;
3) die Mobilien baldthunlichst versteigern zu lassen und die Subhastation der unbeweglichen Güter zu verfügen;
4) eine Edictalladung, sofern diese nicht bereits erfolgt ist, an sämmtliche Gläubiger zu erlassen, andernfalls diese zu dem zur mündlichen Verhandlung der Sache anzusetzenden Tage öffentlich vorzuladen. (§. 295.)
5) einen Concursanwalt aus der Zahl der Anwälte des Kreises zu bestellen. In dem Falle Nr. 4 sind die im Hypothekenbuche verzeichneten Berechtigten besonders vorzuladen.

§. 293. (315.)

Als Güterpfleger ist ein geschäftskundiger Mann zu bestellen. Bei klei-

kleineren Gütermassen kann dem Concursanwalte die Güterpflege übertragen werden. Jedenfalls ist demselben die Führung der anzustellenden Processe zu übertragen.

Bei größeren Gütermassen wird zugleich ein Gläubiger-Ausschuß von drei, womöglich am Orte des Concursgerichts wohnenden Mitgläubigern bestellt, mit welchen der Güterpfleger sich zu berathen hat und an deren Zustimmung er bei wichtigen Verwaltungsmaßregeln sowie der Concursanwalt bei Anstellung von Processen gebunden ist.

Die Gläubiger haben in dem Anmeldungstermine den Gläubiger-Ausschuß sowie den oder die Güterpfleger zu wählen. Können sie sich in der letzten Beziehung in der Mehrheit nicht einigen, so ist der provisorisch angestellte als gewählt anzusehen.

§. 294. (316.)

Die hauptsächlichste Sorge der Massenverwaltung muß die sein, neben deren vollständiger Herbeischaffung, solche thunlichst bald und gut zu versilbern.

Sowohl die Güterpfleger als jeder einzelne Gläubiger können die Ableistung des Manifestationseides beantragen.

§. 295. (317.)

In der an sämmtliche Gläubiger zu erlassenden Edictalladung (§. 257)

1) bestimmt der Commissar einen Tag, bis zu welchem die Gläubiger ihre Ansprüche schriftlich anzubringen oder an welchem sie solche zu Protocoll anzumelden haben; Versäumniß hat den Rechtsnachtheil des Ausschlusses von der Masse zur Folge;
2) setzt er zugleich einen zweiten Tag, vier Wochen nach dem ersten, zur weitern Verhandlung der Sache an;
3) eröffnet er den Gläubigern die Art der angeordneten Güterverwaltung und fordert sie auf, sich bei Einreichung ihrer Liquidationen zugleich über selbige zu erklären, widrigenfalls ihre Zustimmung zu dem Beschlusse der Erschienenen angenommen werden solle;
4) macht er ihnen bekannt, wer zum Concursanwalt bestellt worden und
5) benachrichtigt er sie, wenn oder so weit sich dies übersehen läßt, wie groß die Vermögensmasse sei und wie weit dieselbe zur Deckung bereits bekannter und liquider Ansprüche an den Gemeinschuldner wahrscheinlich ausreichen werde.

§. 296. (318.)

Bei Forderungen unter 50 Rthl. bedarf die Partei, auch wenn der Concurs vor einem Kreisgerichte anhängig ist, zur Vertretung vor demselben

keines

keines Anwalts. Parteien, welche nicht am Sitze des Concursgerichts wohnen, haben jedoch in allen Fällen einen daselbst wohnhaften Bevollmächtigten zu bestellen.

§. 297. (319.)

Die einzureichenden Anmeldungen haben die Erfordernisse einer Klage. Alle zum Beweise der Liquidität und Priorität der gemachten Ansprüche zu gebrauchenden Mittel sind in denselben anzugeben und beziehungsweise mit denselben zu überreichen.

§. 298. (320.)

Die Anmeldungen werden dem Concursanwalte sofort mitgetheilt, und er hat sie nach der Reihenfolge, in welcher sie eingegangen, schriftlich spätestens 8 Tage vor dem zweiten Gerichtstage zu beantworten.

Hierbei hat er den Gemeinschuldner zuzuziehen.

§. 299. (321.)

An dem Gerichtstage läßt der Commissar die einzelnen Anmeldungen, soweit dies noch erforderlich ist, namentlich durch Berichtigung der Legitimationen, Angabe von Beweismitteln u. s. w. vervollständigen und versucht sodann unter Darlegung der Lage der Sache und Erörterung der Liquiditäts- und Prioritätsgründe eine gütliche Vereinbarung sämmtlicher Interessenten über Liquidität und Priorität aller Ansprüche und die sonst zu ergreifenden Maßregeln herbeizuführen.

Ist eine gütliche Vereinbarung nicht zu erreichen, so werden die Parteien durch eine öffentliche Bekanntmachung zu einer öffentlichen, nicht über vier Wochen hinauszusetzenden Sitzung vorgeladen. In dieser macht der Commissar Vortrag über die Sache, die erschienenen Gläubiger werden gegen einander gehört und das Gericht giebt entweder sofort oder an einem, nicht über 14 Tage hinauszusetzenden, den Parteien sogleich bekannt zu machenden Tage das Erkenntniß ab.

§. 300. (322.)

In dem Erkenntnisse wird der Ausschluß der nicht angemeldeten Ansprüche ausgesprochen und über die Zulässigkeit der Forderungen, deren Liquidität und die erforderlichen Beweise erkannt, und zugleich die Priorität der Ansprüche festgestellt.

Ist gewiß oder wahrscheinlich, daß angemeldete Forderungen aus der vorhandenen Masse nicht befriedigt werden können, so wird das Verfahren über dieselben einstweilen ausgesetzt.

§. 301. (323.)

Das in Folge des Prioritätserkenntnisses erforderliche Beweisverfahren leitet

leitet der Commissar, und nach dessen Beendigung erkennt in den einzelnen Sachen nach vorgängiger öffentlicher und mündlicher Verhandlung das Gericht.

§. 302. (324.)

In den bei den Amts- und Stadtgerichten anhängigen Concursen ist weder ein Concursanwalt noch ein Güterpfleger zu bestellen, wenn nicht im einzelnen Falle die Ernennung des einen oder des andern zweckmäßig erscheinen sollte. In den vor die Kreisgerichte gehörenden Concursen ist, wenn sie unwichtig und einfach sind, kein Concursanwalt, sondern nur ein geschäftskundiger Mann als Güterpfleger zu bestellen, der Gemeinschuldner selbst über die erfolgten Anmeldungen zu Protocoll zu hören und die Verwaltung, Versilberung und Vertheilung der Masse dem Güterpfleger zu übertragen.

§. 303. (325.)

Gegen die im Concursverfahren erlassenen Erkenntnisse haben die überhaupt zulässigen Rechtsmittel statt.

§. 304. (326.)

Der Concursanwalt hat nur Rechtsmittel hinsichtlich der Verität und Liquidität der Ansprüche, die Gläubiger wegen dieser und wegen der Priorität.

§. 305. (327.)

Die Wirkung der in zweiter Instanz über die Priorität ergangenen Erkenntnisse erstreckt sich nur auf die daselbst in Streit befangenen Parteien.

§. 306. (328.)

Alle Einlegungen von Rechtsmitteln gegen die Prioritätserkenntnisse sind direct und speciell gegen die Gläubiger zu richten, rücksichtlich welcher das Prioritätserkenntniß angefochten werden soll.

Der Concurscommissar hat die bei der Einlegung betheiligten Gläubiger zu einem, nicht über 14 Tage hinauszusetzenden Termine vorzuladen, der Einlegende aber in diesem Termine spätestens die Einführung seiner Beschwerde schriftlich zu überreichen.

Für die Gläubiger, gegen welche die Einlegung gerichtet ist, läuft die Einlegungsfrist andern Gläubiger gegenüber von dem eben gedachten Termine an.

Gehen nach diesem Termine weitere Einlegungen ein, so wird abermals, wie oben bemerkt, verfahren, so daß die Acten erst nach dem einen oder dem andern Termine an das Obergericht eingesandt werden.

§. 307. (329.)

Aus der vorhandenen Masse ist vorläufig denjenigen Gläubigern, deren Forderungen liquide und hinsichtlich der Erstigkeit unbestritten sind, falls sie

gewiß

gewiß zur Zahlung gelangen, sofort, wenn deren Befriedigung wahrscheinlich ist, nur gegen Caution Zahlung zu leisten.

§. 308. (330.)

Ist das Prioritätserkenntniß in Rechtskraft getreten und Alles in demselben Angeordnete erledigt, auch der Bestand der Masse zusammengebracht, so läßt der Commissar von dem Güterpfleger einen Theilungsplan nebst Rechnung vorlegen, hört die Einwendungen der Betheiligten und verfährt nach deren Erledigung mit Vertheilung der Masse an die Einzelnen. Ausstehende Forderungen können einzelnen Gläubigern mit deren Zustimmung zur Einklagung auf eigene Rechnung überwiesen werden.

Werden wegen derartiger Forderungen zum Besten der Masse Processe geführt, so haben in Ermangelung baarer Masse nicht die nach §. 307 vorläufig ausgeschiedenen, sondern lediglich die übrigen Gläubiger dazu die Kosten nach Verhältniß ihrer Forderungen aufzubringen.

Fünfter Theil.

Verfahren vor dem Obergerichte und dem Cassationshofe.

Tit. 1.

Allgemeine Bestimmung.

§. 309. (331.)

In allen Sachen, welche vor das Obergericht gelangen, sollen nicht mehr und nicht weniger als fünf Richter, und in allen Sachen, welche an den Cassationshof gelangen, nicht mehr und nicht weniger als sieben Richter Beschluß fassen.

Tit. 2.

Verfahren bei Berufungen gegen Erkenntnisse erster Instanz.

§. 310. (332.)

Gegen Erkenntnisse erster Instanz findet das ordentliche Rechtsmittel der Berufung (Appellation, Recurs) bei dem Obergerichte statt. (s. §. 121.)

Bei Syndicatsklagen im Falle des §. 39 Nr. 3 entscheidet als Gericht zweiter Instanz ein aus den Mitgliedern der Kreisgerichte zu bildendes Plenum, bei welchem der Director desjenigen Kreisgerichtes den Vorsitz führt, welches nicht in erster Instanz erkannte.

§. 311.

§. 311. (333.)

Das Rechtsmittel der Berufung ist innerhalb einer Frist von 10 Tagen nach Verkündigung des Erkenntnisses bei dem Gerichte erster Instanz anzumelden.

§. 312. (334.)

Die Anmeldung geschieht schriftlich; bei den Stadt- und Amtsgerichten auch mündlich zu Protocoll.

Das Gericht theilt sie dem Gegner zur Nachricht mit.

§. 313. (336.)

Die Einführung der Beschwerde ist innerhalb einer vom Ende der 10tägigen Einlegungsfrist an zu rechnenden 14tägigen Frist schriftlich bei dem Gerichte erster Instanz einzureichen. Die Einführungsschrift muß neben dem Nachweis der Beobachtung der Fristen die Aufstellung der Beschwerden und bestimmte Schlußanträge enthalten. (vgl. im Uebrigen §. 128.)

§. 314. (338.)

Sind die Formalien nicht in Ordnung, so veranlaßt der Director einen Beschluß des Gerichts, welches in diesem Falle das Rechtsmittel ohne vorgängiges Verfahren und ohne öffentliche und mündliche Verhandlung durch einen Bescheid abweiset.

Andernfalls ernennt der Director einen Referenten, theilt die Einführungsschrift dem Gegner mit, mit der Auflage an denselben, einen Anwalt zu bestellen, falls solches noch nicht geschehen ist, und setzt einen Tag zur öffentlichen und mündlichen Verhandlung der Sache, sowie zur Eröffnung des Erkenntnisses, nicht über 4 Wochen hinaus an.

§. 315. (339.)

An dem Gerichtstage werden die Parteien gegen einander gehört und das Gericht läßt ihnen nach vorhergehender geheimer Berathung und Beschlußfassung das Erkenntniß eröffnen und verordnet zugleich die Rücksendung der Acten.

Der Referent hat die Vorträge der Parteien bei der öffentlichen Verhandlung zu überwachen und Unrichtigkeiten in denselben zu verbessern.

§. 316. (340.)

Der Appellat kann auf die Verlegung seines Vortrages in eine andere nicht über 14 Tage hinaus zu setzende Sitzung antragen.

Hält jedoch das Gericht die Beschwerden des Appellanten für nicht begründet, so kann dasselbe diese Verlegung versagen und sofort das Erkenntniß abgeben.

§. 317. (341.)

In schwierigen und besonders verwickelten Sachen ist das Gericht be-

 fugt,

fugt, die Abgabe des Erkenntnisses bis zu einer der nächsten Sitzungen hinauszusetzen und von den Parteien die schriftliche Einreichung ihrer Vorträge zu fordern.

Tit. 3.

Verfahren bei Berufungen gegen Erkenntnisse erster Instanz des Obergerichts.

§. 318. (342.)

Das Rechtsmittel der Berufung (Appellation, Recurs) hat gegen Erkenntnisse des Obergerichtes statt, wenn dasselbe in erster Instanz über Nichtigkeitsklagen (§. 40 u. 326 ff.) erkannt hat.

§. 319. (343.)

Das Rechtsmittel ist bei dem Obergerichte anzumelden und einzuführen. Für die Anmeldung und Einführung gelten die obigen Bestimmungen. (§. 311 u. ff.)

§. 320. (344.)

Das Gericht zweiter Instanz wird durch Zusammentreten der beiden Kreisgerichte gebildet. Den Vorsitz führt der im Dienst älteste der beiden Kreisgerichtsdirectoren. Rücksichtlich des Verfahrens kommen die Vorschriften zur Anwendung, welche über Berufungen gegen Erkenntnisse der Untergerichte gelten.

Tit. 4.

Verfahren vor dem Cassationshofe.

§. 321. (345.)

Ueber das außerordentliche Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde erkennt in allen Fällen der Cassationshof.

§. 322. (346.)

Es findet nur Statt in den §. 125 aufgeführten Fällen und unter den in §. 123 angegebenen Voraussetzungen.

§. 323. (347.)

Es sind 20 Rthl. Succumbenzgelder der Einführung beizufügen, welche bei Verwerfung des Rechtsmittels eingezogen werden. Bei der Verfolgung frivoler Beschwerden kann nach dem Ermessen des Gerichts der Sachführer des Querulanten ganz oder theilweise zur Erlegung der Succumbenzgelder verurtheilt werden.

In Bezug auf Anmeldung und Einführung, sowie in Bezug auf das Verfahren überhaupt, gelten die obengegebenen Bestimmungen (§§. 311 ff.).

§. 324. (348.)

Wird die Beschwerde des Querulanten für begründet erkannt, so ist die angefochtene Entscheidung unter Bezeichnung der begangenen Nichtigkeiten zu cassiren, in dem Falle §. 125 Nr. 2 aber an die Stelle der cassirten Entscheidung vom Cassationshofe zugleich eine andere zu setzen.

§. 325. (349.)

Die Acten sind mit der abgegebenen Entscheidung an das betreffende Gericht zurückzusenden.

Sechster Theil.

Wiederaufnahme des Verfahrens.

§. 326. (350.)

Ein durch rechtskräftige Entscheidung und selbst durch deren Vollstreckung gänzlich beendeter Rechtsstreit kann wieder aufgenommen werden:

1) durch die Nichtigkeitsklage, (§. 40)
2) durch die Restitutionsklage (§. 41).

§. 327. (351.)

Beide Klagen haben keine Suspensivkraft, doch kann das Gericht auf Antrag des Klägers solche ihnen ertheilen, wenn demselben ein unersetzlicher Nachtheil droht und er Caution macht.

§. 328. (352.)

Die Nichtigkeitsklage ist begründet:

1) wenn das erkennende Gericht nicht zuständig war; (vergl. jedoch §. 17),
2) wenn eine Person bei Abgabe eines Erkenntnisses mitgewirkt hat in der Eigenschaft als Richter, welche als solcher bei dem Gerichte nicht angestellt oder gültig zugezogen war;
3) wenn ein Richter bei der Entscheidung mitgewirkt hat, der nach den gesetzlichen Vorschriften sich von Amtswegen jeder richterlichen Mitwirkung hätte enthalten sollen (§. 43);
4) wenn gegen eine Person ein Erkenntniß ergangen ist, welche an dem verhandelten Rechtsstreite nicht Theil genommen und die für sie vorgenommenen Handlungen später nicht genehmigt hat;
5) wenn und soweit der Nichtigkeitskläger zu den von ihm in dem vorigen Processe vorgenommenen Handlungen rechtlich nicht fähig war

 und

und solche nach erlangter Dispositionsbefugniß später nicht genehmigt hat.

§. 329. (353.)

Die Nichtigkeitsklage ist ebenso anzubringen wie andere Klagen und es findet das gewöhnliche Verfahren statt (s. indeß §. 318. 319).

§. 330. (354.)

Wird sie bei dem Obergerichte in erster Instanz angebracht, so ist nach den für das Verfahren bei den Kreisgerichten in erster Instanz gegebenen Vorschriften zu verfahren.

§. 331. (355.)

Die Restitutionsklage ist statthaft:

1) wenn der frühere Rechtsstreit auf den Grund eines vom Gegner geleisteten Eides entschieden und dieser später als Meineidiger wegen dieses Eides rechtskräftig verurtheilt ist oder, falls die Einleitung einer Criminalunterſuchung den Umständen nach unmöglich ist, dessen Meineid erwiesen wird;
2) wenn der Kläger in dem früheren Rechtsstreite auf Grund einer Urkunde verurtheilt ist, deren Verfälschung nachgewiesen wird;
3) wenn gegen ihn auf Grund eines wissentlich falschen Zeugnisses oder Gutachtens erkannt ist und die Zeugen oder Sachverständigen dieserhalb im Criminalverfahren verurtheilt sind, oder, falls die Einleitung einer Criminal-Untersuchung den Umständen nach unmöglich ist, die wissentliche Falschheit nachgewiesen wird;
4) wenn das Erkenntniß durch betrügliche Handlungen des Gegners oder seines Anwaltes oder Sachführers oder des eigenen Sachführers oder Anwalts im Einverständnisse mit einer der gedachten Personen dem Gegner zu Gunsten und dem Kläger zum Nachtheil erwirkt ist;
5) wenn der Kläger Thatsachen (Einreden, Repliken) erst später entdeckt, die zur Zeit des früheren Rechtsstreites schon vorhanden gewesen sind und, wenn sie in demselben hätten benutzt werden können, eine günstige Entscheidung herbeigeführt haben würden;
6) wenn der Kläger neu entdeckte Urkunden oder
7) solche Urkunden beibringt, deren Dasein zwar bekannt und angezeigt, deren Herbeischaffung aber früher unmöglich war.

§. 332. (356.)

Die §. 331 unter den Nummern 1 bis 4 erwähnten Beweise können nicht durch Eideszuschiebung, die unter 5 erwähnten neu entdeckten Thatsachen aber durch alle zulässigen Beweismittel nachgewiesen werden.

§. 333.

§. 333. (357.)

In den Fällen 1 bis 6 §. 331 muß die Entdeckung der Restitutionsgründe erst nach rechtskräftig beendeter Sache stattgefunden haben. Die Klage ist innerhalb dreier Monate nach dieser Entdeckung, im Falle Nr. 7 §. 331 dagegen innerhalb dreier Monate nach Herbeischaffung der Urkunden, anzustellen.

Gegen Versäumniß dieser Fristen hat eine Restitution nicht statt.

§. 334. (358.)

Bei Anbringung der Restitutionsklage muß der Kläger deren Rechtzeitigkeit nachweisen, die Restitutionsgründe genau angeben, schriftliche Urkunden beilegen und die sonstigen Beweismittel bezeichnen und bestimmt beantragen, in wie weit die frühere Entscheidung zu beseitigen sei.

Der Nachweis der Rechtzeitigkeit kann durch Urkunden und durch das Erbieten zum Eide geführt werden.

§. 335. (359.)

Nach Ablauf von dreißig Jahren seit der Rechtskraft des Erkenntnisses findet weder die Nichtigkeitsklage noch die Restitutionsklage statt.

Siebenter Theil.

Vollstreckungs-Verfahren.

Tit. 1.

Allgemeine Vorschriften.

§. 336. (360.)

Das Vollstreckungsverfahren gehört vor die Amts- und Stadtgerichte.

§. 337. (361.)

Es kann bei denselben beantragt werden:

1) auf den Grund vollstreckbarer Erkenntnisse in allen Sachen, in denen die Amts- und Stadtgerichte das Urtheil erster Instanz gesprochen haben;
2) auf den Grund vollstreckbarer Erkenntnisse in den Sachen, welche in erster Instanz zur Competenz der Kreisgerichte gehören, insofern jene Erkenntnisse auf baares Geld gerichtet sind;
3) auf den Grund vollstreckbarer öffentlicher Urkunden.

§. 338. (362.)

Sind Erkenntnisse in den §. 337 Nr. 2 gedachten Sachen nicht auf baa-

baares Geld gerichtet, so wird deren Vollstreckung bei den Kreisgerichten selbst beantragt und unter deren Leitung durch die Amts- und Stadtgerichte commissarisch besorgt.

Ist die Vollstreckung in einem anderen kreisgerichtlichen Bezirke vorzunehmen, so wird das betreffende Kreisgericht requirirt.

§. 339. (363.)

Oeffentliche Urkunden sind nur dann vollstreckbar, wenn die Contrahenten denselben ausdrücklich executorische Wirkung beigelegt und dieses in der Urkunde erklärt haben, die Forderung aus einem solchen Geschäfte, aus welchem nur dem einen Theile eine Klage zustehn kann (obligatio unilateralis) entspringt und auf Geld geht.

Rückständige Zinsen und Gefälle können auf den Grund solcher Urkunden in diesem Verfahren nur aus den letzten drei Jahren gefordert werden.

§. 340. (364.)

Erkenntnisse und Urkunden aus anderen deutschen Staaten sind unter der Voraussetzung der Reciprocität und der vorgeschriebenen Formen sofort, Erkenntnisse und öffentliche Urkunden aus auswärtigen Staaten aber erst vollstreckbar, wenn sie durch das nach Maßgabe des Gegenstandes zuständige Gericht für vollstreckbar erklärt sind.

§. 341. (365.)

Das zuständige Gericht, an welches die Parteien sich zu wenden, bezüglich die Kreisgerichte ihre Aufträge zu richten haben, ist dasjenige, dem die Person, oder bei dinglichen Ansprüchen die Sache, auf welche sich die Vollstreckung bezieht, unterworfen ist.

Liegt ein und dasselbe Grundstück oder das Hauptgut und dessen Zubehörungen unter verschiedenen Gerichten, so treten die Bestimmungen §. 38 ein.

Einzelne Vollstreckungshandlungen können durch Requisition eines andern Gerichts erledigt werden.

§. 342. (366.)

Stützt sich der Vollstreckungs-Antrag auf ein Erkenntniß, so ist dasselbe in gerichtlicher Ausfertigung mit der Bescheinigung des Gerichts erster Instanz, daß dasselbe vollstreckbar sei, versehen, dem Gesuche beizufügen.

Aus demselben müssen die Punkte, hinsichtlich deren die Vollstreckung verlangt wird, klar hervorgehen und, werden zugleich Früchte, Schäden, Zinsen und Prozeßkosten verlangt, so muß deren Betrag durch gerichtliche für vollstreckbar erklärte Entscheidungen feststehen, und diese sind mit beizufügen.

§. 343. (367.)

In gleicher Weise müssen die Aufträge klar und bestimmt sein, welche von den Kreisgerichten in den Fällen des §. 338 behuf der Vollstreckung ertheilt werden.

Die Kreisgerichte können auf Ansuchen des Antragstellers oder von Amtswegen die Uebersendung der Proceßacten an das vollstreckende Gericht verfügen.

§. 344. (368.)

Stützt sich der Antrag auf vollstreckbare öffentliche Urkunden, so sind dieselben in der Originalausfertigung beizubringen und es muß die Fälligkeit des Anspruches durch öffentliche Urkunden nachgewiesen sein.

§. 345. (369.)

Findet das Gericht den Antrag unbegründet, so weiset es denselben unter dessen Mittheilung an den Gegner durch einen Bescheid zurück.

Gegen eine solche Entscheidung hat der Antragsteller das Rechtsmittel der Berufung.

§. 346. (370.)

Auf einen begründeten Antrag verfügt das Gericht unter Mittheilung desselben an den Gegner sofort die Vollstreckung.

Eine gleiche Verfügung erläßt dasselbe, so bald ein Auftrag zur Vollstreckung von einem Kreisgerichte erfolgt.

§. 347. (371.)

Bei Verfügung der Vollstreckung ertheilt das Gericht, insofern die Art der Vollstreckung nicht seine eigene Thätigkeit erfordert, einen Vollstreckungsbefehl an den zugleich mit Behändigung der Verfügung beauftragten Gerichtsunterbedienten, in welchem bestimmt vorgeschrieben wird, was und wie viel er von dem Verurtheilten beitreiben oder wozu er ihn anhalten, welche Vollstreckungsart eintreten, an wen und wohin er das Beizutreibende abzuliefern, binnen welcher Frist er mit der Vollziehung zu beginnen und binnen welcher er die Erledigung seines Auftrages dem Gerichte anzuzeigen habe.

§. 348. (372.)

Der Gerichtsvollzieher hat den ihm ertheilten Befehl, welchen er den Parteien auf Verlangen vorweisen muß, bei eigener Verantwortlichkeit genau zu befolgen, sich streng an die ihm gegebenen Vorschriften zu halten, und ist bei Versäumung der ihm vorgeschriebenen Fristen durch Geldstrafen oder andere angemessene Ahndung zur Erledigung seines Auftrages anzuhalten.

Sogleich nach Ablauf der zur Erledigung des Befehls vorgeschriebenen Frist

Frist muß der Gerichtsunterbediente dem Gerichte die Art der Erledigung oder die Gründe, aus welchen solche nicht möglich gewesen, anzeigen.

Alle Vollstreckungshandlungen sind so einzurichten, wie sie, ohne Nachtheil für den Zweck, dem Schuldner am wenigsten drückend sind.

§. 349. (373.)

Binnen 8 Tagen sind die gegen die Vollstreckung zulässigen rechtlichen Einwendungen bei Verlust derselben beizubringen, vorausgesetzt, daß die Vollstreckung nicht schon ausgeführt ist.

Der Lauf dieser Frist beginnt mit dem Tage, an welchem die vom Amts- oder Stadtgerichte, oder in den Fällen des §. 338 von dem Kreisgerichte verfügte Vollstreckung dem Gegner mitgetheilt ist.

§. 350. (374.)

Zulässige Einreden gegen die Vollstreckung eines Erkenntnisses sind nur solche, welche dessen Vollstreckbarkeit bestreiten oder in der Sache selbst auf Erlaß, Verzicht oder Stundung des Anspruchs nach erfolgtem Erkenntnisse, oder die wirkliche Erfüllung des Urtheils sich gründen.

§. 351. (375.)

Zulässige Einreden gegen vollstreckbare öffentliche Urkunden sind nur die Behauptung der Unächtheit oder der Tilgung, des Erlasses, des Verzichts oder der Stundung des Anspruchs.

§. 352. (376.)

In den Fällen der §§. 350 und 351 müssen die Einreden durch die Acten oder öffentliche sofort vorgelegte Urkunden nachgewiesen sein.

Die wirkliche Erfüllung des Urtheils oder der in einer öffentlichen Urkunde übernommenen Verpflichtung kann auch durch solche Privat-Urkunden nachgewiesen werden, welche der Gegner anerkennen oder eidlich ableugnen muß.

§. 353. (377.)

Die in dem Vollstreckungsverfahren zulässigen Einreden sind bei dem Gerichte, welches nach dem Werthe des Gegenstandes in der Sache selbst zuständig sein würde, in den Fällen des §. 338 bei dem Kreisgerichte, welches den Auftrag zur Vollstreckung ertheilt hat, anzubringen.

Das Gericht kann die Vollstreckung einstweilen sistiren, setzt einen Tag zur öffentlichen Verhandlung an, nicht über 14 Tage hinaus, hört an demselben die Parteien gegen einander und verkündet ihnen das Erkenntniß.

§. 354. (378.)

Gegen das Erkenntniß haben die zulässigen Rechtsmittel statt.

Tit. 2.

Einzelne Arten der Vollstreckung.

1. Herausgabe von Sachen.

§. 355. (379.)

a. Herausgabe beweglicher Sachen.

Bestimmte bewegliche, oder Quantitäten vertretbarer, Sachen sind von den Gerichtsunterbedienten denen, gegen welche die Vollstreckung geht, abzunehmen. Finden sie sich nicht, so kann der Gegner die Ableistung eines den Umständen nach abzufassenden Manifestationseides, und, falls die Sache nicht herbeigeschafft wird, auch sogleich die Beitreibung des Sachwerthes oder seines durch den Schätzungseid zu ermittelnden Interesses verlangen.

§. 356. (380.)

b. Herausgabe unbeweglicher Sachen.

Bei unbeweglichen Sachen wird der Unterliegende aus dem Besitz gesetzt und der Antragsteller eingewiesen. Nöthigenfalls wird jener mit seinem beweglichen Vermögen aus dem Grundstücke geschafft.

Ist er abwesend, so werden die Mobilien verzeichnet, in gerichtlichen Gewahrsam genommen und, nach einer vom Gerichte zu bestimmenden, den Parteien bekannt zu machenden Frist, öffentlich versteigert und das Geld in das Depositum genommen.

Bei ganzen Gütern sind über die Zubehörungen und Inventarien genaue Verzeichnisse aufzunehmen.

§. 357. (381.)

Handelt es sich in den Fällen der §§. 355 und 356 um den Erwerb dinglicher Rechte, so hat das vollstreckende Gericht die Befugniß der Adjudication zum Zwecke der Uebertragung derselben auf den Berechtigten. Auf den Grund dieser Adjudication kann der Letzte bei Immobilien die Eintragung seines Rechts in das Hypothekenbuch verlangen.

§. 358. (382.)

2. Leistung oder Unterlassung einer Handlung.

Zur Erzwingung der Leistung einer Handlung kann, auf Antrag des die Vollstreckung Betreibenden, auf Anordnung des Gerichts, die Handlung durch einen Dritten auf Kosten des Verurtheilten vorgenommen werden.

Kann die Leistung durch einen Dritten nicht erfolgen, so geschieht die Schätzung des Interesse's, durch Sachverständige oder durch den Schätzungseid.

Nur in den Fällen, wo die Leistung auf diese Weise nicht erzwungen

werden kann, (z. B. die Ableistung eines Manifestationseides) können Geldstrafen, eventuell Gefängniß angewandt werden.

Zur Erzwingung der Unterlassung einer Handlung können Geldstrafen, nöthigenfalls Gefängnißstrafen zur Anwendung gebracht werden.

Daneben steht es dem Berechtigten frei, Sicherheitsleistung von dem Verurtheilten, und, wenn ihm durch den letzten ein Nachtheil zugefügt ist, die Beitreibung des Interesses auf den Grund eines Schätzungseides zu verlangen.

Hinsichtlich einer zu vollstreckenden gefänglichen Haft gelten die oben §. 244 bis 246 gegebenen Bestimmungen, jedoch mit der Abänderung, daß die Insolvenzerklärung die wegen verweigerten Manifestationseides zu erkennende oder erkannte Haft nicht ausschließt oder aufhebt, und ferner, daß die Dauer des Gefängnisses nie ein Jahr übersteigen kann.

§. 359. (383.)

3. Beitreibung von Geldforderungen.

Die Beitreibung einer Geldforderung geschieht durch folgende Mittel:

1) Pfändung von Mobilien (§. 360);
2) Beschlag auf Gehalte, Ruhegehalte, Renten und dergleichen (§. 364);
3) Beschlag auf ausstehende Forderungen (§. 365);
4) Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen (§. 366).

In der Regel sind diese Vollstreckungsmittel in der hier aufgeführten Reihefolge zur Anwendung zu bringen. Unter den drei erstgenannten hat der Gläubiger indeß das Wahlrecht.

Der Faustpfandgläubiger und der Gläubiger, welcher eine eingetragene Special-Hypothek hat, können sich stets zunächst an das Pfand halten.

Finden sich keine Vollstreckungsmittel, so kann der Manifestationseid verlangt werden.

§. 360. (384.)

A. Auspfändung von Mobilien.

Von aller Pfändung ausgenommen sind:

Vorräthe an Lebensmitteln für den nothdürftigen Unterhalt auf 4 Wochen;

bei Kranken und Wöchnerinnen die unentbehrliche Wäsche und das sonst für ihren Zustand Nothwendige;

unentbehrliche Kleidungsstücke und Betten des Schuldners und seiner Familie.

Von den übrigen Sachen sind zuvörderst immer die dem Schuldner entbehrlichsten zu nehmen, und nur im äußersten Nothfalle solche Gegenstände, durch welche er und seine Familie den Lebensunterhalt erwerben,

z. B.

z. B. bei Handwerkern das erforderliche Handwerkszeug, bei Künstlern die zur Ausübung ihrer Kunst nothwendigen Dinge, bei Gelehrten die nothwendigen Bücher, bei Landwirthen Ackergeräth, das nothwendige Vieh, das für dieses erforderliche Futter, das Saatkorn u. s. w.

§. 361. (385.)

Die abgepfändeten Sachen werden verzeichnet und in sicheren Gewahrsam gebracht. Ist dies unthunlich, so muß bei dem Schuldner selbst für deren unversehrte Aufbewahrung Sorge getragen werden (C. G. B. §. 238).

§. 362. (386.)

Innerhalb 8 Tagen nach geschehener Abpfändung ist ein Tag zur öffentlichen Versteigerung der Sachen, nicht über 14 Tage hinaus, anzusetzen und bei wichtigen Versteigerungen deren Abhaltung dem Secretair aufzutragen.

Dem Verderben ausgesetzte Gegenstände, auch solche, deren Aufbewahrung oder Erhaltung unverhältnißmäßige Kosten verursachen würden, sind forderſamst nach kurzer Bekanntmachung zu versteigern.

Hinsichtlich dieser Versteigerung selbst bleibt es bei den bestehenden Vorschriften.

§. 363. (387.)

Nicht geerntete Feld-, Baum-, und Gartenfrüchte können ohne Zustimmung des Schuldners nicht versteigert werden, so lange andere Mobilien da sind.

Deren Beschlagnahme geschieht durch das Verbot der Einerntung und Veräußerung.

Die Versteigerung selbst soll nicht früher als etwa 14 Tage vor der Ernte geschehen.

§. 364. (388.)

B. Beschlagnahme von Gehalten, Ruhegehalten u. s. w.

Gehalte, Ruhegehalte, Wittwenpensionen, Renten und dergleichen können nur zu $^1/_3$ des Jahresbetrags mit Beschlag belegt werden. (Verordnung v. 28. Sept. 1847; Staatsdienst-Gesetz v. 15. Jan. 1850 §. 50.)

Die Beschlagnahme erfolgt bei derjenigen Behörde, welche der Casse vorgesetzt ist, aus welcher die Zahlung erfolgen soll. Die Zahlung des mit Beschlag belegten Antheils wird von der betreffenden Casse an das vollstreckende Gericht geleistet.

§. 365. (389.)

C. Beschlagnahme und Forderungen des Schuldners.

Auf den Inhaber lautende Werthpapiere kann der Gläubiger nach dem Tagescourse annehmen oder deren Verkauf verlangen.

Auf den Namen lautende Verbriefungen oder nicht verbriefte Forderungen werden dem Gläubiger auf dessen Antrag überwiesen, und der Schuldner, oder falls dieser sich weigert, das Gericht hat die Cession zu vollziehen.

Bei eingetragenen Hypothekforderungen ist zugleich die vorgenommene Cession im Hypothekenbuche zu vermerken.

Will der Gläubiger sie nicht an Zahlungsstatt übernehmen, so werden sie bei dem Schuldner desjenigen, gegen den die Vollstreckung geht, bei Strafe doppelter Zahlung mit Arrest belegt, gekündigt und eingezogen.

Wird dieserhalb die Erhebung eines Rechtsstreites erforderlich, so kann solchen die Partei, welche die Vollstreckung betreibt, führen.

Auch kann, falls die Umstände dies räthlich machen, deren Verkauf verfügt werden.

Der Partei, gegen welche die Vollstreckung geht, wird jede Verfügung über solche Forderungen untersagt, bei Strafe der Nichtigkeit, und sie hat die darüber sprechenden Urkunden dem Gerichte auszuliefern. Leugnet sie deren Besitz, so kann der Manifestationseid verlangt werden.

§. 366. (390.)

D. Vollstreckung in unbewegliche Güter.

Die Verwaltung oder Sequestration unbeweglicher Güter zum Besten des Gläubigers als Vollstreckungsmittel ist zulässig mit Zustimmung der Betheiligten und in außerordentlichen Fällen nach dem Ermessen des Gerichts.

§. 367. (391.)

Bei solchen unbeweglichen Gütern, deren Veräußerung rechtlich unzulässig oder nach dem Betrage der Forderung im Verhältnisse zu dem Werthe und den Aufkünften des Grundstücks unangemessen ist, erfolgt die Vollstreckung durch öffentliche Verpachtung an den Meistbietenden, jedoch im letzten Falle nur dann, wenn die Befriedigung des Gläubigers dadurch spätestens innerhalb eines Jahres versichert wird.

Die Pachtbedingungen werden unter Zuziehung der Betheiligten von dem Gerichte festgesetzt, es wird ein Tag zur öffentlichen Verpachtung an den Meistbietenden angesetzt, diesem wird, insofern die Betheiligten nicht gegen dessen Person oder Sicherheit gegründete Einwendungen machen, der Zuschlag ertheilt und er wird angewiesen, die Pachtgelder bis zum Belaufe der Forderung an den Gläubiger abzuliefern.

4. 368. (392.)

Bei unbeweglichen Gütern, deren Veräußerung rechtlich zulässig ist, wird die Vollstreckung durch öffentliche Versteigerung an den Meistbietenden vollzogen.

§. 369.

§. 369. (393.)

Zugleich mit der Verfügung der Vollstreckung setzt das Gericht durch eine an der Gerichtsstelle anzuschlagende und in der im §. 257 vorgeschriebenen Weise bekannt zu machende öffentliche Ladung einen Tag zur öffentlichen Versteigerung an, nach dem Werthe des Gegenstandes und nach sonstigen Umständen auf 6 Wochen bis 6 Monate hinaus.

Diese Fristen laufen vom Tage des Anschlages der öffentlichen Ladung an der Gerichtsstelle.

Der die Versteigerung anordnende Bescheid enthält zugleich eine öffentliche Ladung aller Betheiligten (vergl. §. 257—60). Die in das Hypothekenbuch eingetragenen Berechtigten sind besonders zu benachrichtigen.

Das Gericht trifft die Anordnung, daß die Verkaufsbedingungen sowie die Beschreibung der Sachen zeitig vor dem Versteigerungstage von den Kauflustigen eingesehen, die Grundstücke selbst auch von ihnen besichtigt werden können.

Einwendungen gegen die Verkaufsbedingungen, welche nicht mindestens 8 Tage vor dem Versteigerungstermine eingegangen sind, finden keine Berücksichtigung.

§. 370. (394.)

An dem Gerichtstage sind zuvörderst die Anmeldungen etwaiger Realgläubiger zu Protocoll zu nehmen, und die Realgläubiger, welche sich nicht gemeldet haben, auszuschließen.

Sind die Anmeldungen von der Art, daß sie den Verkauf hindern, so sind sie zuvörderst im Rechtswege zu erledigen. Werden solche Ansprüche nicht gemacht, so werden sämmtliche Kauflustige, mit Ausschluß derjenigen, deren Zahlungsfähigkeit von der die Vollstreckung betreibenden Partei bestritten wird und die sich über ihre Zahlungsfähigkeit nicht ausweisen, zum Gebote gelassen, und der Meistbietende erhält sofort den Zuschlag.

§. 371. (395.)

Nach ertheiltem Zuschlage ist ein zweiter Versteigerungstag nur in dem einzigen Falle anzusetzen, wenn am Gerichtstage selbst, gleich nach ertheiltem Zuschlage, die die Vollstreckung betreibende Partei oder ein Hypothekgläubiger die Ansetzung eines zweiten Versteigerungstages beantragt, sich bereit erklärt, die unbewegliche Sache gegen das erfolgte Meistgebot anzunehmen, falls solches bei der zweiten Versteigerung nicht erreicht wird, und die Kosten des zweiten Termins zu tragen, und für dieses Versprechen Sicherheit leistet.

Der Tag zur zweiten Versteigerung ist nicht über drei Monate hinauszusetzen.

§. 372. (396.)

Erfolgt an dem Versteigerungstage gar kein Gebot, so ist ein anderer Tag anzusetzen, nicht über drei Monate hinaus.

§. 373. (397.)

Nach Bezahlung des Kaufgeldes wird die unbewegliche Sache dem Käufer gerichtlich zugesprochen und der Gläubiger von dem eingegangenen Gelde befriedigt.

§. 374. (398.)

Aufhebung der Vollstreckung.

Die Vollstreckung wird aufgehoben, beziehungsweise sistirt:

1) wenn das obere Gericht einem gegen ein vollstreckbares Erkenntniß eingewandten Rechtsmittel Suspensivkraft zuspricht;
2) mit Einwilligung der die Vollstreckung betreibenden Partei. Ist jedoch bei einem Subhastationsverfahren ein anderer Hypothekgläubiger dem Verfahren beigetreten, so ist dieser befugt, falls der erste Hypothekgläubiger auf die Subhastation verzichtet, das bereits eingeleitete Subhastationsverfahren fortzusetzen:
3) wenn in Folge einer zulässigen Einrede die Vollstreckung inhibirt wird;
4) wenn in Folge der Einsprache Dritter von dem die Execution leitenden Amts- oder Stadtgerichte, oder von dem nach Maßgabe des Werthes des Streitgegenstandes zuständigen Kreisgerichte die Vollstreckung inhibirt wird.

Ist Concurs erkannt oder droht Concurs, so behält das bereits eingeleitete Vollstreckungsverfahren seinen Fortgang; der Erlös aus Versteigerungen wird jedoch zur Concursmasse gezahlt.

§. 375 (399.)

Liegt im Falle des §. 374. Nr. 4 der Grund der Inhibition in einem von einem Dritten behaupteten Vorzugsrechte oder gleich starken Rechte, welche die Veräußerung hindert, so ist ein solcher Anspruch zuvörderst im ordentlichen Verfahren vor dem zuständigen Gerichte zu erledigen und das inhibirende Gericht hat zu dem Ende dem Berechtigten eine peremtorische Frist zu stellen, innerhalb welcher derselbe bei Verlust seiner Widerspruchsrechte seine Ansprüche im ordentlichen Verfahren geltend zu machen hat.

§. 376. (400.)

Treffen mehre vollstreckbare und hinsichtlich ihrer Priorität unstreitige Ansprüche zusammen, so ordnet das die Vollstreckung leitende Gericht die Vertheilung.

Ach-

Achter Theil.

Gebühren der Gerichte, Anwälte und Sachführer.

1. Gerichtsgebühren.

§. 377. (401.)

Die Gerichtssporteln und Nebengebühren sind nach den in der Anlage I. enthaltenen Bestimmungen zu erheben.

In der obern Instanz richtet sich der Sportelsatz nach dem Werthe des Gegenstandes der Beschwerde.

Die für Erkenntnisse bestimmten Sportelsätze werden von jeder Partei zur Hälfte, bei einem Contumacialverfahren dagegen von dem Extrahenten allein erhoben. Alle übrigen Sportel- und Gebührensätze sind von dem Extrahenten zu entrichten.

Bei den im hiesigen Lande bestehenden Gerichten wird neben dem Sportelsatze I. und VI. in Anl. I. ein gleich hoher Betrag als Stempelabgabe erhoben; bei dem Cassationshofe dagegen, wo eine solche Abgabe nicht besteht, werden die Eingaben der Parteien und deren Anlagen mit dem dort üblichen Stempel belegt.

Bei den Gerichts-Nebengebühren, II. in Anl. I. wird nur von den Nr. 24 und 25. neben dem Sportelsatze eine Stempelgebühr, ebenfalls im gleichen Betrage, gehoben.

2. Gebühren der Anwälte und Sachführer.

§. 378. (402.)

Anwälten und Sachführern kommen die in der Taxe Anlage II. bestimmten Gebühren zu.

Verträge zwischen Anwalt und Partei, Advocaten und Clienten über den Gegenstand des Rechtsstreits oder einen Theil desselben, mögen sie vor dem Beginne des Verfahrens oder während desselben bis zu gänzlicher Beendigung der Sache geschlossen sein, sind verboten und nichtig.

Gleichmäßig sind Verträge über eine, die Taxen für gerichtliche Geschäfte überschreitende Vergütung zwischen Anwalt und Partei verboten und ohne alle Wirkung.

Verträge zwischen Advokaten und Clienten über ein Honorar für eigentliche Advocaturgeschäfte sind dagegen in so weit gültig, als sie schriftlich abgefaßt sind.

§. 379. (403.)

Diese Taxen, insofern in der Anlage II. nicht ausdrücklich eine Ausnah-

me

me bestimmt ist, hat die zum Kostenersatz verurtheilte Partei gleichfalls dem Gegner zu erstatten, auch wenn er Anwalt oder Sachführer ist und seine eigene Sache führt.

Mehrkosten für Reisen und Diäten, welche hätten vermieden werden können, wenn die Partei einen am Sitze des zuständigen Gerichts wohnhaften Advocaten oder Anwalt angenommen hätte, sind vom Gegner nicht zu erstatten, und zwar in den kreisgerichtlichen Sachen auch dann nicht, wenn der zugezogene Advocat oder Anwalt in dem Gerichtskreise in welchem das zuständige Kreisgericht liegt, zugelassen ist.

Hat jedoch eine Partei einen nicht am Sitze des zuständigen Gerichtes wohnhaften Advocaten oder Anwalt angenommen, so ist dieselbe berechtigt, die Kosten für eigne Reisen und Versäumniß in der Art zu berechnen, wie solche zu berechnen gewesen sein würden, wenn sie einen am Sitze des zuständigen Gerichtes wohnhaften Advocaten oder Anwalt zugezogen hätte.

§. 380. (404.)

Der Anwalt kann auf Gebühren und Auslagen, der Sachführer auf die zu machenden Auslagen von seiner Partei einen angemessenen Vorschuß und, falls er verbraucht ist, dessen Erneuerung fordern.

§. 381. (405.)

Die Gebühren richten sich zufolge der in der anliegenden Taxe gegebenen näheren Bestimmungen nach dem Werthe des Gegenstandes, in den oberen Instanzen nach dem Werthe der Beschwerde.

Bei Feststellung des Werthes kommen die über die Berechnung der gerichtlichen Competenzsummen gegebenen gesetzlichen Vorschriften zur Anwendung.

Bei nicht nach Geldeswerth zu schätzenden Streitgegenständen kommen die Gebührensätze der mittlern Classe zur Anwendung.

§. 382. (406.)

Betrifft eine von dem Sachführer oder Anwalt vorgenommene Handlung in erster oder einer folgenden Instanz nicht den ganzen Streitgegenstand, so kommt nur der Werth des Gegenstandes dieser Handlung zur Berechnung.

§. 383. (407.)

Die Feststellung der Gebühren der Anwälte und Sachführer oder eines Vorschusses darauf gehört vor das Gericht, bei welchem der Rechtsstreit oder in fernerer Instanz das Rechtsmittel verhandelt ist.

Das Gericht stellt die Kosten fest und erläßt einen Zahlungsbefehl.

Innerhalb 10 Tagen nach erfolgter Behändigung steht jeder Partei eine einfache Beschwerde wegen der Feststellung der Kosten an das obere Gericht zu. Beschwerden gegen das Obergericht gehen an den Cassationshof.

Bei

Bei der zweiten Entscheidung hat es sein Bewenden.

Die Vollstreckung erfolgt auf Grund des Zahlungsbefehls, welchen das festsetzende Gericht auf Antrag des Extrahenten nach Ablauf der ebenerwähnten 10tägigen Frist, oder, falls eine Beschwerde dagegen verfolgt ist, nach Abgabe der oberrichterlichen Entscheidung für vollstreckbar zu erklären hat.

Alle auf solche Kostenliquidationen sich beziehende Verhandlungen sind stempel- und sportelfrei; die Gebühren der Gerichtsunterbedienten und Copialien sind dagegen zu entrichten.

Anlage A.

Vollmacht.

Ich Endesunterzeichneter ertheile hiermit für mich und meine
dem Herrn
und Jedem, den derselbe an seiner Statt zur Ausführung dieses Auftrags bestellen wird, insbesondere aber für den Fall, daß dieser Auftrag durch seinen Tod oder auf andere Weise erlöschen sollte, dem Herrn
die Vollmacht, in meiner Rechtssache bei dem Kreisgerichte
wider
wegen
als Anwalt mich zu vertreten und alle zur Ausführung und endlichen Erledigung dieses Rechtsstreits erforderlichen Handlungen vorzunehmen; insbesondere Erklärungen jeder Art abzugeben, Behauptungen der Gegenpartei zuzugestehen, abzuläugnen oder sich mit Nichtwissen zu erklären, Urkunden anzuerkennen oder abzuläugnen, Eide zuzuschieben, anzunehmen, zurückzuschieben und zu erlassen; Arreste und Executionen zu beantragen, Litisdenunciationen vorzunehmen, mich gegen anzustellende Interventionen zu vertheidigen, Rechtsmittel jeder Art gegen nachtheilige Bescheide oder Erkenntnisse einzulegen, den Rechtsmitteln oder dem Processe zu entsagen, Vergleiche zu schließen und das durch Erkenntniß oder Vergleich Gewonnene in Empfang zu nehmen und darüber zu quittiren, endlich aber Advocaten für die mündlichen Hauptverhandlungen in allen Instanzen zuzuziehen.

Für den Fall endlich, daß in diesem Rechtsstreite Berufungen oder Cassationsbeschwerden einzulegen und zu verfolgen sein würden und ich eines Anwalts bei dem Obergerichte oder dem Cassationshofe benöthigt wäre, ernenne ich hiermit den Herrn
für das Verfahren am Obergerichte
und den Herrn für das
Verfahren vor dem Cassationshofe und bevollmächtige dieselben, die Rechtsmittel nach ihrem Ermessen einzuführen oder gegen die von der Gegenpartei gegen mich eingewandten Rechtsmittel meine Rechte wahrzunehmen und mich in jeder Hinsicht bei dem Obergerichte oder dem Cassationshofe zu vertreten. Auf den Fall vorübergehender Behinderung oder Abgangs derselben ernenne ich zu ihren Substituten den Herrn
für das Verfahren am Obergerichte und den Herrn
für das Verfahren am Cassationshofe und ermächtige außerdem, falls etwa beide verhindert werden sollten, meinen oben bestellten Herrn Anwalt, bei dem Obergerichte oder Cassationshofe andere Anwälte und Substitute zu ernennen.

Indem ich dasjenige, was meine in dieser Vollmacht bestellten Anwälte und deren Substituten in diesem Rechtsstreite für mich thun und vornehmen, als meine eigenen Handlungen anerkenne, verpflichte ich mich zugleich, sie für ihre Mühwaltung und Auslagen vollständig zu entschädigrn und verpfände dafür mein gesammtes Vermögen, insbesondere dasjenige, was ich von der Gegenpartei in der Hauptsache und Kosten erstreiten werde, welches ich ihnen, soweit es zu ihrer Befriedigung erforderlich ist, zugleich förmlich cedire und abtrete.

Zur Urkunde dessen habe ich diese Vollmacht, nachdem solche vollständig ausgefüllt war, eigenhändig unterzeichnet und meine Unterschrift öffentlich beglaubigen lassen.

So geschehen

An-

Anlage 1.

(Zu §. 377.)

Sporteln- und Gebühren-Taxe

in

Civil-Processen.

I. Sportel-Taxe.

1. Für Erkenntnisse auf Klagen und Haupt-Interventionen.

A. Bei den Amts- und Stadtgerichten.

Für das processualische Verfahren bis zum End-Erkenntnisse und einschließlich desselben erfolgen beim ersten Erkenntnisse:

1)	wenn der Gegenstand des Rechtsstreits 5 ℛ nicht übersteigt	.	.	.	.	.	.	.	.	—	ℛ	10	Sgr
2)	über 5 bis 10 ℛ	.	.	.	.	.	.	.	.	—	"	20	"
3)	über 10 bis 20 ℛ	.	.	.	.	.	.	.	.	1	"	—	"
4)	über 20 bis 35 ℛ	.	.	.	.	.	.	.	.	2	"	—	"
5)	über 35 bis 50 ℛ	.	.	.	.	.	.	.	.	3	"	—	"

Bemerkungen.

a) In Sachen, deren Werth nicht nach Gelde taxirt werden kann, wird der Sportelsatz unter No. 3 erhoben.

b) Wird der Rechtsstreit vor Abgabe des ersten Erkenntnisses durch Vergleich, Zurücknahme der Klage, gerichtliches Anerkenntniß oder durch Contumacial-Erkenntniß erledigt, so wird nur die Hälfte obiger Sportelsätze berechnet.

c) in

c) In denjenigen Streitsachen, deren Gegenstand den Werth von 50 ℔ übersteigt, kommen die nachfolgenden kreisgerichtlichen Taxen und Bestimmungen zur Anwendung.

d) in den Sachen Tit. 2 Theil 2 (§. 155 und ff.) wird für den Zahlungsbefehl und dessen Zufertigung, einschließlich des Stempels nur eine Gebühr von 10 ℊ erhoben.

B. Bei den Kreisgerichten.

Für jedes in Folge der Hauptverhandlung in der Sache selbst abgegebene Erkenntniß (§. 93.)

6)	Wenn der Gegenstand des Rechtsstreites 50 ℔ nicht übersteigt (vergleiche §. 39).	2 ℔
7)	über 50 bis 200 ℔	3 "
8)	über 200 bis 500 ℔	6 "
9)	über 500 bis 2500 ℔	12 "
10)	über 2500 bis 10,000 ℔	20 "
11)	über 10,000 ℔	30 "

Bemerkungen.

a) In Sachen, deren Werth nicht nach Gelde taxirt werden kann, wird der Sportelsatz unter No. 9 erhoben.

b) Für die lediglich auf vorgängige Leistung eines der Partei zugeschobenen oder richterlich auferlegten Eides abgegebenen purificirenden Erkenntnisse wird keine Sportel berechnet.

c) In allen Proceßsachen, deren Werthbetrag 50 ℔ übersteigt, ist die Hälfte der Erkenntniß-Sportel alsdann zu erheben, wenn der Rechtsstreit vor dem ersten sportelpflichten Erkenntnisse

aa. beim schriftlichen Verfahren erst in dem zum Hauptverfahren vor dem Erkenntnisse angesetzten Termine, und

bb. beim mündlichen abgekürzten Verfahren erst in einem spätern, als dem ersten Termine, in welchem die Parteien erschienen sind,

durch Vergleich oder Sachfälligkeitserklärung beendigt wird.

C. Bei dem Obergerichte und Cassationshofe.

12) In Sachen, in welchen das Obergericht in erster Instanz erkennt, kommen die kreisgerichtlichen Taxen und Bestimmungen (vergl. B.) zur Anwendung.

13) Bei Berufungen:

a.	wenn der Gegenstand der Beschwerde 50 ℔ nicht übersteigt	1 ℔
b.	über 50 bis 100 ℔ einschl.	2 "
c.	über 100 bis 200 ℔ "	4 "
d.	über 200 bis 500 ℔	8 "
e.	über 500 bis 2500 ℔	16 "
f.	über 2500 bis 10,000 ℔	24 "
g.	über 10,000 ℔	36 "

14) Bei Nichtigkeitsbeschwerden gegen Erkenntnisse der Kreisgerichte in zweiter Instanz . . . . . 4 "

15) Bei

15) Bei Nichtigkeitsbeschwerden gegen Erkenntnisse des Obergerichts in zweiter Instanz erfolgen die unter № 13 bezeichneten Taxsätze.

Bemerkungen.

A. Für Erkenntnisse auf begründete Nichtigkeitsbeschwerden wird keine Sportel berechnet. Wird durch die Entscheidung des Cassationshofes das frühere Verfahren als nichtig beseitigt und ohne Abgabe eines Erkenntnisses in der Sache selbst die Einleitung eines neuen Verfahrens verfügt, so sind auch für diejenigen Erkenntnisse der untern Instanzen keine Sporteln zu berechnen, welche demnächst an die Stelle der cassirten gesetzt werden.

B. In den Fällen wo die Kreisgerichte zum Gerichte zweiter Instanz zusammentreten, gelten die Sportelnsätze sub C. oben.

2. Für Erkenntnisse auf selbstständige Anträge.

16) Für Erkenntnisse über selbstständige Anträge, welche nach der Proceßordnung wie Klagen zu behandeln sind, (Anträge auf Edition von Urkunden, Arrestanlage, Beweisaufnahme zum ewigen Gedächtnisse, Ableistung des Manifestationseides und dergl.) wird, auch wenn diese Anträge als Incidentpunkte in einem anhängigen Rechtsstreite angebracht sind, in allen Instanzen nur ein Drittheil der für Erkenntnisse auf Klagen (vergl. 1 A. B. C.) ausgeworfenen Taxen berechnet, dieser Betrag aber auch dann erhoben, wenn das Erkenntniß über derartige Incidentpunkte gleichzeitig mit dem Haupterkenntnisse erfolgt.

Der eben gedachte Satz wird gleichmäßig auch dann berechnet, wenn die vorhin erwähnten Anträge ohne Erkenntniß zu Gunsten des Antragstellers erledigt werden.

Die Bemerkungen bei № 1 A. B. C. finden auch hier Anwendung.

3. Für sofort abweisende Bescheide.

17) Für Bescheide, durch welche ohne vorgängiges Verfahren Klagen, selbstständige wie Klagen zu behandelnde Anträge (vergl. № 16) oder Rechtsmittel sofort abgewiesen werden, erfolgt

a) In Sachen bis 50 ℔ ein Viertheil der Erkenntniß-Taxe unter 1. A.
b) In Sachen von 50 bis 500 ℔ ein Sportelsatz von . 1 ℔
c) In Sachen über 500 ℔ ein Sportelsatz von . . . . 2 ″

4. Vollstreckungs-Instanz.

18) Für den Bescheid, durch welchen die Hülfsvollstreckung verfügt wird.

a) Wenn die beizutreibende Summe 5 ℔ nicht übersteigt . — ℔ 2½ Sgr
b) über 5 bis 10 ℔ . . . . . — ″ 5 ″
c) über 10 bis 20 ℔ . . . . . — ″ 10 ″
d) über 20 bis 35 ℔ . . . . . — ″ 15 ″

e) über

e) über 35 bis 50 ℳ . . . . . — ℳ 20 Sgr
f) über 50 bis 200 ℳ . . . . . 1 „ — „
g) über 200 bis 500 ℳ . . . . . 2 „ — „
h) über 500 bis 2500 ℳ . . . . . 3 „ — „
i) über 2500 bis 10,000 ℳ . . . . . 4 „ — „
k) über 10,000 ℳ . . . . . 5 „ — „

19) Für den Bescheid, durch welchen der Antrag auf Hülfsvollstreckung ohne vorgängiges Verfahren sofort abgewiesen wird, erfolgt ein Viertheil vorstehender Taxe.

20) Für Erkenntnisse im Vollstreckungsverfahren finden in allen Instanzen die unter 1. 2 für Erkenntnisse auf selbstständige Anträge ausgeworfenen Taxen Anwendung.

5. Concursverfahren.

21) Für das Concursverfahren im Allgemeinen, einschließlich der Verfügung, durch welche die Eröffnung des Concurses erkannt wird, und des etwaigen Distributionsbescheides, ist bei Vertheilung der Masse und nach Maßgabe ihres Gesammtbetrages die einfache Sportel für Erkenntnisse erster Instanz zu erheben. (vergl. 1 A. und B.)

Für die sonst im Concursverfahren vorkommenden Erkenntnisse und sofort abweisenden Bescheide erfolgen die Taxen unter № 1. 1, 2 und 3.

6. Adjudicationsschein.

22) Für Adjudicationsscheine bis 50 ℳ einschließlich . . — ℳ 15 Sgr
„ „ 100 „ „ . . — „ 20 „
„ „ 200 „ „ . . . — 1 — „
„ „ 500 „ „ . . . — 2 — „
„ „ 1000 „ „ . . . — 3 — „
„ über 1000 „ „ . ein halbes Procent.

Für die Vollziehung der dabei nöthig gewordenen Umschreibungen im Cataster werden keine Gebühren berechnet.

7. Depositengebühr.

23) Ein halbes Procent vom Werthe des Depositums. Bei Papieren au porteur wird dasselbe, wie bei andern Werthurkunden, vom Nominalwerthe berechnet.

Bei Depositen unter 20 Rthl., so wie bei den von sportelfreien Personen eingezahlten Depositen, wird überall keine Depositengebühr erhoben.

Für den Depositenschein werden nur Schreib- und Siegelgebühren berechnet.

Allgemeine Bemerkung zu Nr. I. 1 bis 7.

Der geringste Sportelsatz ist stets wenigstens 2½ Sgr.; alle höheren Sportelsätze müssen mit dieser Summe theilbar sein; etwaige Bruchtheile werden nicht berechnet.

II. Ge-

II. Gerichts-Nebengebühren, für die Staats-Casse zu berechnen.

24) Versiegelungen und Entsiegelungen
a) bei den Kreisgerichten . . . . . 1 Rthl. 10 Sgr.
b) bei den Amts- und Stadtgerichten in allen zu ihrer Competenz (Gesetz vom) gehörigen Streitsachen . — „ 20 „
Einstweilige Ver- und Entsiegelungen geschehen unentgeltlich.

25) Inventuren, und zwar für das ganze Geschäft, selbst wenn dasselbe mehrere Tage in Anspruch nimmt,
a) bei einer Masse bis zu 200 Rthl. . . . . — „ 20 „
b) über 200 bis 500 Rthl. . . . . 1 „ 10 „
c) über 500 bis 2500 Rthl. . . . . 2 „ 20 „
d) über 2500 bis 10,000 Rthl. . . . . 4 „ — „
e) über 10,000 Rthl. . . . . 6 „ — „

26) Auctionsgebühr und Gebühr für den Verkauf abgepfändeter Sachen, gegen Besorgung aller dem Auctionator obliegenden Geschäfte:
a) bei Pretiosen, Staatspapieren oder sonst mit Leichtigkeit zu verkaufenden Gegenständen, z. B. Holz: 1 Procent,
b) bei anderen Gegenständen 8 Pf. vom Thaler.
Die Auctionsgebühr darf nie unter 15 Sgr. herabsinken.

27) Siegelgebühr für Besiegelung von Erkenntnissen, Urkunden, oder beglaubigten Abschriften:
a) beim Obergerichte . . . . . 5 Sgr.
d) bei den Kreis-, Amts- und Stadtgerichten . . . . . 2½ „
Für Beifügung der executorischen Clausel erfolgen, wenn sie nachgetragen wird, nur Schreib- und Siegelgebühren.

28) Beglaubigung bei allen Gerichten für den Bogen . . . . 2½ Sgr.
Beglaubigungen finden nur Statt, wenn die Partei sie verlangt oder das Gericht dieselben in den Fällen, wo solche nothwendig, verfügt.
Beglaubigungen sind stets zu besiegeln.

29) Für die Aufsuchung und Vorlegung alter, d. h. länger als 10 Jahr reponirter Acten:
a) beim Obergerichte . . . . . 1 Rthl. — Sgr.
b) bei den Kreis-, Amts- und Stadtgerichten . . . — „ 10 „

30) Für Einsicht der Acten:
a) beim Obergerichte . . . . . 20 Sgr.
b) bei den Kreis-, Amts- und Stadtgerichten . . . . . 10 „
Die Gebühren unter № 29 und 30 erfolgen nur einmal für die Aufsuchung resp. Einsicht der Haupt- und aller damit combinirten Acten.

31) Für Einsendung von Acten an ein anderes Gericht, wenn solche auf unmittelbaren Antrag einer Partei oder deren Anwalts behuf deren Einsicht erfolgt:
a) vom Obergerichte . . . . . 1 Rthl. — Sgr.
b) von den Kreis-, Amts- und Stadtgerichten . . . — „ 15 „
Diese Gebühr findet nicht Statt, wenn die Acten-Einsendung in Folge der Bestimmungen der Proceßordnung (z. B. bei Berufungen) resp. eines Auftrages oder einer Requisition der Gerichte geschieht.

32) Zu-

32) Zufertigungsgebühr und zwar:
a) Für Behändigung einer Verfügung, in so fern damit die Zustellung einer Zufertigungs-Bescheinigung an den Gegner verbunden ist, einschließlich der letztern und ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes oder darauf, ob im Auftrage eines höhern Gerichts gehandelt wird,
α) bei den Amts- und Stadtgerichten . . . . . 5 Sgr
β) bei den Kreisgerichten . . . . . 10 "
γ) bei dem Obergerichte . . . . . 15 "
b) für Behändigung einer mit Ertheilung der Zufertigungs-Bescheinigung an den Gegner nicht verbundenen Verfügung, Vorladung von Auskunftspersonen ꝛc., für jede Behändigung oder Ladung:
α) bei den Amts- und Stadtgerichten . . . . . 1½ Sgr
β) bei den Kreisgerichten . . . . . 2½ "
γ) bei dem Obergerichte . . . . . 4 "
Ist in dem Falle unter a die Verfügung (z. B. bei subjectiver Klagenhäufung) mehreren Personen zu insinuiren, so wird nur für eine Insinuation die unter a, für jede weitere Insinuation aber die unter b bezeichnete Gebühr berechnet.
33) Für Vollstreckung eines Personalarrestes . . . . 1 Thlr — Sgr
Für die Aufsicht während dessen Dauer täglich . . . — " 7½ "
34) Schreibgebühr bei allen Gerichten für den Bogen zu 24 Zeilen auf der Seite und in jeder Zeile 30 Buchstaben, wobei indeß ein theilweis beschriebener Bogen für voll gilt . . . . . 2½ Sgr

III. Diäten und Reisekosten, welche dem betreffenden Beamten überwiesen werden.

35) Diäten für auswärtige Termine:
a) den Directoren, Richtern und Staatsanwälten bei den Kreis-, Amts- und Stadtgerichten täglich . . . . . 1 Thlr 10 Sgr
b) den Secretairen und sonstigen Protocollführern . . . — " 20 "
c) den Gerichtsunterbedienten . . . . . — " 10 "

Anmerkungen.

a) In Streitsachen, deren Gegenstand den Werth von 20 Rthl. nicht übersteigt, sind auswärtige Termine nur von dem Richter, oder, so weit es zulässig, von dem Secretair allein abzuhalten und passirt dafür ein Diätensatz von . . . . . 20 Sgr
b) Für jede Nacht der Abwesenheit wird jedem der unter № 35 a und b bezeichneten Beamten außerdem vergütet . . . . . 1 Thlr
c) Die Gerichtsunterbedienten erhalten Diäten nur alsdann, wenn sie außerhalb ihres Wohnortes selbstständig Auctionen, oder den Verkauf abgepfändeter Sachen, oder Inventuren besorgen, oder bei diesen Geschäften, sowie bei Ver- und Entsiegelungen dem Richter oder Secretair Hülfe zu leisten haben.

36) Rei-

36) Reisekosten des Gerichts zu auswärtigen Terminen: für jede Postmeile auf der Hinreise 22½ Sgr. und die nämliche Gebühr für die Rückreise.

Bemerkungen.

a) Für eine volle Meile darf auch dann berechnet werden, wenn die wirkliche Entfernung weniger beträgt.

b) Bei größeren Entfernungen wird, wenn außer den vollen Meilen noch ein Bruchtheil übrig ist, dieser bis zu einer halben Meile einschließlich für ½ Meile, wenn er aber ½ Meile übersteigt, für eine volle Meile gerechnet.

c) Wird die Reise von einem Stationsorte der Post oder der Eisenbahn nach einem andern solchen Stationsorte gemacht, so ist nur die Posttaxe, oder die Eisenbahntaxe zweiter Classe zu berechnen, vorausgesetzt daß die Reise auf diese Weise gemacht werden konnte.

d) Wird die Reise zu Wagen gemacht, so sind die Reisekosten dem den Termin leitenden Richter, gegen die Verpflichtung, für den angemessenen Transport des übrigen Gerichtspersonals mit zu sorgen, allein zu überweisen, sonst aber zwischen dem betheiligten Richter und Protocollführer resp. Staats-Anwalte gleichmäßig zu theilen.

e) Sind die Transportkosten mit dem unter № 36 ausgeworfenen Betrage nicht zu bestreiten, so passirt, gegen specielle Nachweisung, der wirklich verausgabte höhere Satz.

f) Bei auswärtigen Auctionen sind die Diäten des Secretairs oder Unterbedienten von der gesetzlichen Auctionsgebühr vorweg zu nehmen, die Reisekosten des Secretairs aber von der Partei neben letzter zu zahlen.

Bei Inventuren, Versiegelungen und Entsiegelungen hat die Partei neben der gesetzlichen Gebühr sowohl die Reisekosten als Diäten zu entrichten.

g) Inventuren und Auctionen unter 200 Rthl. sind in der Regel den Unterbedienten zu übertragen.

IV. Gebühren der Auskunftspersonen.

37) An Zeugengebühr:

a) Zur Entscheidung für Versäumniß und Zehrung, wenn die Zeugen solche verlangen, dem Stande derselben gemäß nach dem Ermessen des Gerichts täglich bis zu 1 Rthl.

b) an Reisekosten

α) wenn die Zeugen den Weg zu Fuße machen: bis zu ½ Meile nach dem Ermessen des Gerichts bis zu 5 Sgr., über ½ Meile und für jede ganze Meile nach dem Ermessen des Gerichts bis zu 7½ Sgr. Hierin ist die Vergütung für den Rückweg mitbegriffen;

β) können dieselben ihrem Stande nach, auch Alters und Schwachheitswegen, auf Reiten oder Fahren Anspruch machen, so erhalten sie die deshalb verwandten Kosten nach Billigkeit ersetzt.

38) An Gebühren der Sachverständigen werden berechnet:

a) für jeden Tag des Geschäfts 20 Sgr. bis 1 Rthl.;

b) für Reise- und Zehrungskosten, wie bei den Zeugen;

c) für Abfassung des Gutachtens, wenn solches nicht füglich zu Protocoll genommen werden kann und von ihnen schriftlich eingereicht wird, 15 Sgr. bis 1 Rthl.

Für außerordentliche Fälle bleibt den Gerichten eine höhere Bestimmung der Sätze unter dieser Nummer den Umständen nach überlassen.

V. Baare Auslagen des Gerichts,

39) als Porto, Insertionskosten ꝛc. sind ihrem Betrage nach von der betreffenden Partei zu vergüten.

Anhang.

VI. Sporteln bei Erledigung von Requisitionen nicht Lippischer Gerichte.

Bei Requisitionen nicht Lippischer Gerichte sind für deren Erledigung außer den unter № 1. bis V. verzeichneten Sporteln, Gebühren und Auslagen zu erheben:

40) Für die Vernehmung jedes Zeugen oder Sachverständigen, oder einer Partei:
   a) bei den Amts- und Stadtgerichten . . . . . 5 Sgr
   b) bei den Kreisgerichten . . . . . 10 "

41) Für Mittheilungen von Acten:
   a) bei den Amts-, Stadt- und Kreisgerichten . . . . . 15 "
   b) bei dem Obergerichte . . . . . 1 Rthlr — "

42) Für jeden Anschlag und dessen Abnahme, einschließlich der Documentirung:
   a) bei den Amts- und Stadtgerichten . . . . . 5 Sgr
   b) bei den Kreisgerichten . . . . . 10 "
   c) beim Obergerichte . . . . . 15 "

43) Für eine Arrestanlage:
   a) bei den Amts- und Stadtgerichten . . . . . 7½ "
   b) beim Kreisgerichte . . . . . 15 "

44) Für jeden außerhalb der Gerichtsstelle abzuhaltenden Termin:
   a) bei den Amts- und Stadtgerichten . . . . . — Rthlr 20 Sgr
   b) bei den Kreisgerichten . . . . . 1 " 10 "

An-

Anlage 2.

(Zu §. 378.)

Gebühren-Taxe

für

die Anwälte und Sachführer.

Erster Abschnitt.

Gebühren.

	1. Abtheilung. Taxe in Civilproceßsachen bei den Amts- und Stadtgerichten.	bis 5 ℔		über 5 ℔ bis 10 ℔		über 10 ℔ bis 20 ℔		über 20 ℔ bis 35 ℔		über 35 ℔ bis 50 ℔	
		℔	Sgr	℔	Sgr	℔	Sgr	℔	Sgr	℔	Sgr
1	Für die Durchführung der ganzen Sache, mit Einschluß der einheimischen Termine, jedoch ausschließlich der Rechtsmittel, auswärtigen Termine und der Executionsinstanz	—	15	1	—	2	—	3	—	4	—
2	Für jede mündliche Hauptverhandlung in der Berufungsinstanz a. wenn der Werth der Beschwerde 20 ℔ nicht übersteigt . . . . . 1 ℔ b. wenn der Werth der Beschwerde 20 ℔, jedoch nicht 50 ℔ übersteigt . 1 ℔ 15 Sgr c. wenn der Werth der Beschwerde 50 ℔ übersteigt . . . . . 2 ℔										
2 a.	Für die Auswirkung des Zahlungsbefehls in dem Verfahren bei unstreitigen Schuldforderungen, §. 155 ff., ohne Unterschied des Objects . 5 Sgr nebst den Copialien und baaren Auslagen.										
3	Wird die Sache vor dem ersten Termine oder in demselben durch Vergleich vor der Verhandlung durch Zugeständniß oder einen Contumacialantrag beendigt	—	15	—	20	1	—	1	15	2	—
4	Hört das Mandat des Sachführers oder Anwalts vor der Beendigung der Sache aus irgend einem										

Er-

Erster Abschnitt.

Gebühren.

	1. Abtheilung. Taxe in Civilproceßsachen bei den Amts- und Stadtgerichten.	bis 5 Rthl.	über 5 Rthl. bis 10 Rthl.	über 10 Rthl. bis 20 Rthl.	über 20 Rthl. bis 35 Rthl.	über 35 Rthl. bis 50 Rthl.
		Rthl. Sgr.	Rthl. Sgr.	Rthl. Sgr.	Rthl. Sgr.	Rthl. Sgr.
	Grunde auf, so hat, in Ermangelung einer gütlichen Vereinbarung, das Gericht nach billigem Ermessen über das Deservit des Anwalts zu entscheiden					
5	Widerklagen und Interventionen werden wie selbstständige Klagen behandelt. Gelangt die Sache, in Folge einer die Competenz des Amts- oder Stadtgerichts übersteigenden, gleichzeitig mit der Hauptklage zu verhandelnden Widerklage, an ein anderes Gericht, so findet für den ganzen Proceß die bei diesem geltende Taxe Statt					
6	Für Contumacialanträge und diesen ähnliche, sowohl wider den Gegner als auch wider die eigne Partei, jedoch mit Ausnahme der Anträge in der Executionsinstanz (vergl. № 8), mögen sie schriftlich oder in einheimischen Terminen angebracht werden, ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes $7\frac{1}{2}$ Sgr.					
	Dieselbe Taxe findet bei denjenigen Proceßhandlungen statt, welche einem ganzen Proceßabschnitte angehören, in dessen Kosten die Gegenpartei verurtheilt ist.					
7	Für auswärtige Termine in allen Sachen über 20 Rthl. bis 50 Rthl., sowie in Sachen puncto stupri, einschließlich der Diäten und Versäumniß. (Reisekosten nach № 27) jedoch vorbehältlich der Bestimmungen in §. 379 der Proceß-Ordnung . 1 Rthl.					
	a. Nur für solche Termine, in denen die Gegenwart der Partei oder des Sachführers resp. Anwalts nothwendig ist, passirt eine Vergütung. Unbedingt als solche gelten: Termine zur Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen, zur Einnehmung des Augenscheins, zur Ableistung von Eiden, zum Versuche der Güte, wenn sie im Laufe des Verfahrens ausdrücklich zu diesem Zwecke angesetzt werden, endlich solche Termine, wobei das Gericht die Anwesenheit des Sachführers oder Anwalts ausdrücklich verlangt.					

Er-

Erster Abschnitt.

Gebühren.

	1. Abtheilung. Taxe in Civilproceßsachen bei den Amts- und Stadtgerichten.	bis 5 Rthl.		über 5 Rthl. bis 10 Rthl.		über 10 Rthl. bis 20 Rthl.		über 20 Rthl. bis 35 Rthl.		über 35 Rthl. bis 50 Rthl.	
		Rthl.	Sgr.	Rthl.	Sgr.	Rthl.	Sgr.	Rthl.	Sgr.	Rthl.	Sgr.
	b. In allen andern Fällen hat das Gericht über die Nothwendigkeit der Anwesenheit des Sachführers oder Anwalts zu entscheiden.										
	c. Die eigene Partei, welche die Anwesenheit des Sachführers oder Anwalts in einem Termine ausdrücklich fordert, hat für denselben die Gebühr und die Reisekosten, wie für einen nothwendigen, zu vergüten. Leugnet die Partei die Anforderung, so genügt die desfallsige Versicherung des Sachführers oder Anwalts auf seinen Diensteid.										
	d. Hat derselbe Sachführer oder Anwalt gleichzeitig mehrere Termine vor demselben auswärtigen Gerichte oder an demselben Orte, so passirt die unter 7 berechnete Gebühr für jeden besonders, die Reisekosten werden auf alle vertheilt.										
8	Für die Executionsinstanz die Hälfte des Betrages ad I.										
9	Procuraturgebühren. Wenn die Bestellung eines Ortsprocurators erforderlich ist, so erhält dieser										
	a. wenn er dem Stande der Anwälte oder Advocaten angehört, die Hälfte des Betrages ad I., woneben er für abgewartete Termine oder sonstige Geschäfte nichts weiter berechnet.										
	b. außerdem für jeden Monat, worin etwas geschieht	—	$2\frac{1}{2}$	—	$2\frac{1}{2}$	—	$2\frac{1}{2}$	—	4	—	4
	Der Anwalt oder Sachführer erhält die andere Hälfte ad I. und die besonders zu honorirenden Gebühren (ad 2, 3).										
10	Wenn in den vor die Amts- und Stadtgerichte gehörigen Sachen der Werth des Streitgegenstandes 50 Rthl. übersteigt (Besitzstörungen, Arrestklagen und Anträge, Sachen in puncto stupri und Anträge aus executorischen Erkenntnissen oder Urkunden) so										

Er=

Erster Abschnitt.
Gebühren.

	1. Abtheilung. Taxe in Civilproceßsachen bei den Amts- und Stadtgerichten.	bis 5 ₰	über 5 ₰ bis 10 ₰	über 10 ₰ bis 20 ₰	über 20 ₰ bis 35 ₰	über 35 ₰ bis 40 ₰
		₰ Sgr.	₰ Sgr.	₰ Sgr.	₰ Sgr.	₰ Sgr.
	finden die nach der Höhe des Werths bei den Kreisgerichten geltenden Taxen Anwendung. (vergl. jedoch wegen der Termine № 7.)					
11	Handeln die Amts- und Stadtgerichte in Folge einer von einem höhern Gerichte an sie ergangenen Commission oder Requisition, so findet für den Sachführer oder Anwalt dieselbe Taxe Statt, als wenn er vor dem Kreisgerichte aufträte.					
12	In Sachen, deren Durchführung mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist, kann nach dem Ermessen des Amts- oder Stadtgerichts, die von den Kreisgerichten in Sachen von 50 bis 100 Rthl. stattfindende Taxe zugelassen werden, welches jedoch auf desfallsigen Antrag sofort in einem Decrete ausdrücklich auszusprechen ist.					
13	Findet in Folge einer Klage, deren Gegenstand zur Competenz des Amts- oder Stadtgerichts gehört, die Subhastation eines Grundstücks statt, so werden, wenn der Werth des Grundstücks die Competenzsumme jener Gerichte übersteigt, nach Maßgabe dieses Werthes, die vorkommenden Handlungen der Sachführer oder Anwälte nach der Taxe der Kreisgerichte taxirt.					
	Bemerkung 1. Die in dieser Abtheilung ausgeworfenen Taxen sind nur recipirte Advocaten und Anwälte den Parteien gegenüber berechtigt zu fordern; anderweite Bevollmächtigte haben nur Anspruch auf den Ersatz der baaren Auslagen und auf die unter № 9 b. aufgeführten Procuraturgebühren.					
	Bemerkung 2. Gegen alle Verfügungen der Amts- und Stadtgerichte, welche die Festsetzung von Kosten und die vorstehenden Taxen überhaupt (vergl. auch № 12) betreffen, findet ein Recurs an das Obergericht statt. Für die Verhandlungen und Anträge in der Recursinstanz sind so wenig Gerichts- als Anwaltsgebühren zu berechnen.					

Er-

Erster Abschnitt.
Gebühren.

	2. Abtheilung. Taxe in Civilprocessen bei den höheren Gerichten. A. Anwaltsgebühren.	bis 200 ℳ einschließlich.		über 200 ℳ bis 500 ℳ einschl.		über 500 ℳ bis 2500 ℳ		über 2500 ℳ bis 10,000 ℳ		über 10,000 ℳ	
		ℳ	Pfg.	ℳ	Pfg.	ℳ	Pfg.	ℳ	Pfg.	ℳ	Pfg.
14	Für Information:										
	a. bei Uebernahme des Processes	1	—	2	—	3	—	5	—	10	—
	b. hat sich der Anwalt gleichzeitig in Bezug auf einen Beweis oder Gegenbeweis durch Zeugen, Sachverständige, Augenschein oder Urkunden instruiren müssen, so wird außerdem in allen Sachen, mit Ausnahme der Executiv- und Wechselsachen, noch die Hälfte des unter a. ausgeworfenen Satzes zugebilligt.										
	Bemerkungen.										
	A. Diese Posten umfassen alle Bemühungen, die der Anwalt behuf der Information übernimmt, namentlich die Einsicht und Extrahirung gerichtlicher und anderer Vor- und Hülfsacten, Urkunden und Rechnungsbücher, die Conferenzen und Correspondenzen. Ist eine Wiederklage erhoben, so wird diese Gebühr für das ganze Verfahren nur einmal, bei Interventionen aber für eine jede einzelne nach deren Gegenstande berechnet.										
	Die Information hat der Anwalt auf Erfordern dem Gerichte vorzulegen.										
	B. Haben jedoch in weitläufigen, besonders in verwickelten und verdunkelten Sachen die Information und die gewöhnlich damit verbundenen Bemühungen behuf der Aufklärung, Feststellung und Nachweisung des Thatbestandes einen solchen Aufwand von Zeit erfordert, daß in den obigen Ansätzen eine genügende Vergütung nicht gefunden werden kann, so darf der Anwalt außerdem von seiner eigenen Partei ein nach Wichtigkeit, Schwierigkeit und Umfang der verrichteten Arbeiten von ihm zu										

Er-

Erster Abschnitt.
Gebühren.

	2. Abtheilung. Taxe in Civilprocessen bei den höheren Gerichten.	bis 200 ℳ einschließlich.		über 200 ℳ bis 500 ℳ einschl.		über 500 ℳ bis 2500 ℳ		über 2500 ℳ bis 10,000 ℳ		über 10,000 ℳ	
		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
	bestimmendes Honorar fordern. Wird wegen Bestreitung der Höhe desselben von Seiten der Partei die Festsetzung durch den Richter erforderlich, so hat dieser zuvörderst auf Antrag des Anwalts die Güte angelegentlich zu versuchen, wenn solche aber nicht erreicht wird, das Honorar in einer Summe festzusetzen, dabei nach billigem Ermessen zu verfahren und sowohl die Partei gegen übertriebene Ansprüche als den Anwalt gegen die Schmälerung eines anständigen Honorars für seine Bemühungen zu schützen.										
	C. Die Gegenpartei hat immer nur die unter 14 a u. b bezeichneten regelmäßigen Sätze zu erstatten.										
15	Procuraturgebühr. Für Einlösung der Bescheide, Führung der Manualacten, Extrahirung der Deservitenrechnungen, Correspondenzen und solche Conferenzen, welche sich nicht auf die Information, sowie für sonstige Arbeiten und Bemühungen, die sich auf den Proceßbetrieb beziehen, monatlich .	—	5	—	5	—	5	—	7½	—	7½
	Bemerkungen.										
	A. Die Procuraturgebühr beginnt mit der ersten gerichtlichen Handlung und hört mit der letzten auf. Ruht die Sache 6 Monat und länger, so wird für diese ganze Zeit des Stillstandes nur ein dreimonatiger Betrag entrichtet.										
	B. Wenn neben dem, am Sitze des zuständigen Gerichts bestellten Anwalte ein auswärtiger Anwalt mit der Instruirung des Processes und der Anfertigung der Proceßschriften beauftragt ist, so erhält der erstere, in Ermangelung einer gütlichen Vereinbarung, die ganze Procuratur-										

Er-

Erster Abschnitt.
Gebühren.

	2. Abtheilung. Taxe in Civilprocessen bei den höheren Gerichten.	bis 200 ℳ einschließlich		über 200 ℳ bis 500 ℳ einschl.		über 500 ℳ bis 2500 ℳ		über 2500 ℳ bis 10,000 ℳ		über 10,000 ℳ	
		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
	gebühr, von der Gebühr für Information (№ 14 a. b.) aber jedenfalls die Hälfte.										
	C. So lange die Sache ausschließlich in einer Instanz bei einem oberen Gerichte anhängig ist, fällt die Procuraturgebühr bei dem Gerichte der untern Instanz ganz weg.										
	In Ermangelung einer desfallsigen besondern Vereinbarung erhält in diesem Falle der bei dem oberen Gerichte bestellte Anwalt die ganze Procuraturgebühr.										
	Für alle in die Positionen 14 und 15 einschlagenden Bemühungen und Arbeiten darf, mit alleiniger Ausnahme der nach der desfallsigen Taxe zu vergütenden nothwendigen oder von der Partei verlangten oder genehmigten Reisen, nichts weiter besonders berechnet werden.										
16	Termine erster Gattung, das heißt solche, in denen der betreffende Anwalt merita causae zu verhandeln hat und wirklich verhandelt	—	20	1	—	1	15	2	—	3	—
	Wenn ein solcher Termin										
	a. über 2 Stunden dauert, oder										
	b. außerhalb des gewöhnlichen Gerichtslocals abgehalten, oder										
	c. die Güte in demselben oder in Folge desselben erreicht wird,										
	so kann berechnet werden	1	—	1	20	2	10	3	—	4	—
17	Termine zweiter Gattung, nämlich alle nicht zu den Terminen erster Gattung gehörige, so wie für den Anwalt, welcher keine merita causae zu verhandeln hat oder verhandelt	—	15	—	20	—	20	1	—	1	—
	Die Gebühr für diese Termine wird erhöhet auf .	—	20	1	—	1	15	2	—	3	—
	a. wenn dieselben außerhalb des gewöhnlichen Gerichtslocals stattfinden, oder										

Erster Abschnitt.
Gebühren.

2. Abtheilung. Taxe in Civilprocessen bei den höheren Gerichten.	bis 200 ℳ einschließlich.		über 200 ℳ bis 500 ℳ einschl.		über 500 ℳ bis 2500 ℳ		über 2500 ℳ bis 10,000 ℳ		über 10,000 ℳ	
	ℳ	Sgr.	ℳ	Sgr.	ℳ	Sgr.	ℳ	Sgr.	ℳ	Sgr.
b. über 2 Stunden dauern, oder c. die Güte in denselben oder in Folge derselben erreicht wird.										
Allgemeine Bestimmungen rücksichtlich beider Gattungen von Terminen.										
A. Licitations- und Liquidations-Termine werden rücksichtlich des Anwalts des Extrahenten nach den Sätzen unter № 16, rücksichtlich der Anwälte sonstiger Interessenten dagegen nach den Sätzen unter № 17 taxirt. Die Classe wird nach der licitirten oder liquidirten Summe berechnet. B. Der Anwalt, welcher in einem Termine außer Vorträgen, die zur ersten Gattung gehören, auch solche macht, die zur 2. Gattung zu rechnen sind, kann dennoch nur die Gebühr für einen Termin 1. Gattung berechnen. Gleichmäßig darf ein Anwalt, der in einem Termine zugleich als Advocat auftritt, nur die Advocatur-Gebühr und wenn er in demselben neben einem Advocaten auftritt, nur die Gebühr für einen Termin 2. Gattung berechnen.										
18 **Schriften erster Gattung.** Für den Bogen, die Seite zu 24 Zeilen und 30 Buchstaben die Zeile, in allen Instanzen	—	20	1	—	1	—	1	15	2	—
Zu den Schriften 1. Gattung gehören solche, die **merita causae** enthalten, also z. B. Klage, Intervention, Provocation, Litisdenunciation, Arrestantrag, Exceptionsschrift, Replik, Duplik, Beweis- und Gegenbeweisschrift, Einführung der Beschwerden in der Instanz der Rechtsmittel, Beschwerdeschriften, Anträge auf provisorische Verfügungen u. s. w.										

Er-

Erster Abschnitt.
Gebühren.

	2 Abtheilung. Taxe in Civilprocessen bei den höheren Gerichten.	bis 200 ℳ einschließlich.		über 200 ℳ bis 500 ℳ einschl.		über 500 ℳ bis 2500 ℳ		über 2500 ℳ bis 10,000 ℳ		über 10,000 ℳ	
		ℳ	Sgr.	ℳ	Sgr.	ℳ	Sgr.	ℳ	Sgr.	ℳ	Sgr.
19	Schriften zweiter Gattung. Für den Bogen zu 24 Zeilen und 30 Buchstaben die Zeile, in allen Instanzen	—	15	—	20	—	20	1	—	1	—
	Zu den Schriften 2. Gattung gehören z. B. einfache Erklärungen und Gegenerklärungen, Gesuche und Anzeigen, Vollmachten, Verhandlung nur verzögerlicher Einreden, Allegationen der Rechtskraft, Einlegung und Entsagung von Rechtsmitteln, Kostenrechnungen, Verhandlungen in der Liquidationsinstanz, Rechnungsablagen u. s. w.										
	Für die gewöhnliche Proceßvollmacht	—	$7\frac{1}{2}$	—	$7\frac{1}{2}$	—	$7\frac{1}{2}$	—	$7\frac{1}{2}$	—	$7\frac{1}{2}$

Allgemeine Bemerkungen zu dieser Abtheilung.

A. Ist eine Wiederklage angestellt, deren Object höher ist als das der Hauptklage, so wird die Classe der Taxe nach jener, sonst allein nach dieser für den ganzen Proceß bestimmt.

B. Die Gebühren für jede Schrift sind unmittelbar unter derselben zu liquidiren und die Gerichte sind befugt und verpflichtet, die obigen Ansätze zu ermäßigen, wenn in den Schriften ungehörige oder ungebührliche Weitschweifigkeiten oder Rechtsausführungen enthalten sind. Jedoch muß der Grund, so wie der Betrag des Absatzes an der regelmäßigen Gebühr angegeben werden. Geschieht dies nicht, so kommen die obigen Ansätze unbedingt zur Anwendung.

Gegen solche Ermäßigungen findet wie bei № 13 ein kostenfreier Recurs an das Obergericht Statt.

Ist die Ermäßigung vom Obergerichte verfügt, so wird unter Bestellung eines andern Referenten von demselben auch über den Recurs entschieden.

Erster Abschnitt.
Gebühren.

2. Abtheilung. Taxe in Civilprocessen bei den höheren Gerichten.	bis 200 ℳ einschließlich.	über 200 ℳ bis 500 ℳ einschl.	über 500 ℳ bis 2500 ℳ	über 2500 ℳ bis 10,000 ℳ	über 10,000 ℳ
	ℳ Pf.	ℳ Pf.	ℳ Pf.	ℳ Pf.	ℳ Pf.
Für die Verhandlungen in der Recursinstanz sind weder Gerichts- noch Anwalts-Gebühren zu berechnen. C. Bei Berechnung der Bogenzahl kommt für eine einzelne Seite, auch wenn sie nicht voll geschrieben ist, ein Viertel des Betrages für den Bogen zur Berechnung, auch kann das Honorar für eine Schrift nicht unter die Gebühr für einen halben Bogen sinken. D. Für Einreden-, Replik-, und Duplikschriften darf der Regel nach das Honorar nicht über 2 Bogen hoch berechnet und zugebilligt werden. Eine Ausnahme findet nur statt, wenn die Verwickelung des Rechtsfalles oder der Umfang des Proceßmaterials den größeren Umfang derartiger Schriften rechtfertigt. E. Legt ein Anwalt vor Beendigung des Rechtsstreits sein Mandat nieder, so hat das Gericht, falls Differenzen über die Größe der demselben zukommenden Informationsgebühr zwischen ihm und der eigenen Partei entstehen, diese Gebühr auf Antrag des einen oder andern Theils nach Billigkeit festzusetzen.						

Er-

Erster Abschnitt.

Gebühren.

	2. Abtheilung. Taxe in Civilprocessen bei den höheren Gerichten. B. Advocaturgebühren.	bis 200 ℳ einschließlich.		über 200 ℳ bis 500 ℳ einschl.		über 500 ℳ bis 2500 ℳ		über 2500 ℳ bis 10,000 ℳ		über 10,000 ℳ	
		ℳ	Sgr	ℳ	Sgr	ℳ	Sgr	ℳ	Sgr	ℳ	Sgr
20	Für die mündliche Hauptverhandlung										
	1) bei den Kreisgerichten										
	a. in Executiv- und Wechselsachen	1	10	2	20	4	—	5	—	6	—
	b. in allen übrigen Sachen	2	—	4	—	6	—	8	—	10	—
	c. bei Streitpunkten unter 50 Rthl. ohne Rücksicht auf die Proceßart stets	1	10	—	—	—	—	—	—	—	—
	2) bei dem Obergerichte und dem Cassationshofe										
	in allen Sachen ohne Unterschied der Proceßart .	3	—	6	—	9	—	12	—	15	—
	Hat in weitläufigen, besonders in verwickelten und verdunkelten Sachen die Vorbereitung für die mündliche Hauptverhandlung einen solchen Zeitaufwand erfordert, daß in den vorstehenden Ansätzen eine genügende Vergütung nicht gefunden werden kann, so darf der Advocat, in Ermangelung einer desfallsigen ausdrücklichen Verabredung, seinem Klienten gegenüber ein höheres Honorar berechnen und solches vom Gerichte zugebilligt werden.										
	Entstehen in dieser Beziehung Differenzen, so haben die Gerichte nach der Bemerkung B. unter 14 zu verfahren.										
	(Recurs wie bei № 19.)										
21	Für die schriftliche Redaction der mündlichen Vorträge vor dem Obergerichte und dem Cassationshofe à Bogen (vergl № 19)	—	15	—	20	—	20	1	—	1	—

Er=

Erster Abschnitt.
Gebühren.

	3. Abtheilung. Taxe in Concurs-, insolventen Nachlaßsachen und anderen gerichtlichen Vermögensverwaltungen.	bis 200 ℳ einschließlich	über 200 bis 500 ℳ einschl.	über 500 ℳ
	I. Gebühren für die Verwaltung.			
	Für Information und Verwaltung.			
22	A. Wenn das Activvermögen veräußert werden kann und eine möglichst rasche und vortheilhafte Versilberung desselben den Hauptzweck der Verwaltung bildet, mit Rücksicht auf den Gegenstand und auf die Schwierigkeit der Sache:			
	Bei einem Vermögen bis 500 ℳ 3 bis 4 Procent.			
	Bei einem größeren Vermögen bis 10,000 ℳ einschließlich von dem 500 ℳ übersteigenden Betrage, 1 bis 2 Procent.			
	Von dem diese Summe übersteigenden Betrage ½ Procent.			
	B. Wenn das Activ-Vermögen nicht veräußert werden kann und eine möglichst vortheilhafte Verwaltung desselben der Hauptzweck ist, erhält der Verwalter ein mit den Interessenten zu vereinbarendes, in Ermangelung solchen Vereinbarung nach richterlichem Ermessen unter Berücksichtigung des Umfanges und der Schwierigkeit der Verwaltung festzusetzendes jährliches Honorar.			
	C. Kann die unter A bezeichnete Activmasse wegen rechtlicher, von dem Verwalter nicht zu beseitigender Hindernisse ganz oder theilweise nicht sofort veräußert werden, so gebührt demselben, wenn solche vor der Veräußerung länger als ein Jahr verwaltet werden muß, während der Dauer der Verwaltung ein nach dem Betrage des verwalteten Gegenstandes auf die unter B bezeichnete Art festzustellendes Honorar.			
	D. Hat die Masse theils die unter A, theils die unter B bezeichneten Eigenschaften, so findet für jene die unter A, für diese die unter B bezeichnete Vergütung statt.			

Er-

Erster Abschnitt.

Gebühren.

	3. Abtheilung. Taxe in Concurs-, insolventen Nachlaßsachen und anderen gerichtlichen Vermögensverwaltungen.	bis 200 ℳ einschließlich	über 200 ℳ bis 500 ℳ einschl.	über 500 ℳ
	Unter den Ansatz für Information und Verwaltung gehören: die Ermittelung und Feststellung des Activbestandes, Correspondenzen, Conferenzen, die Führung der Verwaltung und des Rechnungswesens, die Erhebung und Auszahlung von Geldern, die Assistenz bei Inventuren, Auctionen, Verpachtungen, überhaupt alle Geschäfte, die von einem geeigneten Verwalter ohne Rechtsbeistand verrichtet werden können.			
	Bedurfte aber ein solcher bei irgend einer gerichtlichen oder außergerichtlichen Verwaltungshandlung oder Arbeit eines Rechtsbeistandes, so werden solche Bemühungen nach der entsprechenden Taxe besonders vergütet.			
	Baare Auslagen, namentlich auch Diäten und Reisekosten, werden ebenfalls nach der Taxe besonders vergütet.			
	Bemerkung.			
	Tritt der Verwalter von dem ihm übertragenen Amte vor der Beendigung der Sache zurück, so ist das ihm für Information und Verwaltung gebührende Honorar vom Gerichte nach Billigkeit festzusetzen. Gegen die desfallsigen Festsetzungen findet der Recurs an das obere Gericht nach Maßgabe der Bestimmungen unter № 19 statt.			
	II. Gebühren für den Concursanwalt.			
23	Information über den Bestand der Passivmasse so wie über angemeldete Forderungen wird mit Berücksichtigung des Umfangs und der Schwierigkeit des Geschäfts vergütet (Civilproceßtaxe, Bem. B zu № 14.)			
24	Procuraturgebühr (vergl. Civilproceßtaxe № 15) im Ganzen.	—	2 ℳ	3 ℳ

Er=

Erster Abschnitt.
Gebühren.

3. Abtheilung. Taxe in Concurs-, insolventen Nachlaßsachen und anderen gerichtlichen Vermögensverwaltungen.	bis 200 ℳ einschließlich	über 200 ℳ bis 500 ℳ einschl.	über 500 ℳ
Bei einer Passivmasse über 2,500 bis 10,000 ℳ einschließlich . . . . . 5 ℳ Ueber 10,000 ℳ . . . . . 10 „			
Bemerkung. 1) Tritt der Concursanwalt von dem ihm übertragenen Amte vor der Beendigung des Concurses zurück, so ist das ihm nach Maßgabe der vorstehenden Sätze gebührende Honorar vom Gerichte nach Billigkeit festzusetzen. Ueber den Recurs gegen die desfallsigen gerichtlichen Verfügungen gelten die unter № 19 enthaltenen Bestimmungen. 2) Führt der Concursanwalt Processe im Interesse der Masse, so berechnet er dafür die Civilproceßtaxe, wie in jedem andern Processe. Sofern ihm aber die Masse die Kosten zu vergüten hat, fallen die Ansätze für Information und Procuraturgebühr weg.			

Zweiter Abschnitt.
Auslagen.

25	Unmittelbare baare Auslagen aller Art, z. B. für Stempelpapier, Gerichtsgebühren, Porto, Botenlohn u. s. w. werden nach ihrem vollen Betrage ersetzt.	
26	Copialien für den Bogen zu 24 Zeilen auf die Seite und in jeder Zeile 30 Buchstaben, wobei auch der nur theilweise beschriebene für voll gerechnet wird.	2½ Sgr
27	Reisen zu Terminen, wenn solche nothwendig (vergl. № 7) oder von der Partei verlangt, oder von ihr genehmigt sind:	
	a. für den Transport, wenn solchen der Anwalt selbst besorgt hat, für jede sowohl auf der Hin- als auf der Rückreise zurückgelegte Postmeile	22½ Sgr
	α. Für eine volle Meile darf auch dann berechnet werden, wenn die wirkliche Entfernung weniger beträgt.	
	β. Bei größeren Entfernungen wird, wenn außer den vollen Meilen noch ein Bruchtheil übrig ist, dieser bis zu ½ Meile einschließlich für ½ Meile, wenn er aber ½ Meile übersteigt, für eine volle Meile gerechnet.	
	γ. Wird die Reise von einem Stationsorte der Post oder der Eisenbahn nach einem andern solcher Stationsorte gemacht, so ist nur die Posttaxe oder die Eisenbahntaxe 2. Classe zu berechnen. Hat nach der Versicherung des Anwalts dieser die Eisenbahn oder Post nicht benützen können, so kommt die vorstehende Meilentaxe zur Anwendung.	
	b. Für Versäumniß und Diäten wird vergütet, wenn die Hin- und Herreise, und zwar bei einer Reise auf der Eisenbahn mit Einschluß des Aufenthalts auf den Bahnhöfen, dauerte:	
	α. bis zu drei Stunden, à Stunde	20 Sgr
	β. bis zu sechs Stunden oder einen ganzen Tag . .	3 Thlr
	1. Ist die Reise nicht auf der Eisenbahn gemacht, so wird dabei für jede Postmeile, sowohl der Hin- als Herreise eine Stunde gerechnet.	
	2. War die Reise mehrtägig, was bei der Entfernung von drei Postmeilen präsumirt wird, so darf, außer vorstehender Meilentaxe, noch für jede außerhalb des Wohnorts zugebrachte Nacht berechnet werden	1 Thlr

Zweiter Abschnitt.

Auslagen.

3. Bei mehreren an demselben Tage abgehaltenen Terminen werden die Transportkosten und Diäten nur einmal erhoben und bei verschiedenen Parteien auf diese repartirt. Die Gebühren für die Abhaltung der Termine selbst werden sämmtlich tarmäßig berechnet. —

4. Die Parteien selbst können Reisekosten und Versäumniß nur in den Fällen berechnen, wo solche nothwendig waren.

Die gerichtliche Feststellung derartiger Kosten erfolgt nach Analogie der Bestimmungen über die Vergütung dieser Kosten an Zeugen.

An-

Anhang.

Taxe in nicht processualischen Rechtssachen.

1) Consultationen in schwierigen Rechtssachen.
Wie Termine in Civilsachen, in denen merita causae vorgetragen worden. Dahin gehören: Consultationen über streitige Gegenstände überhaupt, über den Abschluß von Contracten, über die Abfassung von Testamenten, Erbtheilungen u. dgl.; ferner Unterhandlungen behuf Erreichung eines Vergleichs, Accords, Moratoriums u. s. w., ohne Einrechnung von schriftlichen, besonders zu vergütenden Arbeiten.

2) Schriften.
A. Ist die Sache rechtlich oder factisch verwickelt, wie Proceßschriften erster Gattung.
B. Ist dieselbe einfach, wie Proceßschriften zweiter Gattung.

Bemerkung.

Ueber den speciell anzuwendenden Gebührensatz (1. bis 5. Columne) entscheidet die größere oder geringere Bedeutung des Gegenstandes und des Zweckes der Schrift.

Bei Gutachten und Testamenten in wichtigen und verwickelten Fällen ist ein Honorar bis zum doppelten Betrage der gewöhnlichen Sätze zulässig.

3) Termine vor anderen, als richterlichen Behörden, analog wie Termine in Civilproceßsachen.

4) Geschäfte, bei denen vorzugsweise nur die Versäumniß zu vergüten ist, z. B. Wege, Erkundigungen, Beistand bei Inventuren, sowie ähnliche Bemühungen, nach der größeren oder geringeren Erheblichkeit des Gegenstandes
a. für die Stunde.

1.	J. S. bis	200	Rbl	. . . . .	10 Kop
2.	" "	500	"	. . . . .	15 "
3.	" "	2500	"	. . . . .	15 "
4.	" "	10000	"	und darüber . . .	20 "

b. für

b. für den Tag

1.	bis	200 ₰	. . . . .	2 ₰
2.	"	500 "	. . . . .	3 "
3.	"	2500 "	. . . . .	3 "
4.	"	10000 "	und darüber	4 "

5) Sonstige außergerichtliche Geschäfte, z. B. Lesen und Excerpiren von Acten, Durchsicht von Urkunden, Aufstellung und Prüfung von Rechnungen, Unterredungen über Rechtsangelegenheiten, Assistenz bei Aufnahme und Vollziehung von Rechtsgeschäften u. dergl.

a. für die Stunde

1.	bis	200 ₰	— 10 Sgr.	à Tag	3 ₰
2.	"	500 "	— 20 "	"	4 "
3.	"	2500 "	— 20 "	"	4 "
4.	"	10000 "	— 1 ₰	"	5 "
5.	über	10000 "	— 1 "	"	5 "

6) Erhebung und Auszahlung von Geldern.

a. bis 24 ₰ vom Thaler 1 Sgr. 3 Pf.,
b. über 24 ₰ bis 100 ₰ im Ganzen 1 ₰,
c. von 100 ₰ bis 200 ₰ 1 pCt.,
d. von dem 200 ₰ überschießenden Betrage bis 500 ₰ einschließlich, ½ pCt.
e. von dem 500 ₰ überschießenden Betrage ⅛ pCt.

Allgemeine Bemerkung.

Haben sich die Parteien über das Honorar geeinigt, so ist bei der gerichtlichen Feststellung diese Einigung, und nur in deren Ermangelung die Taxe zum Grunde zu legen.

Inhaltsverzeichniß.

Erster Theil.

Tit. 1. Leitende Grundsätze. §§. 1—3.
Tit. 2. Parteien, Anwälte, Sachführer. §§. 4—7.
Tit. 3. Thätigkeit des Staatsanwalts. §§. 8—14.
Tit. 4. Zuständigkeit der Gerichte. §§. 15—19.
Tit. 5. Von den Gerichtsständen. §§. 20—41.
Tit. 6. Von Ablehnung der Gerichtspersonen. §§. 42—51.
Tit. 7. Von dem Verfahren im Allgemeinen. §§. 52—139.

Zweiter Theil.

Verfahren vor den Amts- und Stadtgerichten.

Tit. 1. Ordentliches Verfahren. §§. 140—154.
Tit. 2. Verfahren bei unstreitigen Schuldforderungen. §§. 155—158.
Tit. 3. Verfahren bei Streitigkeiten über Besitzstörungen. §§. 159—162.
Tit. 4. Von der Aufnahme der Verhandlung. §. 163.

Dritter Theil.

Verfahren vor den Kreisgerichten.

Tit. 1. Ordentliches Verfahren. §§. 164—191.
Tit. 2. Abgekürztes Verfahren. §§. 191—200.
Tit. 3. Verfahren in erster Instanz bei Anordnung von Curatelen über Großjährige. §§. 201—208.
Tit. 4. Allgemeine Bestimmungen. §§. 209 und 210.

Vierter Theil.

Gemeinschaftliche Bestimmungen über außerordentliche Arten des Verfahrens vor den Kreis-, Amts- und Stadtgerichten.

Tit. 1. Arrestproceß und Inhibition. §§. 211—221.
Tit. 2. Executiv-Proceß. §§. 222—231.
Tit. 3. Wechsel-Proceß. §§. 232—246.
Tit. 4. Provocations-Proceß. §§. 247—252.
Tit. 5. Edictal-Proceß. §§. 253—260.
Tit. 6. Herausgabe von Urkunden. §§. 261—265.
Tit. 7. Beweisaufnahme zum ewigen Gedächtniß. §§. 266—270.
Tit. 8. Manifestationseid. §§. 271—281.
Tit. 9. Concursverfahren. §§. 282—308.

Fünfter Theil.

Verfahren vor dem Obergerichte und dem Cassations-Hofe.

Tit. 1. Allgemeine Bestimmung. §. 309.
Tit. 2. Verfahren bei Berufungen gegen Erkenntnisse der Stadt-, Amts- und Kreisgerichte. §§. 310—317.
Tit. 3. Verfahren bei Berufungen gegen Erkenntnisse erster Instanz des Obergerichts. §§. 318—320.
Tit. 4. Verfahren vor dem Cassations-Hofe. §§. 321—325.

Sechster Theil.

Wiederaufnahme des Verfahrens. §§. 326—335.

Siebenter Theil.

Vollstreckungs-Verfahren.

Tit. 1. Allgemeine Vorschriften. §. 336—354.
Tit. 2. Einzelne Arten der Vollstreckung. §§. 355—376.

Achter Theil.

Gebühren der Gerichte, Anwälte und Sachführer. §§. 377—383.